



Rechtspopulismus in Ostmitteleuropa

Demokratien im Umbruch?
Tagungsdokumentation

Impressum

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg.

© bei den Autoren und Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg 2012

Alle Rechte vorbehalten

Redaktion: Đorđe Tomić

Lektorat: Katharina Thanner, Claire Horst

Gestaltung: Kommunikatisten, Leipzig

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, Dortustr. 52, 14467 Potsdam

T +49 331 2005780 / F +49 331 20057820 / E organisation@boell-brandenburg.de

www.boell-brandenburg.de / www.spaces-brandenburg.de

Die in diesem Band veröffentlichten Beiträge stellen ausschließlich die Meinung der Autoren dar.



Die Publikation wird im Rahmen des Projekts „SPACES – Information, Debatte und Training für Toleranz“ im Bundesprogramm „XENOS - Integration und Vielfalt“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
(Un)passende Begriffe?.....	11
Hans-Gerd Jaschke	
Wann ist der rechtspopulistische Moment? Rechtspopulismus: Begriff, Geschichte, Perspektiven	12
Björn Resener	
Rechtsextremismus: Der (un)passende Begriff?	20
Rechtspopulismus damals und heute: Ostmitteleuropäische Fallbeispiele	29
Michał Syska	
Rechtspopulismus in Polen.....	30
Jaroslav Šonka	
Verkleidungen des Rechtspopulismus in der Tschechischen Republik	37
Grigorij Mesežnikov	
National- und Rechtspopulismus in der Slowakei	46
Peter Kende	
Liegt Ungarn von nun an in den Händen der Populisten?	62
Kornél Keller	
Eine Marktlücke im Teufelskreis. Ungarns Weg zum rechten Rand	68
Zwischen Zuspruch und Widerstand: Ostmitteleuropas Umgang mit dem Rechtspopulismus	81
Nenad Stefanov	
Zwischen Demokratie und Nationalismus: Der Beginn des ostmitteleuropäischen Transformationsprozesses aus der Perspektive Jugoslawiens.....	82
Jiří Pehe	
Medien und die Öffentlichkeit im Umgang mit dem Rechtspopulismus.....	92
Marcin Kornak	
Projekt Antirassismus? Aktivitäten des Vereins „Nie Wieder“ als Beispiel zivilgesellschaftlichen Engagements gegen die extreme Rechte in Ostmitteleuropa	95

Vorwort

Warum eine Tagung zu Rechtspopulismus in Ostmitteleuropa?

Spätestens die Wahlerfolge von Viktor Orbán und seiner Partei Fidesz in Ungarn im Mai 2010 haben verdeutlicht, dass der Rechtspopulismus in Europa längst keine „Randerscheinung“ mehr ist.¹ Nicht weniger besorgniserregend erscheint auch der Einzug der faschistischen Partei Jobbik ins ungarische Parlament, die nun mit knapp 17 Prozent der Stimmen immerhin die drittstärkste politische Kraft im Land ist. Lässt sich aber anhand dieser Ergebnisse wirklich ein Trend ablesen? Handelt es sich um eine ostmitteleuropäische Ausnahmesituation oder können wir von einer europaweiten Entwicklung sprechen? Wie ist der beachtliche Erfolg populistischer Akteur_innen² in Ostmitteleuropa zu erklären? Welche historischen und gegenwärtigen Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede weisen die vier Demokratien – Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn – auf? Welche Auswirkungen haben

die politischen Transformationsprozesse, und welchen Anteil an der Entwicklung hat die steigende Demokratiemüdigkeit? Wie setzen sich demokratische Akteur_innen mit dem Rechtspopulismus auseinander?

Dieser Sammelband fasst die Ergebnisse der im Frühjahr 2010 von der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg organisierten Tagung „Rechtspopulismus in Ostmitteleuropa – Demokratien im Umbruch?“³ zusammen, die sich mit den oben genannten Fragen beschäftigte. Die Beiträge untersuchen sowohl die aktuelle politische Lage als auch eine Reihe historischer und kultureller Aspekte des Rechtspopulismus. Ergänzt wird der Band durch weitere Aufsätze zu Themen, die aus Zeitgründen auf der Tagung nicht oder nicht ausreichend diskutiert wurden.⁴

Warum der Rechtspopulismusbegriff?

Im Mittelpunkt dieser Publikation steht ein Phänomen, das bereits im Rahmen der genannten Tagung als Rechtspopulismus benannt wurde. Dieser Begriff bezieht sich auf eine bestimmte Form von Politik und auf eine Reihe politischer Akteur_innen, die überall in Europa die politische Arena mit ihren öffentlichen Auftritten wie mit ihren Inhalten, mit ihren „Tabubrüchen“ wie mit ihrem immer größeren Erfolg erstaunen und in Sorge versetzen.

Unterschiedliche Phänomene erfordern bekanntlich unterschiedliche Begriffe. Auch in der Wissenschaft scheint im Allgemeinen Konsens darüber zu herrschen, dass Definitionen grundsätzlich nicht „richtig“ oder „falsch“ sein können, sondern je nach Kontext lediglich mehr oder weniger brauchbar. Jenseits der Frage nach der grundsätzlichen analytischen Brauchbarkeit von Begriffen wie Rechts-

extremismus, Rechtspopulismus oder Rechtsradikalismus⁴, wird im Rahmen dieser Publikation der Rechtspopulismusbegriff verwendet, da er offener ist als die gewissermaßen konkurrierenden Begriffe „Rechtsextremismus“ und „Rechtsradikalismus“. Der Rechtspopulismusbegriff umfasst nicht nur Akteur_innen, die jenseits des oder zumindest am äußersten Rand des demokratischen Parteienspektrums stehen und ihre Politik, sondern eben auch solche Akteur_innen, die sich durchaus an die „Spielregeln“ der liberalen Demokratie halten (möchten) und sich selbst als „national“, „patriotisch“ oder „konservativ“ verstehen. Durch die Offenheit des Rechtspopulismusbegriffes wird möglicherweise analytische Schärfe eingebüßt, das Konzept erlaubt jedoch einen Vergleich von doch sehr unterschiedlichen politischen Akteur_innen in Ostmitteleuropa sowie ihrer Politik und Ideologie.

Der Fokus auf das Phänomen des Rechtspopulismus im Rahmen dieser Publikation, bedeutet nicht, dass es in Ostmitteleuropa seit Beginn der Transformation nach 1989 kaum nennenswerte „rechtsextremistische“, dafür vielmehr durch starke Nationalisierung hervorgekommene „rechtspopulistische“ Parteien gibt.⁵ Dies gilt höchstens für die Zeit um die Jahrtausendwende. Neueste Erfahrungen mit

einer zunehmenden Vernetzung rechtsextremer (d.h. neonazistischer und faschistischer) Gruppen in Osteuropa mit ihren „Kameraden“ im Westen, aber auch innerhalb Osteuropas zeigen, dass Europas Zusammenwachsen durch das Projekt der Europäischen Union in vielerlei Hinsicht geglückt ist. Leider gilt das auch für die immer engeren Kontakte unter Rechtspopulisten und Rechtsextremen in Europa.⁷

Warum Ostmitteleuropa?

Dass der Rechtspopulismus durchaus ein gesamteuropäisches Phänomen ist, zeigen Wahlergebnisse in vielen Staaten Europas: Nicht nur in Ungarn, wobei die Wahlergebnisse aus dem Jahr 2010 sicherlich eine besondere Herausforderung für die Demokratie darstellen, sondern auch in den Niederlanden, Belgien, Italien oder auch in Polen, Rumänien, Serbien und weiteren Ländern sind rechtspopulistische Parteien nicht zu unterschätzen und nehmen keineswegs die Rolle eines Außenseiters im Parteienspektrum ein.⁷ In diesem Zusammenhang stellt sich dann die Frage: Warum die Konzentration auf Ostmitteleuropa? Warum ist es wichtig, sich insbesondere dem Rechtspopulismus in dieser Region zu widmen?

Ohne die Frage nach dem regionalen Fokus zu einer Grundsatzfrage zu erheben, sollen einige Gründe und Überlegungen unterstrichen werden, die Ostmitteleuropa in den Mittelpunkt dieser Publikation rücken.

Zunächst weisen die Staaten Ostmitteleuropas aufgrund historischer Erfahrung und trotz veränderter Grenzziehung der modernen Nationalstaaten mehrere Gemeinsamkeiten auf. So waren die heutigen Staaten Tschechien und Slowakei bis 1993 Teil eines politischen Gefüges, das sich seit 1918 durch alle politischen Systeme hindurch als ein Staat – die Tschechoslowakei – erhalten konnte.

Viel älter als die modernen Nationalstaaten ist zudem der gemeinsame historische imperiale Kontext dieser Region – einerseits als Teil des Habsburger Reichs und andererseits als Schauplatz politischer

Spannungen europäischer Großreiche – der Habsburger Monarchie, Preußens, oder auch des russischen Zarenreichs.

Als historischer Raum „in der Mitte Europas“ durchlief die Region im langen 19. Jahrhundert mehr oder weniger gleichzeitig verschiedene historische Prozesse wie die Modernisierung, vor allem jedoch den Nationsbildungsprozess. In ähnlicher Weise – mit der Ausnahme Ungarns – waren Hrochs „kleine Völker“⁸ auch vom Panslavismus bzw. dem Austroslavismus betroffen und kamen spätestens mit dem endgültigen Zerfall der Habsburger Monarchie im Zuge des Ersten Weltkriegs als Nationalstaaten hervor.

Folge der Aufteilung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg und zu Beginn des „Kalten Krieges“ war die Zugehörigkeit der Region zur sowjetischen Einflussphäre und somit die Einführung des Staatssozialismus. Mehrere Versuche ostmitteleuropäischer Gesellschaften, mehr Freiheit (innerhalb der „Gleichheit“) zu erkämpfen (z.B. Ungarn 1956, Tschechoslowakei 1968) scheiterten an der Gewalt und militärischen Macht der Sowjetunion, bis es schließlich im Laufe der 1980er Jahre in Polen zur Entstehung einer neuen sozialen Bewegung kam, der Solidarność, die maßgeblich an den Ereignissen des Jahres 1989 in Osteuropa beteiligt war und eine Ära der Demokratisierung einleitete.

Dass die neu gewonnene (politische) Freiheit zugleich eine grundlegende Veränderung des wirtschaftlichen Systems in Richtung freier Marktwirtschaft bedeutete und somit zur Steigerung sozialer

Ungleichheiten in der jeweiligen Gesellschaft führen musste, kam für viele Menschen in Ostmitteleuropa unerwartet. Und dennoch schafften es die vier Staaten, trotz vieler unzufriedener „Transformationsverlierer“, im Laufe der 1990er den Anschluss an die Europäische Union zu finden und schließlich im Jahr 2004 der EU beizutreten. Zwar strebten auch andere osteuropäische Staaten diese Annäherung an die EU an, die vier Staaten Ostmitteleuropas begannen jedoch schon viel früher, fast unmittelbar nach der demokratischen Wende, im Jahr 1991, einen weiteren regionalen Integrationsprozess. 2010

kam es bei gemeinsamen Treffen der offiziellen Vertreter der (damals noch drei) Länder in Visegrád zum Bekenntnis zur gemeinsamen Zusammenarbeit und zur Gründung der Visegrád-Gruppe (V4).⁹

Bedenkt man allein den hier nur knapp geschilderten historischen und politischen Zusammenhang der Region Ostmitteleuropa, bieten sich auch oder gerade beim Thema Rechtspopulismus Vergleiche zwischen den einzelnen Nationalstaaten geradezu an.

Warum diese Publikation?

Dieser Band erscheint im Anschluss an die gleichnamige Tagung, die im Frühjahr 2010 von der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg in Potsdam organisiert wurde. Die Konferenz wie auch die Publikation sind Teil des Projektes „SPACES – Information, Debatte und Training für Toleranz“ und werden im Rahmen des Bundesprogramms „XENOS – Integration und Vielfalt“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert. Ziel des Projektes ist es, öffentliche (Frei)Räume für Diskussionen über Fragen der Demokratie und Toleranz sowie über die Probleme Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung auszubauen. Teilnehmer_innen der im Rahmen des Projektes organisierten Veranstaltungen werden über die genannten Themen informiert. Zudem wird die nur zu oft ehrenamtliche Arbeit der Menschen, die sich gegen Rechts engagieren, materiell und ideell gefördert, mit dem Ziel ihrer Professionalisierung. Neben dem starken praxisorientierten Anspruch

des Projektes SPACES gehört auch die theoretische, d.h. wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den genannten Themen dazu. Bestandteil der in diesem Zusammenhang angestrebten Debatte ist auch dieser Band. Thematisch auf die unmittelbare europäische Nachbarschaft ausgerichtet, soll er zwei Ziele erfüllen: Erstens sollen dem deutschsprachigen Publikum grundlegende Informationen über aktuelle rechtspopulistische Tendenzen in Ostmitteleuropa vermittelt werden, werfen doch diese ein neues Licht auf den Rechtspopulismus als gesamteuropäisches Phänomen. Und zweitens soll der Band dazu anregen, sich auch fortan intensiver mit diesem Thema auseinanderzusetzen und antidemokratische Akteur_innen zu bekämpfen. Als Sammlung verschiedener Beiträge von Autor_innen, die als Wissenschaftler_innen und/oder Aktivist_innen vorwiegend in Ostmitteleuropa tätig sind, liefert der Band neue Einblicke und geht über die Interpretationen deutschsprachiger Osteuropaexpert_innen hinaus bzw. ergänzt diese um wertvolle Erkenntnisse.

Zum Inhalt

Die dreiteilige Struktur des Bandes entspricht den drei zentralen Fragestellungen, die bereits während der Tagung besprochen wurden und hier etwas ausführlicher erörtert werden. Der erste Teil umfasst theoretische Überlegungen zu den Begriffen des Rechtspopulismus (Hans-Gerd Jaschke) und

des Rechtsextremismus (Björn Resener). Dabei werden im ersten Beitrag sowohl die Geschichte des politischen Konzeptes „Rechtspopulismus“ eingehend geschildert als auch verschiedene Aspekte und aktuelle Tendenzen rechtspopulistischer Politik in Europa aufgezeigt. Als wichtiger Punkt werden ins-

besondere die sozioökonomischen und politischen Voraussetzungen oder Gelegenheitsstrukturen hervorgehoben, die im Text als „rechtspopulistischer Moment“ bezeichnet werden.

Auf der Suche nach einem passenden Begriff, mit dem sich das in diesem Band untersuchte politische Phänomen treffend definieren ließe, blieb die Frage offen, ob sich für manche ostmitteleuropäische Beispiele der Rechtsextremismusbegriff besser eigne als der des Rechtspopulismus. Wie der Rechtsextremismusbegriff vor allem im deutschsprachigen wissenschaftlichen Raum eingesetzt wird, welche theoretischen, aber auch politischen Implikationen ihm zugrunde liegen, wird im zweiten Beitrag erläutert, indem gleichzeitig die Frage gestellt wird, ob dieser Begriff überhaupt noch als passend betrachtet werden könne.

Im zweiten Teil des Bandes gehen die Autor_innen auf die gegenwärtige Lage des Rechtspopulismus in den vier ostmitteleuropäischen Staaten ein, indem sie nicht nur die neuesten Entwicklungen analysieren, sondern auch historische sowie sozioökonomische und kulturelle Hintergründe beleuchten, die dabei eine wesentliche Rolle spielen (können). Während der Rechtspopulismus in Polen (Michał Syska), der Tschechischen Republik (Jaroslav Šonka) und der Slowakei (Grigorij Mesežnikov) in einzelnen Fallstudien erörtert wird, wird angesichts der Brisanz der aktuellen politischen Lage (im Jahr 2010) dem Fallbeispiel Ungarn etwas mehr Platz eingeräumt. Gleich zwei Beiträge (Peter Kende und Kornél Keller) untersuchen den ungarischen „Rechtsruck“.

Interessant erscheinen in diesem Teil vor allem die Parallelen, die sich im Hinblick auf den Umgang mit der jeweiligen nationalen Geschichte in den vier Staaten abzeichnen. In allen vier Staaten trifft man im Laufe der 1990er Jahre (aber auch heute noch) auf einen starken historischen Revisionismus sowie einen essentialistischen Zugang zur „nationalen Frage“. Nationale Geschichte wird dabei sowohl von der Wissenschaft als auch von den politischen Akteur_innen als die neue politische Ordnung legitimierendes Narrativ benutzt und entsprechend

„angepasst“. So werden beispielsweise Kontinuitäten (etwa zwischen mittelalterlichen Reichen und modernen Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts oder zwischen den Staaten der Zwischenkriegszeit und den postsozialistischen Demokratien) und Diskontinuitäten (vor allem in Form einer klaren Abgabe an den „Kommunismus“ im eigenen Land) konstruiert. Die jeweilige Nation gilt dabei als endlich erreichter Endpunkt einer historischen Entwicklung, deren logisches Ziel nur der moderne Nationalstaat sein konnte. Somit werden nicht nur die gegenwärtige politische Ordnung, sondern auch sämtliche zukünftige politische Maßnahmen eines politischen Akteurs legitimiert. Mit anderen Worten lässt sich das Verhältnis zwischen Politik und Geschichte in Ostmitteleuropa als dominant ethnonationalistisch determiniert bezeichnen und auf die einfache Formel bringen: Wer die Geschichte kontrolliert, kontrolliert auch die Zukunft. Insbesondere die Entwicklung in der Slowakei – so zumindest der Beitrag in diesem Band – bestätigt diese Regel. Der dritte Teil umfasst Beiträge, die verschiedene gesellschaftliche und politische Implikationen des ostmitteleuropäischen Rechtspopulismus untersuchen. Wie durch diskursive Verschiebungen infolge gesellschaftlicher Transformation nach 1989 die Begriffe Demokratie und Nationalismus verknüpft wurden und der Nationalismus letztlich zur gesellschaftlichen und politischen Kulisse sowie zum Nährboden unterschiedlichster Rechtspopulismen in Osteuropa werden konnte, erklärt in seinem Beitrag Nenad Stefanov.

Der Rolle der Medien in einer sich stark wandelnden Gesellschaft widmet sich der kurze Beitrag von Jiří Pehe, der eine durchaus kritische Haltung gegenüber modernen Massenmedien einnimmt. Sie stellen, so Pehe, das Hauptsprachrohr des Populismus dar. Von wirtschaftlichem Kalkül getrieben, gingen die meisten Medien Profiten nach, ohne dabei die Folgen für die Demokratie zu berücksichtigen. Gleichzeitig zeigt Pehe auch mögliche Ansätze auf, mit Hilfe derer sich die Medien wirksam dem Rechtspopulismus widersetzen könnten.

Wie sich dagegen die Zivilgesellschaft dem Rechtspopulismus, aber auch anderen menschen-

verachtenden Ideologien und Praktiken widersetzen kann, zeigt am Beispiel des antirassistischen Vereins „Nie Wieder“ Marcin Kornak im letzten Beitrag. In einem ausführlichen Bericht schildert er die zahlreichen Aktionen seiner Organisation. Deutlich zeigt dieser Beitrag, wie komplex das zivilgesellschaftliche Engagement sowohl in seinen Inhalten als auch in seiner Form ausfallen kann und muss, was ohne Zweifel mit einem ständigen Wandel auch der extremen Rechten überall in Europa

zusammenhängt. Ob und in welchem Ausmaß die Vielfalt an Aktionen und Kampagnen den Aufstieg der extremen Rechten aufhalten kann, wird sich in Zukunft noch zeigen und hängt nicht zuletzt von einer genauen Analyse des Phänomens ab. Dieser Band ist ein weiterer Schritt in diese Richtung und kann hoffentlich zu weiterer Auseinandersetzung mit dem Thema anregen.

Dorđe Tomić

Anmerkungen

1. Die erste Wahlrunde im April 2010 gewann Fidesz mit knapp 53 Prozent der Stimmen. In der zweiten Runde sicherte sich die Partei eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament. Vgl. Rechtsruck bei Parlamentswahl in Ungarn. In: bpb, URL: http://www.bpb.de/themen/FDOJW4,0,0,Rechtsruck_bei_Parlamentswahl_in_Ungarn.html, letzter Zugriff: 27.09.2010; 2. Wahlgang in Ungarn. Fidesz sichert sich 2/3 Mehrheit der Mandate. In: Pester Lloyd, Nr. 17, 26.04.2010, URL: http://www.pesteroiloyd.net/2010_17/17zweiterwahlgang/17zweiterwahlgang.html, letzter Zugriff: 27.09.2010.
2. Aufgrund der besseren Lesbarkeit wurde in den einzelnen Beiträgen auf die Angabe der geschlechtsneutralen Schreibweise verzichtet. Die männliche Form soll jedoch nicht als ausschließend verstanden werden.
Die Tagung „Rechtspopulismus in Ostmitteleuropa - Demokratien im Umbruch?“ fand am 4. Mai 2010 im Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte in Potsdam statt. S. Ankündigung unter: http://www.boell-brandenburg.de/calendar/VA_viewewt.aspx?evtid=7914, letzter Zugriff: 28.09.2010.
3. Die Organisation der Tagung sowie die Redaktion dieser Publikation wurden von der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg durchgeführt.
4. Diese werden im vorliegenden Band im Rahmen zweier Beiträge ausführlich erörtert.
5. Vgl. Bayer, József (2002): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 31, H. 3, S. 265–280. Zum Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmittel bzw. Osteuropa allgemein siehe auch: Ramet, Sabrina Petra; Griffin, Roger (1999): The radical right in Central and Eastern Europe since 1989. University Park, Pa.: Pennsylvania State Univ. Press (Post-Communist cultural studies). Zum Rechtspopulismus bzw. Rechtsextremismus in Polen siehe: Minkenberg, Michael; Sucker, Dagmar; Wenninger, Agnieszka (Hg.) (2006): Radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und Polen. Nationale und europäische Perspektiven. Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften; Gräfe, Karl-Heinz (2001): Die Geister der Vergangenheit sind auch in Polen zurückgekehrt. In: UTOPIE kreativ, H. 131, S. 801–816; Krzemiński, Adam (1990): „Polen den Polen“. Zur latenten Gefahr eines polnischen Rechtsextremismus. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 4, S. 345–347. Anregende Analysen zur Rechten in Ungarn sind u.a.: Bachmann, Karin (2010): Seismograph Ungarn. Die Rechte, die Wahlen und die Folgen. In: Osteuropa, H. 6, S. 13–18; Lang, Kai-Olaf (2010): Rechtsruck. Die Parlamentswahlen in Ungarn 2010. In: Osteuropa, H. 6, S. 3–12; Lakner, Zoltán (2007): Anticomunist policy in Hungary – the rightist character of Fidesz. In: The Analyst - Central and Eastern European Review - English Edition, H. 2, S. 93–112; Bozóki, András (2005): Consolidation or Second Revolution? The Politics of the New Right in Hungary. In: Slovak Foreign Policy Affairs, H. 1, S. 17–28. Interessant sind zudem journalistische Beiträge, die sich mit diesem Phänomen auseinandersetzen wie z.B. Mayer, Gregor; Odehnal, Bernhard (2010): Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa. St. Pölten: Residenz-Verlag; n-ost. Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung e.V. (Hg.) (2008): Rechtsextremismus und Antisemitismus in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Dokumentation zum n-ost-Stipendienprogramm. Unter Mitarbeit von Christian Mihr und Andreas Metz. Berlin: n-ost; Jungwirth, Michael (2002): Haider, Le Pen & Co. Europas Rechtspopulisten. Graz: Styria.
6. Vgl. dazu Heinrich-Böll-Stiftung; Kulturbüro Sachsen (Hg.) (2008): Gefährliche Liebschaften. Rechtsextremismus im kleinen Grenzverkehr. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung (Schriften zur Demokratie, Bd. 10).
7. In der Bundesrepublik fällt die Lage etwas anders aus: Zwar gibt es hier derzeit keine rechtspopulistische Partei von nennenswertem

- politischen Einfluss, der recht große Zuspruch bestimmter Teile der Gesellschaft etwa im Hinblick auf die offen rassistischen „Thesen“ von Thilo Sarrazin zeigt jedoch, dass die Etablierung rechtspopulistischer Akteure auch in Deutschland nicht komplett auszuschließen ist. Zu den äußerst besorgniserregenden Befunden hinsichtlich extrem rechter politischer Orientierungen großer Teile der Bevölkerung wie auch einer immer breiter werdenden Entsolidarisierung der Gesellschaft siehe Decker, Oliver u.a. (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. [Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung]. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin; sowie Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2010): Deutsche Zustände. Folge 9. Orig.-Ausg. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 2616).
8. Der Begriff stammt von dem Historiker Miroslav Hroch und bezieht sich auf „unterdrückte“ bzw. „nicht gleichberechtigte“ Völker, d.h. ethnische Gruppen im Habsburger Reich in der Zeit der Nationsbildung im 19. Jahrhundert. Diese habe es zwar kulturell als Einheiten gegeben, nicht aber politisch wie die „großen“ Nationen, die auf die politische Grundlage eines älteren Großreichs zurückgreifen konnten. Vgl. Hroch, Miroslav (1968): Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleinen Völkern Europas. Eine vergleichende Analyse zur gesellschaftlichen Entwicklung der patriotischen Gruppen. Praha: Univ. Karlova (Acta Universitatis Carolinae. Philosophica et historica. Monographia, 24).
 9. Vgl. die Erklärung der Gruppe auf der offiziellen Homepage: „The main reasons for the Visegrád cooperation stem not only from the geographical closeness of the V4 countries but also from their shared history, similar mentality of the people and last but not least from the common interests in the future development of Central Europe within the EU and the transatlantic relations.“, <http://www.visegradgroup.eu/main.php?folderID=925>, letzter Zugriff: 25.10.2010.

Literaturverzeichnis

- Bachmann, Karin (2010): Seismograph Ungarn.** Die Rechte, die Wahlen und die Folgen. In: Osteuropa, H. 6, S. 13–18.
- Bayer, József (2002): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa.** In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 31, H. 3, S. 265–280.
- Bozóki, András (2005): Consolidation or Second Revolution? The Politics of the New Right in Hungary.** In: Slovak Foreign Policy Affairs, H. 1, S. 17–28.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2010): Rechtsruck bei Parlamentswahl in Ungarn.** URL: http://www.bpb.de/themen/FDOJW4,0,0,Rechtsruck_bei_Parlamentswahl_in_Ungarn.html, letzter Zugriff: 27.09.2010.
- Decker, Oliver u.a. (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. [Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung]. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin.
- Gräfe, Karl-Heinz (2001): Die Geister der Vergangenheit sind auch in Polen zurückgekehrt.** In: UTOPIE kreativ, H. 131, S. 801–816.
- Heinrich-Böll-Stiftung; Kulturbüro Sachsen (Hg.) (2008): Gefährliche Liebschaften. Rechtsextremismus im kleinen Grenzverkehr.** Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung (Schriften zur Demokratie, Bd. 10).
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2010): Deutsche Zustände. Folge 9.** Orig.-Ausg. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 2616).
- Hroch, Miroslav (1968): Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleinen Völkern Europas. Eine vergleichende Analyse zur gesellschaftlichen Entwicklung der patriotischen Gruppen.** Praha: Univ. Karlova (Acta Universitatis Carolinae. Philosophica et historica. Monographia).
- Jungwirth, Michael (2002): Haider, Le Pen & Co. Europas Rechtspopulisten.** Graz: Styria.
- Krzemiński, Adam (1990): «Polen den Polen».** Zur latenten Gefahr eines polnischen Rechtsextremismus. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, H. 4, S. 345–347.
- Lakner, Zoltán (2007): Anticommunist policy in Hungary – the rightist character of Fidesz.** In: The Analyst - Central and Eastern European Review - English Edition, H. 2, S. 93–112.
- Lang, Kai-Olaf (2010): Rechtsruck. Die Parlamentswahlen in Ungarn 2010.** In: Osteuropa, H. 6, S. 3–12.
- Lendvai, Paul (2010): Mein verspieltes Land. Ungarn im Umbruch.** 1. Aufl. Salzburg: Ecowin-Verl.
- Lloyd, Peter (2010): 2. Wahlgang in Ungarn. Fidesz sichert sich 2/3 Mehrheit der Mandate (2010).** In: Pester

Lloyd, Ausgabe 17, 26.04.2010. URL: http://www.pestlerlloyd.net/2010_17/17zweiterwahlgang/17zweiterwahlgang.html, letzter Zugriff: 27.09.2010.

Mayer, Gregor; Odehnal, Bernhard (2010): Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa. St. Pölten: Residenz-Verlag.

Minkenberg, Michael; Sucker, Dagmar; Wenninger, Agnieszka (Hg.) (2006): Radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und Polen. Nationale und europäische Perspektiven. Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften.

n-ost. Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung e.V. (Hg.) (2008): Rechtsextremismus und Antisemitismus in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Dokumentation zum n-ost-Stipendienprogramm. Unter Mitarbeit von Christian Mihr und Andreas Metz. Berlin: n-ost.

Ramet, Sabrina Petra; Griffin, Roger (1999): The radical right in Central and Eastern Europe since 1989. University Park, Pa.: Pennsylvania State Univ. Press (Post-Communist cultural studies).



(Un)passende Begriffe?

(Hans-Gerd Jaschke)

Wann ist der rechtspopulistische Moment?¹

Rechtspopulismus: Begriff, Geschichte, Perspektiven

Im Folgenden werde ich einige Grundzüge des Populismus und seiner rechten Variante kritisch kommentieren. Dabei wird es zunächst einmal um die Frage gehen: Was ist Populismus? In einem zweiten Teil wird der Leser einen kurzen Überblick über den Rechtspopulismus in Europa insgesamt erhalten. In einem weiteren Teil werde ich mich auf Deutschland konzentrieren, und die beiden abschließenden Teile werden sich mit Ursachen und Hintergründen und der Frage beschäftigen, warum es Rechtspopulismus gibt und warum er stärker wird. Dieser Teil soll natürlich auch Fragen und Perspektiven eröffnen, darüber nachzudenken, welche Möglichkeiten es gibt, dem Rechtspopulismus entgegenzutreten. Wir sind uns, denke ich, einig darin, dass Rechtspopulismus kein demokratischer Politikansatz ist. Beginnen wir mit der Frage: Was ist Populismus?

Kennzeichnend für den Populismus ist der Rekurs auf das einfache Volk: mit einem Buchtitel von Bernt Engelmann – „Ihr da oben – wir da unten“²: Diese klassische Frontstellung ist kennzeichnend für den Populismus. Aber nicht nur der Bezug auf das Volk und die Behauptung, man vertrete dessen legitime Interessen, stehen im Mittelpunkt, sondern im Zusammenhang damit immer auch die scharfe Frontstellung gegen die Herrschenden. Das sind heute vor allem die Banken, das Finanzsystem, die politische Klasse, die politisch Herrschenden. Man muss diese Frontstellung zusammen sehen: „Wir, das einfache Volk gegen die da oben“. Die Antwort des Rechtspopulismus heißt: Die Herrschenden verraten uns, sie verraten die Interessen des Volkes, sie regieren am Volk vorbei, sie stecken Geld in die eigene Tasche, an uns vorbei, sie betrügen uns, sie plündern uns aus, usw. Das sind die klassischen Konfliktstellungen zwischen „dem Volk“ und „den

Herrschenden“. Immer ist diese Klammer ausschlaggebend. Sie betont, dass das Volk von „denen da oben“ betrogen und ausgeplündert wird. Diese Klammer ist in allen populistischen Bewegungen zu finden, vor allem in rechtspopulistischen Bewegungen – auf den Linkspopulismus komme ich später zu sprechen. Sie lässt sich immer finden und ist deswegen attraktiv, weil viele Angehörige des Volkes hier einen Nerv getroffen sehen, indem sie denken: „In der Tat ist es doch wohl so, dass sich die Banken und andere auf unsere Kosten die Taschen voll machen. Offenbar ist es so, dass die politische Klasse unsere Interessen verrät.“ Das heißt auch, es gibt offensichtlich so etwas wie eine Entfremdung zwischen Volk und Regierenden, oder um mit Niklas Luhmann zu reden, zwischen System und Lebenswelt, oder um Hegel zu bemühen, es gibt so etwas wie eine Entzweiung. Hegel spricht von Entzweiung, um dann die spätere Marxsche Debatte über die Entfremdung zu begründen. System - Lebenswelt, Elite - Volk, Entfremdung, Entzweiung – das ist der Ausgangspunkt für den Populismus, insbesondere für den Rechtspopulismus. Man könnte und müsste versuchen, diese Klammer auf Gesellschaften zu übertragen und würde vermutlich fündig werden. Hinter dem Rechtspopulismus steckt immer auch das Wunschbild einer naturwüchsigen Gemeinschaft – die Gemeinschaft der Deutschen, die Gemeinschaft des Volkes, Idee einer Gemeinschaft, die ähnliche Interessen und Empfindungen hat, die auf Solidarität angewiesen ist, die Solidarität und Gemeinschaft lebt. Diese Vorstellung steckt quasi als Utopie immer auch hinter den rechtspopulistischen Vorstellungen, ebenso wie die Annahme, diese Gemeinschaft sei zerstört worden, und zwar von den „Herrschenden“ – Wirtschaft, Politik, (Finanzen, Industrie, könnte man heute anfügen). Die Annahme

einer Zerstörung der Gemeinschaft durch die Herrschenden ist sehr kennzeichnend für den Rechtspopulismus.

Insgesamt gibt es diese drei zentralen Aspekte von Rechtspopulismus: Einmal ist es

1. *der Rekurs auf das Volk, immer in Verbindung mit der*
2. *Kritik an den Herrschenden und unterfüttert durch*
3. *den Appell an eine naturwüchsige Gemeinschaft oder die Annahme zumindest, es gebe eine solche Gemeinschaft, und sie würde durch die Herrschenden quasi missbraucht. Das sind der Kern und der Einsatzpunkt von Rechtspopulismus.*

Der amerikanische Soziologe Lawrence Goodwin spricht Ende der 1970er Jahre vom populistischen Moment – dem populist moment.³ Er meint damit, dass der Rechtspopulismus eine Kernströmung ist, dass sie aber nicht immer aktualisiert oder mobilisiert wird, sondern dass es eines bestimmten historischen Augenblicks bedarf, damit es zu entsprechendem Protest kommt. Goodwin verbindet damit die Vorstellung von der Modernisierung der Gesellschaft: Wenn das Tempo der Modernisierung zu schnell ist, dann kann es zu rechtspopulistischen Momenten kommen. Wenn das Volk dem Tempo der Modernisierung nicht folgen kann, dann ist ein historischer Augenblick gegeben, in dem Rechtspopulismus entstehen oder mobilisiert werden kann. Man könnte z. B. die mittel- und osteuropäischen Transformationsgesellschaften unter diesem Aspekt so sehen: Ohne Zweifel findet dort seit 1989/90 Modernisierung statt, sie findet aber, würde Goodwin sagen, zu schnell statt. Das Tempo ist sehr scharf und sehr schnell. Viele Dinge, die dort passieren, werden von der Bevölkerung nicht mitvollzogen, die Bevölkerung wird dabei nicht mitgenommen. Deswegen kommt es zu Gegenbewegungen, also zu populistischen Momenten, wie Goodwin sagen würde, in denen die „Vereinfacher“ Oberwasser bekommen, in denen diejenigen stark werden, die an die alte Gemeinschaft appellieren und behaupten, diese Politik und diese Ökonomie zerstörten diese

Gemeinschaften, die „wir“ einmal hatten. Dann ist der historische Moment gegeben.

Es gibt dafür eine Reihe von historischen Beispielen und Vorläufern. In der sozialwissenschaftlichen Debatte wird The People's Party Ende des 19. Jahrhunderts in den USA immer als der erste Versuch einer populistischen Strömung gewertet. In diesem Beispiel lässt sich eine klassische Ausgangslage des Rechtspopulismus finden: Die Eisenbahngesellschaften im Mittleren Westen diktierten die Preise, und die Farmer, Bauern und Rinderzüchter fühlten sich durch die Eisenbahngesellschaften ausgebeutet und hintergangen, während das Treiben der Eisenbahngesellschaften von der Zentralregierung geduldet wurde. Es wurde nichts dagegen unternommen, so dass die Farmer einen immer schmaleren Gewinn bzw. gar keinen Gewinn mehr hatten. Das war der historische Moment oder, wie Goodwin sagen würde, der populistische Augenblick.

The People's Party war ein farmers' movement, eine Bewegung von Farmern und Bauern im Mittleren Westen gegen die Regierung und die Eisenbahngesellschaften. Hier finden sich alle klassischen Motive des rechten Populismus: Bedrohung der ursprünglichen Gemeinschaft; zudem finden wir hier scharfe Attacken gegen ökonomische und politische Eliten. The People's Party war für gut sieben bis acht Jahre auch bei den Kongresswahlen relativ erfolgreich, wurde dann aber von der Republikanischen Partei mehr oder weniger integriert. Auch ein weiteres Moment populistischer Parteien ist hier zu erkennen. Die meisten von ihnen – um nicht zu sagen alle – existieren einige Zeit, einige Jahre, verschwinden dann auch wieder. Es ist sehr auffällig in der Geschichte des Rechtspopulismus, dass die Parteien, die man ihm zuordnen muss, immer nur eine gewisse Zeit existieren, dann verschwinden oder von anderen Parteien integriert werden.

So ist es der People's Party in Amerika gegangen, viel später auch dem Poujardismus in Frankreich. Es handelte sich hierbei um Anhänger des Agitators Pierre Poujarde und wieder vor allem um den ländlichen Raum, diesmal in Frankreich. Der Poujardismus war im Wesentlichen eine Steuerprotestpartei, die ländlich geprägt und in den 1950er Jahren ge-

gen die französische Regierung gerichtet war. Solche Steuerprotestparteien, Steuerprotestbewegungen finden sich später auch etwa in den 1970er und 1980er Jahren in Dänemark. Die Annahme all dieser Gruppen war: Der Staat / die Regierung / „die da oben“ plündern uns aus. Wir dagegen sind rechtschaffene Menschen, wir arbeiten den ganzen Tag von morgens bis abends, und der Staat und die Eliten haben nichts anderes zu tun, als uns auszuplündern. Diese Grundvorstellung war kennzeichnend für den Poujardismus, aber auch für andere Steuerprotestparteien in Westeuropa.

Populismus ist auch Herrschaftstechnik: Er eignet sich auch als ein Instrument der Herrschenden. Der klassische Rechtspopulismus geht immer „von unten“ gegen „die da oben“ aus. Insofern war zum Beispiel Jörg Haider in Österreich ein klassischer Rechtspopulist, der von unten kam, die zwei Säulen des politischen Systems in Österreich kritisierte und mit Unterstützung aus der Bevölkerung rechnen konnte: „das Volk ist auf meiner Seite, denn ich bin auf seiner Seite, wir protestieren gegen die da oben“. Als Haider in Kärnten Landeshauptmann wurde, war er als Ministerpräsident oder Landeshauptmann selbst Teil „derer da oben“ und bediente sich fortan des Populismus als Herrschaftstechnik. Damit ist gemeint, dass auch Herrschende, um den Begriff weiter zu verwenden, durchaus bestimmte Vorstellungen in der Bevölkerung wecken können, die besagen: „wir sind ja zusammengehörig, ich vertrete euere Meinung“ und wenn er behauptete „ich bin der Auffassung, wir haben zu viele Ausländer in Österreich“ – das war ja ein Thema von Haider – konnte er sich sicher sein, einen Teil der Wählerschaft mobilisieren zu können.

Der Populismus als Herrschaftstechnik ist auch auf der Linken bekannt – man denke in Deutschland an Oskar Lafontaine. Vieles von dem, was er sagt bzw. gesagt hat, kann man als populistisch kennzeichnen, eher von links, vor allem wegen seiner Attacken gegen das Bankensystem. Diese mögen ja berechtigt sein, die Art allerdings, in der sie vorgebracht werden, ist sicherlich populistisch. Kennzeichen des Populismus, sowohl als Herrschaftstechnik wie auch als Bewegung, ist die radi-

kale Vereinfachung der Wirklichkeit. Dieser Punkt scheint mir sehr wichtig. Man könnte auch sagen, Populismus sei eine Reduktion von Komplexität. Gesellschaft wird komplizierter, anspruchsvoller, undurchschaubarer, für viele Menschen auch anonym und nicht wirklich verstehbarer. Daher ist Populismus immer auch die Reduktion von Komplexität auf das Griffige, auf das Einfache, natürlich auch auf das Falsche, auf das Verzerrende.

Vor zehn Tagen gab es eine Überschrift in der Bild-Zeitung, die folgendermaßen lautete: Also doch! Die Griechen wollen unser Geld. Das ist reiner Rechtspopulismus: Reduktion eines Problems, auf das hier nicht näher eingegangen werden kann, auf ganz einfache, simpelste Form: „Die Griechen wollen unser Geld“. So formuliert, ist die Aussage übrigens auch falsch. Gleichzeitig ist sie aber auch nicht ganz falsch. Das ist kennzeichnend für den Populismus. Er beruht auf einer Halbwahrheit – könnte man mit Adorno sagen. Diese Art des Populismus bezeichne ich als Kulturpopulismus. Wir haben gerade in Deutschland etablierte Formen des kulturellen Populismus in den Medien. Das wäre eine Diskussion für sich – Kulturpopulismus über die Medien, gerade auch über die Presse. Insofern könnte man sagen, Populismus als Herrschaftstechnik ist eine Technik von Politikern, von Parteien, letztlich aber auch von Medien – oder zumindest von einigen Medien. Es wird an das Empfinden des Volkes appelliert und es wird mobilisiert gegen „die da oben“.

Kommen wir zu einigen Überlegungen über die Ausprägungen des Populismus in Europa. Ich möchte nicht auf jedes Land eingehen, sondern darauf hinweisen, dass wir praktisch in ganz Europa, in Ostmittel- und Osteuropa, aber auch in Zentral- und Westeuropa derzeit starke populistische Parteien haben. Werfen wir einen Blick auf einige neuere Wahlergebnisse: In Frankreich hat der Front National bei den Regionalwahlen im Jahr 2010 17,8% bzw. 118 Abgeordnete erreicht; in Großbritannien hatte die British National Party – das Gegenstück zur NPD – bei den Wahlen zum EU-Parlament 2009 8,3% der Stimmen erhalten. Die British National Party wird in diesen Tagen vermutlich sogar den

einen oder anderen Abgeordneten in einem Wahlkreis gewinnen können.⁴ Die Lega Nord in Italien bei den EU-Wahlen hatte 10,2%; in Österreich erreichte die FPÖ, die frühere Haider-Partei, 12,7% und die neue Haider-Partei BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich) immerhin 4,6%. In Norwegen erzielte die Fortschrittspartei bei den nationalen Wahlen 2005 22,9 %, stellte also einen sehr ernst zu nehmenden Faktor dar. Ähnlich verhielt es sich mit der dänischen Volkspartei, die bei den Europawahlen 2009 14,8 % gewann. Die Niederlande müssen erwähnt werden: Einmal mit Pim Fortuyn und auch zuletzt mit Geert Wilders – zwei ausgesprochen anti-islamische Parteien, d.h. nicht einmal anti-islamistische, sondern wirkliche Anti-Islam-Parteien. Beide haben in den Niederlanden erhebliche Erfolge verzeichnet, zuletzt mit 17,9% bei den EU-Wahlen. Bei den lokalen Wahlen 2010 hat Wilders' Partei, dort wo sie kandidiert hat, ganz starke Erfolge verzeichnet, nämlich in Almere, im Umkreis von Amsterdam – dort war sie stärkste Partei – und in Den Haag als zweitstärkste Partei. Letztlich sei hier auch auf die Schweiz verwiesen, insbesondere auf Christoph Blocher und seine Schweizer Volkspartei, die bei den Nationalratswahlen 2007 28,9% erzielt hat.

Dieser kleine Überblick soll dazu dienen, zu verdeutlichen, dass der Rechtspopulismus in Parteienform derzeit praktisch in ganz Europa auf dem Vormarsch ist. Es stellt sich indes die Frage, ob das ein populistischer Moment ist. Können wir damit rechnen, dass dieses Gespenst in einigen Jahren verschwindet, weil, wie vorhin ausgeführt wurde, eigentlich alle rechtspopulistischen Parteien früher oder später verschwunden oder integriert worden sind? Ist das so oder haben wir es mit einem dauerhaften Phänomen zu tun? Darauf kann ich hier keine Antwort geben, ich werfe die Frage lediglich auf: Ist das Ganze dauerhaft? Wenn ja, wäre das ganz ohne Frage eine erhebliche Bedrohung für Europa und die EU. Wenn nein, könnten wir uns mit den Erkenntnissen der älteren Sozialwissenschaften zufrieden geben, das Ganze sei ein Spuk und werde irgendwann verschwinden. Man kann dies nur hoffen, mit Sicherheit lässt sich es aber nicht vorhersagen.

Ich werde nun näher auf den Rechtspopulismus in Deutschland eingehen und darauf hinweisen, dass populistische Elemente schon in der NSDAP zu beobachten waren. Man darf nämlich zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus nicht ganz scharf trennen, gibt es doch fließende Übergänge. Nun lag der Populismus der NSDAP zum einen im Thema Versailles.

Versailles war das Thema der frühen NSDAP: Kampf gegen den Friedensvertrag von Versailles, der dem Deutschen Reich erhebliche Lasten aufbürdete, Reparationszahlungen und die Verkleinerung des Heeres auf 100.000Mann usw. Die NSDAP hat es so gedeutet: Das sei eine „Knechtung des deutschen Volkes“ und zwar durch die Siegermächte. Das heißt, die Herrschenden „da oben“ waren in diesem Fall die Siegermächte. Das war im Jahr 1918. Dieser Appell an das Volk in Verbindung mit Siegermächten und mit den durch Versailles Geknechteten – „Versailles ist unser Knechter“ – das war der anfängliche Populismus der NSDAP, der sich bis 1933 durchgezogen hat.

Zum zweiten war die NSDAP insofern populistisch, als sie sich gewisser Techniken bedient hat, was heute wenig bekannt ist. Im Alltag Ende der 1920er Jahre, Anfang der 1930er Jahre hat die NSDAP zum Beispiel Hilfsaktionen für bedrohte Winzer an der Mosel unternommen. Eine sehr alltägliche, ja fast sozialarbeiterische Hilfeleistung für bedrohte Gruppen, wie etwa die Winzer oder Bauern und andere, so wie es heute die NPD in Mecklenburg-Vorpommern und anderswo macht, indem sie Hilfestellung für Jugendliche, etwa in Form von Freizeitbeschäftigung, anbietet. Diese Art von populistischen Techniken kannte die NSDAP. Sie sind heute fast vergessen. Versailles war das eine Thema, geradezu das Generalthema der NSDAP, das zweite war vor 1933 die aktive Unterstützung „bedrohter Gruppen“ in Deutschland. So gesehen war auch die NSDAP ein Stück weit populistisch. Darüber hinaus verweist dieses historische Beispiel auf die Verbindung zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, die man nicht aus den Augen verlieren darf.

In Deutschland wurden rechtspopulistische Parteien bis in die 1980er Jahre durch eine starke CDU und vor allen Dingen auch durch die CSU integriert, absorbiert und aufgesogen. Ich erinnere an Franz Josef Strauß, der gesagt hat, rechts von der Union dürfe es keine rechte Partei geben. Das heißt, dass rechte Positionen, auch rechtspopulistische Positionen bis in die achtziger Jahre vor allem von der CSU auch vertreten wurden, die sich selbst auf der rechten Seite des demokratischen Spektrums gesehen hat und sicherlich dazu beigetragen hat, dass es in Westdeutschland keine rechtspopulistische Partei gegeben hat.

Das änderte sich sinnigerweise Ende der 1980er Jahre durch Aktivisten, die aus der CSU kamen, wie Franz Schönhuber u.a. Die Parteigründer der Republikaner kamen aus der CSU. Das hatte vielfache Gründe, auf die ich jedoch hier nicht näher eingehen will. Ich verweise nur darauf, dass es der Union nicht mehr gelungen ist, Ende der 1980er Jahre rechtspopulistische Strömungen in sich aufzunehmen und einzuhegen, sondern dass es einen Ausbruch gab. Das war die Partei Die Republikaner, die in der Zeit von 1989 bis etwa 1994 beachtliche Wahlerfolge hatte. In Baden-Württemberg saß sie zweimal im Landtag, aber auch anderswo war sie erfolgreich – und zwar mit dem Generalthema Zuwanderung, zudem mit Integration, „Asylbetrug“ und ähnlichen um Migration herumgruppierten Themen. Immer setzte sie indes das klassisch rechtspopulistische Raster – „wir hier unten gegen die da oben“ bzw. „die da oben tun nichts dagegen“ – ein: „Eure Sozialkassen werden geplündert durch Asylbewerber und der Staat guckt zu.“ Das war ein Generalthema der Republikaner. Schönhuber hat es verstanden, das Ganze in Massenveranstaltungen umzusetzen. Auch war er politisch-historisch nicht vorbelastet. Er kam aus dem Bayerischen Rundfunk, war dort Chefredakteur. Insofern waren die Republikaner keine Abspaltung aus dem rechtsextremen Lager, sondern aus dem bürgerlichen Lager, genauer aus dem Umfeld der CSU. Die Republikaner verschwanden dann 1994 vollends.

Es gab allerdings auch einige weitere Versuche des Rechtspopulismus. Erwähnt sei hier die Schill-Partei in Hamburg, die dort immerhin eine Koalitionsregierung eingehen konnte. Das Thema der Schill-Partei war ein anderes, aber auch ein klassisches für den Rechtspopulismus in Deutschland, nämlich die innere Sicherheit. Schill, ein ehemaliger Amtsrichter, argumentierte so: „Die Hamburgische Regierung tut nichts für eure Sicherheit. Wir haben hier auf den Straßen jede Menge Kriminalität. Die Regierung tut nichts für euch. Im Gegenteil, sie lässt es zu.“ Somit nutzte er das Thema Unsicherheit im öffentlichen Raum. Dazu gehörte auch Ausländerkriminalität als Thema der Schill-Partei und damit konnte er punkten – mit klassischen rechtspopulistischen Motiven. Fragen der Sicherheit / Unsicherheit betreffen Bürger direkt oder können sie direkt betreffen. Insofern ist dies ein weiteres klassisches Thema des Rechtspopulismus.

Die NPD selbst könnte und würde man heute in Würdigung ihrer über vierzigjährigen Geschichte nicht als rechtspopulistische Partei bezeichnen. Sie ist eine klassische rechtsextreme Partei, aber auch sie hat populistische Momente. Diese zeigen sich zum einen in der praktischen politischen Arbeit, vor allem wenn Hilfestellungen für Jugendliche wie Freizeitbeschäftigung oder Hausaufgabenhilfe usw. angeboten werden. Zum zweiten werden sie im Versuch der NPD deutlich, auch vor Wahlen das populistische Moment – „wir hier unten gegen die da oben“ – zu aktivieren. Das macht die NPD eigentlich nur partiell erfolgreich. Sie hat in Sachsen oder auch in Mecklenburg-Vorpommern Wahlerfolge, in den 1960er Jahren saß sie in Westdeutschland übrigens in sieben Landesparlamenten. Wir wissen aber auch aus der Wahlforschung, dass hier an erster Stelle Menschen mit klassischer rechtsextremer Überzeugung angesprochen worden sind. Das gilt für die sechziger Jahre, aber auch für die neueren Wahlerfolge. Deshalb kann man sagen, dass der organisierte Rechtsextremismus in Deutschland, insbesondere der der NPD, rechtspopulistisch zu argumentieren versucht, dies aber keine wirklich rechtspopulistische Strömung ist, sondern sich lediglich bestimmter rechtspopulistischer Techniken bedient.

Eine Abschlussfrage dazu heißt: Warum gibt es in Deutschland keine starke rechtspopulistische Bewegung? Einmal deswegen, weil über Jahrzehnte hinweg der Rechtspopulismus in den Unionsparteien integriert und absorbiert worden ist. Ob die Union heute noch diese Kraft hat, lässt sich schwer sagen. Wenn heute eine stärkere rechtspopulistische Strömung mit einem entsprechenden Personal antreten würde, ließe sich nicht mit Sicherheit vorhersagen, ob die Union diese absorbieren könnte. Und zum zweiten absorbiert der kulturelle Rechtspopulismus in Deutschland über Teile der Medien doch sehr vieles an Unmut, an Strömungen in der Bevölkerung, die auf Rechtspopulismus anspringen. Kultureller Rechtspopulismus ist kennzeichnend für die deutsche Situation. Man müsste diesen Faktor sicherlich weiter ausdifferenzieren und weiter diskutieren, aber es lässt sich demnach feststellen, dass einmal die Integrationskraft der Union und zum zweiten der kulturelle Rechtspopulismus derzeit verhindern, dass wir eine starke nennenswerte Bewegung in Deutschland haben.

Ein drittes ließe sich anfügen. Wenn Lawrence Goodwin recht hat und der populistische Moment, d.h. der historische Moment ausschlaggebend ist, könnte man sagen, dass wir offensichtlich in Deutschland diesen Moment im Augenblick nicht haben. Er könnte aber kommen. Mit Goodwin kann vermutet werden, ein populistisches Moment sei eine Option, die in Deutschland durchaus wieder kommen könnte.

Lassen Sie mich zu den Ursachen und Hintergründen kommen. Adressaten des Rechtspopulismus sind immer, seit Beginn der Geschichte des Rechtspopulismus, d.h. seit den populistischen Bewegungen in Amerika Ende des 19. Jahrhunderts, die Modernisierungsverlierer. Das sind diejenigen Teile der Gesellschaft, die mit den Auswirkungen der Modernisierung und dem Tempo dieser Entwicklung nicht zurechtkommen. Es sind diejenigen, die objektiv darunter leiden, indem sie arbeitslos werden, von Arbeitslosigkeit bedroht sind, und deren Situation sich radikal verschlechtert. Dieser Kreis von Modernisierungsverlierern ist für einfache Erklärungen, Sündenbockphilosophien und einfache Schuldzu-

weisungen anfällig. Schuld sind – um noch einmal die Bild-Zeitung zu zitieren – die Griechen, „die wollen unser Geld“. Die Adressaten wissen, dass das so falsch ist, man darf es so nicht sagen, da es schlicht falsch ist, aber es sind einfache Schuldzuweisungen. Es gibt Menschen, die für solche Thesen anfällig sind.

Wir dürfen nicht vergessen, dass es auch Schattenseiten der Modernisierung gibt. Wir wissen, dass ein Teil der Bevölkerung mit bestimmten Entwicklungen nicht oder wenig Schritt halten kann. Denken wir z.B. an die moderne IT. Denken wir daran, was heute gefordert wird, um einen Arbeitsplatz überhaupt auf Dauer bekommen zu können, an die Qualifikationen, die man dafür braucht. Denken wir daran, was gefordert wird: Flexibilität. So sagte der damalige Bundespräsident Roman Herzog schon 1997 in seiner Berliner Rede, an junge Menschen gerichtet, singgemäß: „Ihr müsst bereit sein, euren Beruf mehrfach zu wechseln, ihr müsst bereit sein, in eurem Leben mehrfach umzuziehen.“ Das sind zum Beispiel Anforderungen, denen nicht jeder gewachsen ist, die nicht jeder mit vollziehen kann oder will. Diese Form der Modernisierung produziert Modernisierungsverlierer – ein Teil der Gesellschaft ist objektiv Opfer der modernen Entwicklung. Insofern ist das Reden über die Schattenseiten der Modernisierung immer auch ein Reden über die Chancen des Rechtspopulismus.

Die Abschottung der Eliten und der politischen Klasse ist ein Phänomen, das man empirisch schön zeigen kann, und zwar dadurch, dass man auf die Entfremdung zwischen Eliten, insbesondere politischen Eliten und der Basis hinweist. Wir haben in Deutschland einen steigenden Anteil von Menschen, die unzufrieden sind, nicht nur mit den Politikern, sondern mit dem politischen System insgesamt. Wir haben in Ostdeutschland Werte – laut einer Studie von Richard Stöss⁵ (FU Berlin) – von über 40% der Bevölkerung, die große Zweifel am politischen System haben – d.h. nicht nur an den Politikern, sondern am politischen System selbst. Diese Werte werden durch andere Umfragen bestätigt. Auch in Westdeutschland ist der Anteil dessen, was man früher Politikverdrossenheit nannte, groß. Ich

würde nicht von Politikverdrossenheit reden, sondern von Distanz zwischen Wählern und Gewählten, zwischen Bürgern und politischem System. Sie ist längerfristig in Deutschland größer geworden. Darüber dürfen kurzfristige Mobilisierungen in Wahlkampfzeiten nicht hinwegtäuschen. Die Distanz zwischen Wählern und Gewählten, zwischen Bürgern und politischem System in Deutschland ist groß. Nach allem, was wir aus Umfragen aus Europa wissen, gibt es dort relativ ähnliche, gleichförmige Entwicklungen. Wenn ich von Eliten rede, meine ich natürlich auch wirtschaftliche Eliten. Seit der Bankenkrise und der Finanzkrise ist es offensichtlich, dass die Distanz zwischen der Raffgier der Finanzeliten und der Bevölkerung größer geworden ist und dass die politische Klasse es bis jetzt meines Erachtens eher versäumt hat, hier eine vermittelnde Rolle einzunehmen, so dass wir heute in Deutschland und Europa insgesamt starke Distanzen zwischen Bürgern und den politischen und wirtschaftlichen Eliten haben.

Lassen Sie mich noch zwei Punkte ansprechen: Reduktion von Komplexität in der modernen Welt ist ein Bedürfnis, das wir eigentlich alle haben, weil wir alle bestimmte Dinge der modernen Welt wenig oder gar nicht nachvollziehen können. Der eine versteht wenig von Technik, der andere von Politik, der dritte von Verwaltung usw. Wir alle reduzieren Komplexität in unserem Alltag. Wir müssen das tun, sonst könnten wir nicht überleben. Wir müssen Komplexität reduzieren, handhabbar machen, Lösungen oder Wege finden, dies zu tun. Das ist eine Leistung, die von jedem von uns abverlangt wird. Das Spezifische am Rechtspopulismus ist, dass er Politik auf griffige, einfache Formeln reduziert. Was den Rechtspopulismus vom Linkspopulismus indes unterscheidet, ist, dass die alten völkischen Vorstellungen einer Volksgemeinschaft, einer starken Nation, einer Überlegenheit von Rassen gegenüber anderen, oder der Deutschen gegenüber anderen, stark mitschwingen. Ich benutze bewusst dieses Wort „mitschwingen“. Denn der Rechtspopulismus ist implizit auch rassistisch. Das ist der Linkspopulismus nicht. Rechtspopulismus lebt auch von völkischen und nationalistisch-chauvinistischen Grundorientierungen. Daher gibt es sehr wohl Un-

terschiede zwischen dem rechten und dem linken Populismus.

Mein letzter Punkt ist ein idealistischer: Populismus und Aufklärung. Alter Aufklärungspathos, der Appell an den Vernunftgedanken und die Vorstellung, dass Politik und politische Bildung und politische Diskussion immer auch dazu beitragen sollen, den Weg aus der, wie Kant sagt, „selbstverschuldeten Unmündigkeit“⁶ zu führen, d.h. dass wir uns also unseres eigenen Verstandes, der Vernunft bedienen. Dem steht der Rechtspopulismus im Weg. Das muss klar und deutlich so gesagt werden. Vernunftglaube, rationaler Diskurs, im Zusammenhang damit natürlich auch demokratische Grundüberzeugungen und Populismus stehen sich im Weg. Sie vertragen sich nicht. Aufklärerisches Denken hat es schwer gegenüber dem Rechtspopulismus, weil wir an den Verstand appellieren müssen und vor allen Dingen an die selbst benutzte Vernunft. Daran, dass Menschen ihren eigenen Verstand benutzen und nicht Ideen hinterherlaufen. Insofern ist das Verhältnis Aufklärung - Populismus eine geradezu unverträgliche Spannung. Es geht darum – das ist natürlich eine große Aufgabe – herauszufinden, wie man aufklärerischem, demokratischem Denken dann doch wiederum zum Durchbruch gegen alle Formen von Populismus, und das heißt alle Formen von Vereinfachung, von unzulässiger Vereinfachung verhelfen kann. An diese Unterscheidung sollte man vielleicht noch einmal denken. Wir alle vereinfachen. Vereinfachung als solche ist nichts Verwerfliches. Das tun wir ständig. Den ganzen Tag lang. Denken wir an technische Sachen. Wir brauchen Technik usw. Aber der Populismus vereinfacht in unzulässiger Weise, weil er gegen die Vernunft handelt, weil er Stimmung macht, und insbesondere weil er bestimmte Teile der Bevölkerung ausgrenzt. Die Erfahrung zeigt, dass das häufig Migranten, Zuwanderer, „Ausländer“ sind. Was ist also das Kennzeichen von Rechtspopulismus – eine unzulässige Reduktion von Komplexität, eine unzulässige Vereinfachung. Aufgabe von Politik und Gesellschaft ist es, Wege zu diskutieren, wie dem Inhalt geboten werden kann.

Anmerkungen

1. Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um eine schriftliche Fassung des Vortrags von Prof. Hans-Gerhard Jaschke bei der Tagung „Rechtspopulismus in Ostmitteleuropa - Demokratien im Umbruch?“, die am 4. Mai 2010 im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam stattgefunden hat und von der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg organisiert wurde.
2. Vgl. Engelmann, Bernt; Wallraff, Günter (2002): *Ihr da oben - wir da unten*. 2. Aufl. Köln: Kiepenheuer & Witsch (KiWi, 347).
3. Vgl. Goodwyn, Lawrence (1978): *The populist moment. A short history of the agrarian revolt in America*. Oxford: Oxford University Press.
4. Die BNP ist zwar das Gegenstück zur NPD, ist aber im Verlauf ihrer Geschichte immer populistischer geworden. Sie bewegte sich also weg von den offenen nazistischen Programnteilen hin zu mehrheitspopulistischen Teilen. Allein durch das Wahlsystem in Großbritannien – einem Mehrheitswahlrecht – hat die BNP bisher parlamentarisch kaum Erfolge haben können. (Anm. d. Aut.)
5. Vgl. Stöss, Richard (2000): *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*. 3., überarb. Aufl. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Dialog Ostdeutschland, S. 31.
6. Nach dem berühmten Text des Philosophen, ursprünglich: Kant, Immanuel (1784): *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?* In: *Berlinische Monatsschrift*, Bd. 4, H. 12, S. 481–494.

Literaturverzeichnis

Engelmann, Bernt; Wallraff, Günter (2002): *Ihr da oben – wir da unten*. 2. Aufl. Köln: Kiepenheuer & Witsch (KiWi, 347).

Goodwyn, Lawrence (1978): *The populist moment. A short history of the agrarian revolt in America*. Abridged ed. Oxford: Oxford University Press.

Kant, Immanuel (1784): *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?* In: *Berlinische Monatsschrift*, Jg. 4, H. 12, S. 481–494.

Stöss, Richard (2000): *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*. 3., überarb. Aufl. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Dialog Ostdeutschland.

Hans-Gerd Jaschke, Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, unterrichtete an verschiedenen Hochschulen in Frankfurt am Main, Münster und Berlin. Seine Schwerpunkte in Lehre und Forschung in den Bereichen der Politik- und der Polizeiwissenschaft umfassen insbesondere die Politik der Inneren Sicherheit in Deutschland und Europa, die Polizeiaus- und -fortbildung im internationalen Kontext bzw. in der EU sowie den politischen Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus. Prof. Jaschke ist Autor zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen und ist als wissenschaftlicher Politikberater tätig.

(Björn Resener)

Rechtsextremismus: Der (un)passende Begriff?

Der Begriff „Rechtsextremismus“ gehört zu einer Reihe von verschiedenen Bezeichnungen für ein bestimmtes politisches Phänomen unserer Zeit. Er wird in verschiedenen Sprachen verwendet und hat sich inzwischen nicht nur in der wissenschaftlichen Debatte in Deutschland, sondern wörtlich übersetzt, etwa als „estremismo di destra“ in Italien oder als „right-wing extremism“ im englischsprachigen Raum, weitgehend durchgesetzt.¹

In der bundesrepublikanischen Politik und Medienlandschaft wird „Rechtsextremismus“ meist dann öffentlichkeitswirksam debattiert, wenn er sich durch gewalttätige Aktionen manifestiert, oder die NPD neue Wahlerfolge verbucht. Beide Aspekte sind leicht messbare und unmittelbar verständliche Kategorien. Doch handlungsleitend dürfte in den meisten Fällen die Einstellung sein, deren unzureichende Problematisierung im Kontrast zur häufigen und durchweg kritischen Berichterstattung über die Straftaten und das Wahlverhalten steht.

Gerade hierzulande ist der Begriff Rechtsextremismus „aus historischen Gründen stark politisiert, die Diskussionen um seine Ursachen, seine Bedeutung und um die Methoden für seine Bekämpfung sind hochgradig durch Werturteile geprägt.“² Selbst den Sozialwissenschaften gelingt es nicht, sich der Problematik unbefangen zu nähern. So existiert auch keine allgemein anerkannte Definition.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Leiter der Abteilung für Politikwissenschaften der Universität Köln, stellt fest: „Bislang hat sich die Fachwissenschaft weder auf einen bestimmten Terminus, der das Phänomen zutreffend und unmissverständlich bezeichnet, noch auf eine allgemeingültige Definition einigen können.“³ Und auch Prof. Dr. Uwe Backes vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden stellt fest, dass es für das Phänomen diverse miteinander konkurrierende Bezeichnungen gibt, die „je-

weils wiederum mit unterschiedlichen Inhalten gefüllt“⁴ sind.

Beide Wissenschaftler arbeiten jedoch mit dem Rechtsextremismusbegriff, wenn auch unter verschiedenen Voraussetzungen. Für Uwe Backes stellen die unterschiedlichen gesellschaftspolitischen und methodologischen Ausgangspunkte der wissenschaftlichen Auseinandersetzung kein grundsätzliches Problem dar. „Doch muss jede wissenschaftliche Analyse ihr Erkenntnisinteresse offenlegen, die eigenen gedanklichen Voraussetzungen so klar wie möglich herausarbeiten und die verwendeten Begriffe so exakt wie möglich definieren, damit auch derjenige, der bestimmte Grundüberlegungen nicht teilt, aus der Untersuchung Nutzen zu ziehen vermag.“⁵

Bei mindestens 26 verschiedenen Rechtsextremismusdefinitionen mit insgesamt 58 unterschiedlichen Definitionsmerkmalen, die in der internationalen Literatur zu finden sind,⁶ scheint diese Prämisse unabdingbar zu sein. Um den kontroversen akademischen Debatten über den Begriff Rechtsextremismus und den ihm zugrunde liegenden Definitionen gerecht zu werden, werden in diesem Artikel die Positionen beider sich deutlich widersprechender Wissenschaftler gegenüber gestellt.

Uwe Backes versucht einen Konzeptualisierungsvorschlag zum Rechtsextremismus zu erarbeiten, indem er die beiden Wortbestandteile zunächst getrennt voneinander behandelt. Dies tut er schon deshalb, weil es ihm wichtig ist, einer verselbstständigten Forschung zum Rechtsextremismus einerseits und zum Linksextremismus andererseits entgegenzuwirken.⁷ Begriffsgeschichtlich leitet er ab, „dass das Bild von der ‚Mitte‘ und den ‚Extremen‘ eng mit der historischen Entfaltung des Verfassungsstaates verbunden ist“⁸. Gekennzeichnet sei dieser durch:

1. *Pluralismus: „Der Staat vereint eine Vielheit von Menschen und Menschengruppen, deren Interessen und Anschauungen verschieden, aber gleichermaßen legitim sind.“⁹*
2. *Gemeinwohlorientierung statt einseitiger Interessenwahrnehmung.*
3. *Gesetzesstaat statt Willkürstaat: „Eine politische Ordnung muss Regeln vorsehen, die von allen, auch den jeweils Regierenden, zu beachten sind. Ohne ein gewaltkontrollierendes Institutionengefüge ist dies nicht dauerhaft zu gewährleisten.“¹⁰*
4. *Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung: „Entscheidungen sind nur dann anerkennungswürdig, wenn zumindest eine faire Chance bestand, sich an deren Zustandekommen zu beteiligen.“¹¹*

Entsprechend schlussfolgert er, dass Extremismus als Sammelbezeichnung für alle politischen Gesinnungen und Bestrebungen gelten müsse, die den Werten, Verfahrensregeln und Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates widersprechen. In diesem Zusammenhang legt er nahe, „eine Position bereits dann als ‚extremistisch‘ zu kennzeichnen, wenn eines der unverzichtbaren Prinzipien demokratischer Verfassungsstaaten negiert wird.“¹²

Merkmale des Extremismus können demnach antidemokratische und antikonstitutionelle Tendenzen, Antiparteienaffekt, Antipluralismus, die Ablehnung der Gewaltenteilung sowie der Menschenrechte und der daraus abzuleitenden Grund- und Freiheitsrechte sein. Dies geht mit dem Anspruch auf ein Erkenntnis- und Wahrheitsmonopol einher, welches den exklusiven politischen Gestaltungsanspruch begründet und eine Vielfalt der Interessen, Meinungen und Anschauungen nicht zulässt.¹³

Als begrifflich-konzeptionelle Antithese zum demokratischen Verfassungsstaat lassen sich dem Extremismus also politische Strömungen mit zum Teil gegensätzlichen programmatischen Zielen zuordnen. „‚Rechts‘ bildet die Antithese zu ‚links‘, ‚Extremismus‘ die zum ‚demokratischen Verfassungsstaat‘. Auf der Grundlage der beiden Dyaden lässt sich der geistig-politische Raum (...) in vier Zonen unterteilen.“¹⁴ Eine dieser Zonen definiert dabei den Rechtsextremismus.

Allerdings tut sich Backes ungleich schwerer mit einer Definition dessen, was politisch rechts sei und stellt sogar in Frage, ob die Links-Rechts-Dichotomie noch zeitgemäß sei, denn „die mit den Begriffen ‚rechts‘ und ‚links‘ verbundenen Inhalte unterlagen ständigen Veränderungen.“¹⁵ Zudem betont das bipolare Schema seines Erachtens zu deutlich die Gegensätze in Zielen und Werten und lenkt von den Gemeinsamkeiten der Extremisten bei Mitteln und Normen der Politik ab. Schließlich betrachteten Rechts- wie Linksextremisten Gewalt als legitimes Mittel des politischen Engagements und fühlten sich nicht an die Spielregeln der Demokratie gebunden. Backes bemüht die Metapher der Enden eines Hufeisens, um zu verdeutlichen, dass Extremisten linker wie rechter Couleur einander weit entfernt und zugleich benachbart sein können.¹⁶

Er macht schließlich in Anlehnung an den Turiner Rechtsphilosophen Norberto Bobbio die Haltung zum Ideal der Gleichheit als grundlegendes Unterscheidungsmerkmal aus. „Die Linke sei mithin geneigt, Ungleichheiten als Folge veränderbarer sozialer Zustände zu interpretieren und auf ihre Beseitigung zu dringen“¹⁷, während die Rechte sich bereit zeige, Ungleichheiten zu akzeptieren, sie zu naturalisieren und mit Tradition und Gewohnheit zu rechtfertigen. Backes „erscheint es sinnvoll, der Definition der Teilmenge ‚Rechtsextremismus‘ nicht nur antiegalitäre Tendenzen, sondern einen radikalen Antiegalitarismus zugrunde zu legen.“¹⁸ Dieser negiert die Auffassung, dass alle Mitglieder der menschlichen Gattung als prinzipiell Gleichberechtigte anzusehen sind und widerspricht damit implizit der Idee der Menschenrechte, die für den demokratischen Verfassungsstaat konstitutiv ist.

Als Konsequenz aus diesen Überlegungen entwirft er ein Schema, das einerseits nach dem Verhältnis zum demokratischen Verfassungsstaat und andererseits nach der Haltung zum Gleichheitsideal fragt. Das Ideal der Gleichheit bejahende Positionen werden als links, sie verneinende Positionen als rechts eingestuft. Wird zudem ein kritisches Verhältnis zum demokratischen Verfassungsstaat festgestellt, den Backes mit nichts Geringerem als der Freiheit selbst gleichsetzt, dann handelt es sich um

Links- bzw. Rechtsextremisten.¹⁹ Dieses Konzept ist durchaus in der Lage einen geistig-politischen Raum zu definieren, der verschiedene politische Bewegungen, Parteien und Ideologien erfasst, die sich auf den Nationalsozialismus oder den Faschismus berufen, oder auch unabhängig davon rassistische Ausgrenzung propagieren. Darüber hinaus ist der Erkenntnisgewinn jedoch sehr begrenzt, da die Etikettierung „rechtsextremistisch“ bei Backes eine Forschungsperspektive vorgibt, die auf Erkenntnisse über die Einstellung zum demokratischen Verfassungsstaat und der fundamentalen Gleichheit aller Menschen beschränkt bleibt.

So ist Backes Rechtsextremismusdefinition in erster Linie für staatliche Organe von Bedeutung, deren Aufgabe es ist, eben diesen demokratischen Verfassungsstaat zu schützen. Deshalb darf es auch nicht wundern, dass sich um Backes herum ein regelrechtes Zitierkartell von Wissenschaftlern gebildet hat, die zum Teil direkt vom Verfassungsschutz alimentiert werden. Armin Pfahl-Traughber beispielsweise, der Backes Rechtsextremismus-Definition übernimmt,²⁰ oft Beiträge für dessen Sammelbände verfasst²¹ und eine eigene Publikation unter dem Titel „Rechtsextremismus“ veröffentlicht hat. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung“ von Uwe Backes mit herausgegeben wurde,²² arbeitet für das Bundesamt für Verfassungsschutz und bildet als Professor an der verwaltungsinternen Fachhochschule Brühl bei Bonn zukünftige Verfassungsschützer aus.

Es ist geradezu ironisch: Einerseits legt die Extremismustheorie in ihrer Konsequenz selbst dar, dass zum Wesen der Demokratie gehöre, dass die Wissenschaft nicht im Dienst des Staates stehen dürfe, da dies ein Merkmal „totalitärer Systeme“ sei. Andererseits beruft sich der Verfassungsschutz aber nachweislich auf die Extremismustheorie von Uwe Backes, deren zentraler Terminus wiederum vom Verfassungsschutz selbst vorgegeben wurde, denn „seit dem Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1974 firmieren verfassungsfeindliche Bestrebungen nicht mehr als ‚radikal‘, sondern als ‚extremistisch‘. So ist der Extremismusbegriff Bestandteil der deutschen Amtssprache geworden“²³.

Dass die Unabhängigkeit von Wissenschaft, Forschung und Lehre, die den akademischen Betrieb kennzeichnen sollte, bei den hier dargelegten Verbindungen noch gegeben ist, darf bezweifelt werden – ganz abgesehen davon, dass gegen Backes Extremismustheorie auch die Erkenntnisse von empirischen Analysen sprechen: Die Autoren der Studie „Bewegung in der Mitte“ bezeichnen den Begriff Rechtsextremismus vor dem Hintergrund der Ergebnisse ihrer Studie als irreführend, da er das Problem als ein Randphänomen tituliere. „Rechtsextremismus ist aber, bezogen auf die Ebene der Einstellungen, ein politisches Problem in der Mitte der Gesellschaft.“²⁴ So stimmten mehr als 30 Prozent der Befragten einzelnen der insgesamt 18 Aussagen zu, in denen sich rechtsextreme Einstellung manifestierte. Und auch die Personen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild fanden sich in allen gesellschaftlichen Gruppen, auch unter Anhängern demokratischer Parteien.²⁵

Es stellte sich zudem heraus, dass das Gefühl der Befragten, politisch einflusslos zu sein, maßgeblich mit rechtsextremer Einstellung korrespondierte. Auch die Erfahrung, Verlierer der Wettbewerbsökonomie zu sein, ging überdurchschnittlich häufig mit „rechtsextremer Einstellung“ einher.²⁶ Auch wenn es verkürzt wäre, von diesen Ergebnissen auf einen deterministischen Zusammenhang zu schließen, müssen sich die Politik- und Sozialwissenschaften offenbar immer noch die Frage stellen, ob nicht auch die Demokratiedefizite des demokratischen Verfassungsstaates und die ökonomische Ungleichheit, die mit seinem Wirtschaftssystem einher geht, den so bezeichneten Rechtsextremismus selbst hervorbringen. Der Ansatz von Uwe Backes lässt solche Fragen jedoch nicht zu, schon deshalb nicht, weil er die Antwort möglicherweise per Definition als „extremistisch“ kennzeichnen müsste.

Auch das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld liefert regelmäßig empirisches Material, dessen Auswertung zu ähnlichen Schlussfolgerungen führen muss. Der Leiter des Instituts Prof. Dr. Heitmeyer verantwortet seit 2002 eine Langzeitstudie zu diskriminierenden Einstellungen in der bundesdeutschen

Bevölkerung. Sie umfasst inzwischen zehn Symptome: Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Etablierenvorrechte (Chauvinismus), Antisemitismus und Islamophobie, Homophobie und Sexismus, sowie die Abwertung von Obdachlosen, Behinderten und Langzeitarbeitslosen.²⁷ Er bezeichnet die Summe dieser diskriminierenden Einstellungen als Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass mehr als 15 Prozent der Deutschen latent rassistisch, antisemitisch, homophob und sexistisch eingestellt sind sowie Behinderte abwerten. Darüber hinaus sind mehr als 20 Prozent der Deutschen fremdenfeindlich, islamophob und chauvinistisch eingestellt und werten Obdach- und Langzeitarbeitslose ab.²⁸

Prof. Dr. Andreas Zick und Dr. Beate Küpper, zwei Wissenschaftler an Heitmeyers Institut, haben 2009 mit „Europäische Zustände“ eine weitere Analyse veröffentlicht, die ähnlich hohe Ergebnisse auch für andere demokratische Verfassungsstaaten in Europa nachweist. In den beiden untersuchten ostmitteleuropäischen Staaten Polen und Ungarn werden sogar überdurchschnittlich hohe Werte bei der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit festgestellt.²⁹ Bei diesen Zustimmungsraten wäre es grundverkehrt, die sich über die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit manifestierenden antidemokratischen Einstellungsmuster als „Rechtsextremismus“ zu bezeichnen und damit implizit als Randgruppenphänomen demokratisch verfasster Gesellschaften zu marginalisieren.

Heitmeyer greift in „Deutsche Zustände“ außerdem auf die Theorie der sozialen Desintegration zurück. Dabei stellt er einen Zusammenhang her zwischen der Zunahme Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf der einen Seite und der mangelnden Teilhabe an den materiellen und kulturellen Gütern einer Gesellschaft sowie den politischen Entscheidungsprozessen, aber auch der fehlenden emotionalen Anerkennung auf der anderen Seite.³⁰ Auch diese Korrelationen werden in der Studie empirisch nachgewiesen.³¹ Der stärkste Einfluss geht dabei von der institutionellen Integrationsdimension aus: „Die Frage, ob der einzelne hinreichend politisch

partizipieren kann, beeinflusst das Urteil über die Demokratie entscheidend und hat auch einen direkten Einfluss auf die Übernahme rechtspopulistischer Einstellungen.“³² So bestätigt auch diese Studie, dass die Frage nach den systemischen Ursachen des Phänomens notwendig ist und deshalb nicht mit einem Rechtsextremismusbegriff beantwortet werden kann, der den demokratischen Verfassungsstaat zur Definitionsgrundlage macht.

Eine Definition auf anderer Grundlage wird von Christoph Butterwegge vertreten, der zwar auch den Begriff „Rechtsextremismus“ benutzt, „weil eine sinnvolle Alternative fehlt“, ihn jedoch für genauso unbefriedigend hält, da er „eine Randständigkeit des besagten Phänomens und seiner Trägergruppen, wenn nicht Unseriösität oder Abnormität suggeriert, die Verantwortung der politischen bzw. gesellschaftlichen ‚Mitte‘ für das besagte Problem hingegen ausblendet.“³³

Er beschreibt Rechtsextremismus als komplexes Problem, das sich nach Ideologien, Organisationen und Gewalttaten unterteilen lässt. Seine ideologischen Grundlagen seien Rassismus, Nationalismus, Biologismus, Sozialdarwinismus, Sexismus, Autoritarismus und Militarismus.³⁴ Die Ideologie ist an dieser Stelle deshalb hervorgehoben, weil sie die verschiedenen Rechtsextremisten unterschiedlicher sozialer Herkunft, unterschiedlicher Organisationen und Zusammenhänge, gewaltbereit oder nicht, mit einander vereint. Verstanden werden soll sie indes als „ein Gedankengebäude, das aus Vorurteilen, Klischees, Stereotypen, Theorien und Theorieversatzstücken“³⁵ der genannten Kernideologeme besteht, die zusammen gehören, obwohl ihnen ein unterschiedlicher Stellenwert beigemessen wird.

„Neben den anderen o.g. Ideologien bildet der Rassismus ein, wenn nicht das entscheidende geistige Fundament des Rechtsextremismus, welches nicht nur im Bewußtsein vieler Menschen in Europa über Anknüpfungspunkte verfügt, sondern auch institutionalisierte Formen (...) angenommen hat.“³⁶ Butterwegge spricht sich für die Verwendung des Begriffs „Rassismus“ aus, der im Unterschied zu den Begriffen Xenophobie, Ausländer- und Fremden-

feindlichkeit „ein gesellschaftliches Macht- und Gewaltverhältnis (...), eine Weltanschauung, die Rangunterschiede zwischen Menschengruppen pseudowissenschaftlich zu rechtfertigen sucht (...) sowie Vorurteile eines Großteils der Bevölkerung gegenüber ethnischen Minderheiten und deren darauf basierende Diskriminierung“ beschreibt.³⁷ Der Begriff werde damit der Tatsache gerecht, dass es sich dabei um ein Problem handelt, das in der Mitte der Gesellschaft wurzelt. Zudem sei der Begriff „als Fachterminus international gebräuchlich“ und berücksichtige die historischen Kontinuitäten seit Beginn des Kolonialismus.³⁸

Den historischen Ursprung des modernen Rassismus sieht Butterwegge Ende des 15. Jahrhunderts in der Entdeckung und Kolonisierung Amerikas durch Christoph Kolumbus und seine Auftraggeber. Denn mit diesem historischen Ereignis war „nicht nur die Durchsetzung einer neuen, heute in ihren Grundzügen nach wie vor gültigen Weltordnung verbunden, sondern auch die Notwendigkeit, koloniale Ausbeutung, Versklavung und Ausrottung fremder Völker zu rechtfertigen.“³⁹ Die Ungleichwertigkeitstheorie des modernen Rassismus diene diesem Zweck.

Butterwegge unterscheidet diesen traditionellen, biologistisch begründeten Kolonialrassismus vom vermeintlich moderneren Kulturrassismus, der eine angeblich kulturell bedingte Fremdheit zwischen den verschiedenen Ethnien konstatiere, den auf diese Art konstruierten Menschengruppen jedoch vordergründig keine verschiedenen Wertigkeiten zumesse.⁴⁰ „Legitimiert wird heute allerdings nicht mehr eine Politik der kolonialen Expansion seitens europäischer Großmächte, sondern die Abwehr ihrer personifizierten Folgen (Arbeitsmigranten, Armuts- und Ökoflüchtlinge aus der sog. Dritten Welt): Bewohner der Entwicklungsländer werden ihrer Bildung bzw. Kultur nach als der abendländischen Hochindustrie nicht gewachsen bezeichnet.“⁴¹

Die Definition von Nationalismus fällt bei Butterwegge komplexer aus. Schon seine Funktion ist demnach durch eine Doppelstruktur gekennzeichnet. Je nach Kontextualisierung kann er mit poli-

tischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Emanzipation verbunden sein, oder als Herrschaftsinstrument, „zur Weckung von Hassgefühlen, zur Massenmobilisierung im Krieg oder zur Legitimation der Eroberung und Besetzung fremder Länder“⁴² dienen. Wegen der gravierenden politisch-ideologischen Gegensätze unterscheidet Butterwegge deshalb zwischen einem republikanisch-demokratischen und einem völkischen Nationalismus. Erster differenziert zwischen dem Begriff „Volk“ als ethnologische und dem Begriff „Nation“ als politische Kategorie, während letzter sie als Einheit, als Volk nation begreift, die zugleich das Subjekt der Geschichte darstellt.⁴³

In beiden Fällen stellt die Nation jedoch eine soziale Konstruktion dar, die „das Produkt eines Modernisierungsprozesses auf der Grundlage industrieller Produktion, territorialer Expansion, sozialer Interaktion und sprachlicher Kommunikation einer großen Gruppe von Menschen mit einem gemeinsamen Erfahrungshintergrund“⁴⁴ ist. Butterwegge sieht Parallelen zwischen dem Nationalismus und dem Rassismus, denn beide „sind Ideologien sozialer Ungleichheit, aber auch wechselseitig einander bedingende und ergänzende Ausschließungs- bzw. Diskriminierungspraktiken“.⁴⁵

Geistiges Bindeglied zwischen Nationalismus und Rassismus stellen sozialdarwinistische Thesen dar. Sie übertragen Charles Darwins Evolutionstheorie in wissenschaftlich irregulärer Art und Weise auf Menschen und als organisch verstandene Völker bzw. Nationen. Dadurch wird das Faustrecht zwischen stärkeren und schwächeren Menschengruppen legitimiert, was wiederum mit Vorstellungen über die Wertigkeit der Individuen verknüpft ist.⁴⁶ Als neuere Form des Sozialdarwinismus benennt Butterwegge die Soziobiologie. Sie richtet den Fokus nicht mehr auf angeblich verschiedene Menschenrassen, sondern vielmehr auf die Gene. Wenn sich Rechtsextremisten jedoch auf vermeintliche Erkenntnisse von Soziobiologen berufen, wird das menschliche Leben trotzdem noch „als ständiger Überlebenskampf interpretiert, und das organisch gedachte Volk muss sich nicht nur ‚artfremder‘, sondern sämtlicher schwacher Elemente erwehren. In

letzter Konsequenz führt Soziobiologismus zur Legitimierung eugenischer Praktiken, die menschliches Leben in ‚wertes‘ und ‚unwertes‘ einteilen.“⁴⁷ Ein rechtsextremistisches Leitmotiv bleibt damit die Reinhaltung der eigenen Rasse bzw. des eigenen Volks.

Mit der soziobiologischen Weltansicht geht, aus diesen Annahmen folgend, auch die Ablehnung des Solidaritätsprinzips und die Überbetonung von so genannter Leistungsgerechtigkeit einher. „Daraus erklärt sich, warum nicht nur Fremde, sondern auch Einheimische mit körperlichen und /oder geistigen Einschränkungen sowie Obdachlose zu potenziellen Opfern rechtsextremer Gewalt werden, denn solche Übergriffe gelten als sinnvoller Beitrag zur ‚Rassenhygiene‘.“⁴⁸

Soziobiologen gehen davon aus, dass nicht etwa der freie Wille, sondern die Gene das menschliche Verhalten bestimmen. Damit postulieren sie ein vermeintlich natürliches Ordnungssystem, das in Bezug auf die Rollenverteilung der Geschlechter voraufklärerische Positionen naturalisiert. Daraus erklärt sich, dass auch „Sexismus, Antifeminismus und Frauenfeindlichkeit zur ideologischen Grundausstattung des Rechtsextremismus“⁴⁹ gehören.

Da Rechtsextremisten nicht nur in Bezug auf das menschliche Sozialverhalten der Vorstellung anhängen, Evolution bedeute, dass der vermeintlich Stärkere sich im Kampf gegen vermeintlich Schwächere durchsetzt, sondern dieses Prinzip auch auf die als organisch verstandenen Völker übertragen, werden Gewalt und Krieg in ihren Augen zu Instrumenten der Evolution. Militarismus und Autoritarismus werden damit notwendiger Weise zu weiteren Ideologemen im rechtsextremistischen Weltbild.⁵⁰

„Autoritarismus nennt man eine Persönlichkeitsstruktur, die aus repressiver Erziehung hervorgeht und sich in reaktionärem Denken, der Übernahme von Vorurteilen und rechtsextremen Argumentationsfiguren ausdrückt bzw. ausdrücken kann. (...) Ängstlich gegenüber Autoritäten, lenkt die autoritäre Persönlichkeit selbst erfahrene Demütigungen aggressiv gegen Schwächere, d.h. in der sozialen

Hierarchie unter ihr stehende, um.“⁵¹ Der Zusammenhang zum Militarismus erschließt sich mit Blick auf militärische Organisationsprinzipien selbstredend und weist zugleich auf die Organisationsform der von Rechtsextremen angestrebten Gesellschaft hin. „Die extreme Rechte befürwortet einen starken, durchgreifenden Staat, der sich gegenüber allem, was fremd, neu und somit bedrohlich erscheint, durchsetzen kann. Dazu soll die nationale Führungselite mit exklusiven Beschlussrechten ausgestattet, das Parlament indes (...) substanziiell geschwächt werden.“⁵²

Für Butterwegge bilden Rassismus, Nationalismus, (Sozio-)Biologismus und daraus folgend auch Sexismus ein in sich geschlossenes Glaubenssystem, das die vermeintliche Ungleichwertigkeit der einzelnen Menschen und Menschengruppen erklären soll. Autoritarismus, Militarismus und organisierte Gewalt stellen hingegen ein in sich verschränktes Handlungssystem dar. „Die stereotype Vorurteilsstruktur autoritärer und militärisch fixierter Charaktere wirkt dabei als Mittel zur Herabsetzung von Hemmschwellen gegenüber der Gewalt. So bildet der Autoritarismus eine Konstante und Gewalt die Variable, deren kollektive Anwendung davon abhängt, ob sie politisch opportun erscheint.“⁵³

Dass der Antisemitismus in Butterwegges Rechtsextremismusdefinition nur am Rande und als Spezialform des Rassismus auftaucht,⁵⁴ ist zugleich Stärke und Schwäche seiner Konzeption. Einerseits wird sie damit übertragbar auf Ideologien, Parteien und Bewegungen, die sich nicht auf den Nationalsozialismus, aber beispielsweise auf andere europäische Faschismen berufen, in denen der Antisemitismus eine vergleichsweise untergeordnete Rolle gespielt hat.⁵⁵ Andererseits wird seine Definition der zentralen Rolle nicht gerecht, die diese Ideologie für die Nationalsozialisten hatte und noch immer für diejenigen hat, die sich in deren Tradition verorten. Zudem versäumt es Butterwegge, die Feindlichkeit gegenüber Menschen mit von der Norm abweichender sexueller Orientierung aus dem soziobiologischen Weltbild abzuleiten. Seiner Argumentation folgend wäre sie eine weitere logische Schlussfolgerung.

Diese Anmerkungen machen Butterwegges Definition jedoch nicht weniger brauchbar, vielmehr sollten sie diese ergänzen. Es wäre allerdings konsequenter, den von ihm umrissenen geistig-politischen Raum nicht „Rechtsextremismus“ zu nennen, sondern sich eines alternativen Begriffs zu bedienen. Denn Backes hat völlig Recht, wenn er behauptet, der Extremismusbegriff habe eine logische Struktur und konzeptionelle Implikationen.⁵⁶ So zum Beispiel die Konstruktion einer per Definition

nicht „extremistischen“ Mitte, deren Existenz durch die Ergebnisse der vorgestellten Studien grundsätzlich in Frage gestellt sein dürfte.

Im Zweifelsfall sollten die Probleme besser direkt beim Namen genannt werden: Rassisten können als Rassisten, Antisemiten als Antisemiten und Nationalisten als Nationalisten bezeichnet werden. Schließlich kommt es in erster Linie auf die Inhalte an und nicht auf Etiketten.

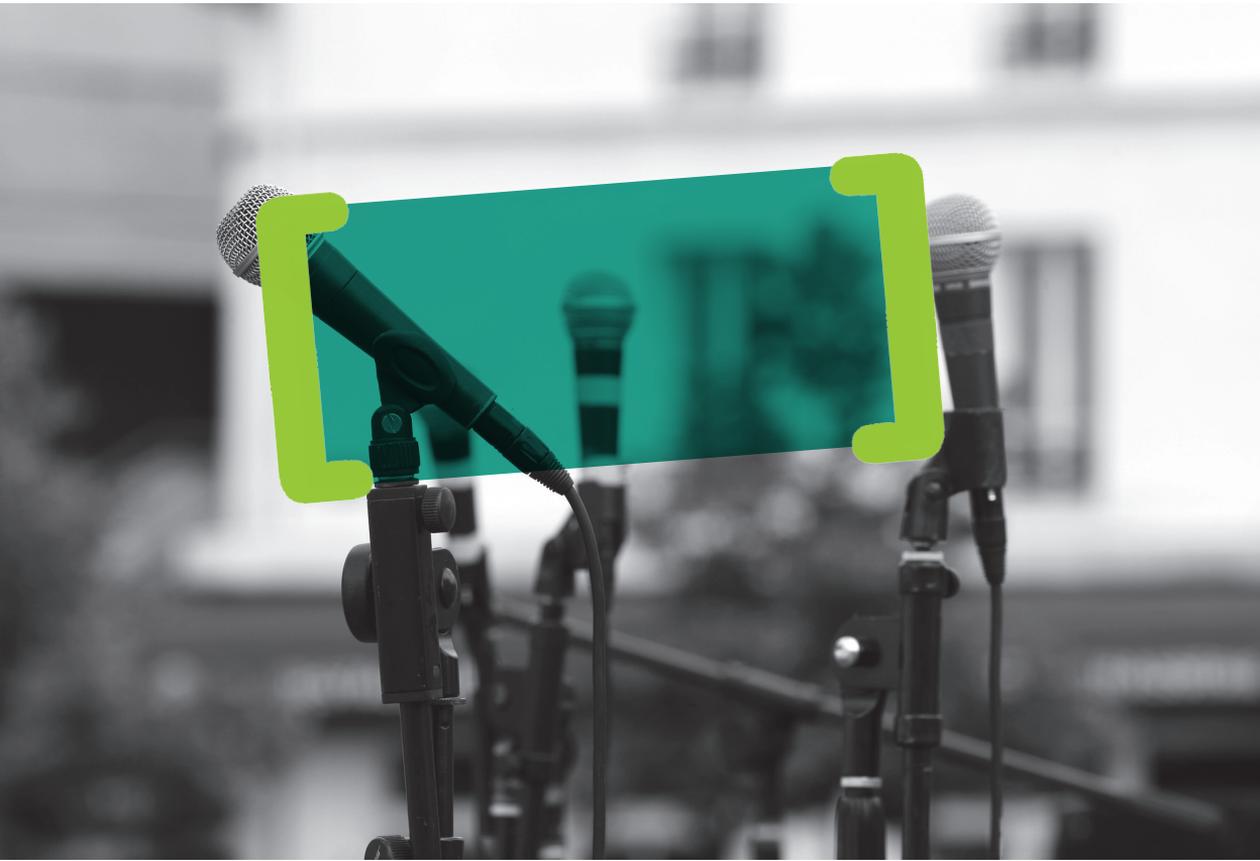
Anmerkungen

1. Durch die starke Rezeption theoretischer Konzepte vor allem aus der englischsprachigen Forschung wird auch in Ostmitteleuropa der Begriff des Rechtsextremismus entsprechend übersetzt, obgleich selten in jenem Ausmaß kritisch bewertet wie das im deutschsprachigen akademischen Raum der Fall ist (Anm. d. Red.).
2. Stöss, Richard (2000): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. 3., überarb. Aufl. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Abt. Dialog Ostdeutschland, S. 11.
3. Butterwegge, Christoph (2002): Rechtsextremismus. Freiburg im Breisgau: Herder. S. 11.
4. Backes, Uwe (2003): „Rechtsextremismus“ - Konzeptionen und Kontroversen. In: Backes, Uwe (Hg.): Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart. Köln: Böhlau Verlag, S. 15.
5. Ebd.
6. Vgl. ebd., S. 19.
7. Vgl. Backes, Uwe; Jesse, Eckhard (2005): Vergleichende Extremismusforschung. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. (Extremismus und Demokratie, 11), S. 56.
8. Backes, Uwe (2003): „Rechtsextremismus“ - Konzeptionen und Kontroversen. In: Backes, Uwe (Hg.): Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart. Köln: Böhlau Verlag, S. 43.
9. Backes, Uwe (2006): Politische Extremismen. Begriffshistorische und begriffssystematische Grundlagen. In: Backes, Uwe; Jesse, Eckhard (Hg.): Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, 29), S. 32.
10. Ebd.
11. Ebd.
12. Backes; Jesse, 2006, S. 9.
13. Vgl. Backes, 2003, S. 43 und S. 48f. / Backes, Jesse, 2005, S. 23f.
14. Backes, 2003, S. 16.
15. Ebd., S. 46.
16. Vgl. Backes; Jesse, 2005, S. 52.
17. Backes, 2003, S. 47.
18. Ebd., S. 49.
19. Backes; Jesse, 2005, S. 106ff.
20. Vgl. Pfahl-Traughber, Armin (1993): Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung. Bonn, Berlin: Bouvier (Schriftenreihe Extremismus & Demokratie, 5), S. 14ff.
21. Vgl. u.a. Pfahl-Traughber, Armin (2006): Ideologien des islamischen, linken und rechten Extremismus in Deutschland. Eine vergleichende Betrachtung. In: Backes, Uwe; Jesse, Eckhard (Hg.): Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, 29), S. 205ff.; Pfahl-Traughber, Armin (2003):

- Freimaurer und Juden, Kapitalisten und Kommunisten als Feindbilder rechtsextremistischer Verschwörungsideologien vom Kaiserreich bis zur Gegenwart. In: Backes, Uwe (Hg.): *Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart*. Köln: Böhlau Verlag, S. 193ff.
22. Vgl.: Pfahl-Traugher, 1993, S. 2.
 23. Backes, 2003, S. 43.
 24. Decker, Oliver; Brähler, Elmar (Hg.) (2008): *Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, S. 6.
 25. Vgl. ebd., S. 6, S. 20 u. S. 24ff.
 26. Vgl. ebd., S. 7 u. S. 26f.
 27. Vgl. Heitmeyer, Wilhelm (2009): *Leben wir immer noch in zwei Gesellschaften? 20 Jahre Vereinigungsprozeß und die Situation Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Deutsche Zustände. Folge 7* (edition suhrkamp, 2552), S. 37.
 28. Ebd., S.40ff.
 29. Vgl. Zick, Andreas; Küpper, Beate; Wolf, Hinna (Hg.) (2009): *Europäische Zustände. Ergebnisse einer Studie über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa*. Amadeu Antonio Stiftung. URL: <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/gfepressrelease.pdf>, letzter Zugriff: 22.11.2010, S. 4 u. S. 7ff.
 30. Vgl. Heitmeyer, 2009, S. 22f.
 31. Vgl. Mansel, Jürgen; Kaletta, Barbara (2009): *Desintegrationsprozesse, Anerkennungsprobleme und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein Ost-West-Vergleich*. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Deutsche Zustände. Folge 7* (edition suhrkamp, 2552), S. 87ff.
 32. Heitmeyer, 2009, S. 35f.
 33. Butterwegge, 2002, S. 19.
 34. Vgl. ebd., S. 9 u. S. 26.
 35. Ebd., S. 26.
 36. Ebd., S. 27.
 37. Ebd., S. 15f.
 38. Vgl. ebd., S. 17.
 39. Ebd., S. 29.
 40. Vgl. ebd., S. 30.
 41. Ebd., S. 30f.
 42. Ebd., S.32
 43. Vgl. Butterwegge, 2002, S.33f.
 44. Butterwegge, Christoph (1996): *Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion*. Darmstadt: Primus Verlag, S. 135; Vgl. auch Butterwegge, 2002, S. 34.
 45. Butterwegge, 2002, S. 35.
 46. Vgl. ebd., S. 36.
 47. Ebd., S. 37.
 48. Ebd., S. 38.
 49. Ebd., S. 40.
 50. Vgl. ebd., S. 40.
 51. Ebd., S. 41.
 52. Ebd., S. 42.
 53. Ebd., S. 45.
 54. Vgl. ebd., S. 30; Butterwegge, 1996, S. 136.
 55. Im ost- bzw. ostmitteleuropäischen Kontext ist der Antisemitismus indes sowohl historisch als auch gegenwärtig häufig ein wichtiger Bestandteil rechter Ideologie. (Anm. d. Red.)
 56. Vgl. Backes, 2006, S. 16.

- Backes, Uwe (2003): „Rechtsextremismus“ – Konzeptionen und Kontroversen.** In: Backes, Uwe (Hg.): Rechts-extreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart. Köln: Böhlau Verlag, S. 15–52.
- Backes, Uwe (2006): Politische Extremismen. Begriffshistorische und begriffssystematische Grundlagen.** In: Backes, Uwe; Jesse, Eckhard (Hg.): Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, 29), S. 17–40.
- Backes, Uwe; Jesse, Eckhard (Hg.) (2006): Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich.** Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, 29).
- Backes, Uwe; Jesse, Eckhard (2005): Vergleichende Extremismusforschung.** 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. (Extremismus und Demokratie, 11).
- Butterwegge, Christoph (1996): Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion.** Darmstadt: Primus Verlag.
- Butterwegge, Christoph (2002): Rechtsextremismus.** Freiburg im Breisgau: Herder.
- Decker, Oliver; Brähler, Elmar (Hg.) (2008): Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer.** Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Funke, Hajo (1993): Brandstifter. Deutschland zwischen Demokratie und völkischem Nationalismus.** 1. Aufl. Göttingen: Lamuv.
- Funke, Hajo (2002): Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik.** Erstausg., 1. Aufl. Berlin: Schiler (Schriftenreihe Politik und Kultur, 4).
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2009): Deutsche Zustände.** Folge 7 (edition suhrkamp, 2552).
- Heitmeyer, Wilhelm (2009): Leben wir immer noch in zwei Gesellschaften? 20 Jahre Vereinigungsprozess und die Situation Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.** In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 7 (edition suhrkamp, 2552), S. 13–49
- Mansel, Jürgen; Kaletta, Barbara (2009): Desintegrationsprozesse, Anerkennungsprobleme und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein Ost-West-Vergleich.** In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 7 (edition suhrkamp, 2552), S. 73–92
- Pfahl-Traughber, Armin (1993): Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung.** Bonn, Berlin: Bouvier (Schriftenreihe Extremismus & Demokratie, 5).
- Pfahl-Traughber, Armin (2003): Freimaurer und Juden, Kapitalisten und Kommunisten als Feindbilder rechtsextremistischer Verschwörungsideologien vom Kaiserreich bis zur Gegenwart.** In: Backes, Uwe (Hg.): Rechts-extreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart. Köln: Böhlau Verlag, S. 193–234.
- Pfahl-Traughber, Armin (2006): Ideologien des islamischen, linken und rechten Extremismus in Deutschland. Eine vergleichende Betrachtung.** In: Backes, Uwe; Jesse, Eckhard (Hg.): Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, 29), S. 205–221.
- Stöss, Richard (2000): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland.** 3., überarb. Aufl. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Abt. Dialog Ostdeutschland.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate; Wolf, Hinna (Hg.) (2009): Europäische Zustände. Ergebnisse einer Studie über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa.** In: Amadeu Antonio Stiftung. URL: <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/gfepressrelease.pdf>, letzter Zugriff: 22.11.2010.

Björn Resener, Politikwissenschaftler, forscht zu nationalistischen und autoritären Bewegungen und Ideologien mit regionaler Schwerpunktsetzung in Deutschland, Italien und Israel.



Rechtspopulismus damals und heute: Ostmitteleuropäische Fallbeispiele

(Michał Syska)

Rechtspopulismus in Polen

In Polen, also überall!

Stanisław Tymiński gilt als erster Populist, den die ostmitteleuropäischen Demokratien des ehemaligen kommunistischen Blocks hervorgebracht haben. Als völlig unbekannter, in Südamerika lebender Geschäftsmann ging er gemeinsam mit Lech Wałęsa, der Legende der Solidarność-Bewegung, in die zweite Runde der Präsidentschaftswahl im Jahr 1990. Unter den Kandidaten, die gegen ihn verloren, war auch Tadeusz Mazowiecki, der erste nicht-kommunistische Premierminister nach dem Zweiten Weltkrieg.

Viele von denen, die mit großer Überraschung Augenzeugen von Tymińskis Sieg wurden, glaubten, dass dieses populistische und außergewöhnliche Ereignis nicht mehr als ein peinlicher Zwischenfall war, und zwar einer, der in dieser Zeit der wachsenden polnischen Demokratie und der Stabilisierung

des neuen Parteiensystems unmöglich zu wiederholen sei.

Trotzdem bildete fünfzehn Jahre später eine Koalition von drei Parteien durch den Einsatz von populistischen Diskursen die neue polnische Regierung: die konservative Prawo i Sprawiedliwość (PiS) (Recht und Gerechtigkeit), die nationalistisch-katholische Liga Polskich Rodzin (LPR) (Liga Polnischer Familien) und die Samoobrona (Selbstverteidigung), eine Gruppe, die einen Agrarpopulismus vertrat und ein eklektisches politisches Programm einsetzte.

Ist dies spezifisch für Polen, verglichen mit anderen europäischen Ländern? Ich glaube nicht. Die gleichen Veränderungen kommen in Polen eigentlich nur schneller und in einem höheren Maß zustande.

Eigenschaften der Rechtspopulismus in Polen

Der Rechtspopulismus in Polen hat die gleichen Eigenschaften wie der Populismus in Westeuropa:

- *er handelt im Sinne des „Volkes“, das nationale und moralische Werte verkörpert,*
- *er hält die korrupten, nihilistischen, egoistischen und kosmopolitischen „Eliten“ für den Gegensatz zum „Volk“,*
- *er untergräbt die liberalen Prinzipien der Demokratie,*
- *er setzt die sogenannte populistische Demokratie, die auf der Dominanz der Mehrheit beruht, der Verfassungsdemokratie entgegen, d.h. einer Demokratie, die die Rechte von Minderheiten beschützt und das Prinzip der Gewaltenteilung im Staat aufrechterhält,*
- *er fordert, die Autoritätserhöhung der Exekutive,*
- *er mobilisiert seine Wähler mit Hilfe von Ideen*

zur Bekämpfung von Verbrechen und Korruption,

- *er bedient sich einer nationalistischen und euroskeptischen Rhetorik.*

Die charakteristischen Merkmale des polnischen Populismus, das ihn von den Populismen in anderen europäischen Ländern unterscheidet, sind ein starker Bezug zum Katholizismus und die Institution der katholischen Kirche. Zudem zeichnet ihn – aus offensichtlichen Gründen – ein Mangel an antimigrantischem Diskurs aus.

Wie bereits erwähnt, ist der polnische Rechtspopulismus kein einzigartiges Phänomen. Außergewöhnlich ist nur sein Einfluss auf die politische Realität. Zwei Jahre lang setzte sich die Koalitionsregierung in Polen aus drei Gruppen zusammen, die, sofern man europäische Kriterien anwendet, mit populis-

tischer, rechtsradikaler Ideologie in Verbindung gebracht werden sollten. Ein Vertreter einer dieser

Parteien, der Prawo i Sprawiedliwość, gewann die Präsidentschaftswahl.

Woher kamen die Populisten?

Was waren die Gründe für die Wahlerfolge radikaler Parteien in Polen? Die Antworten müssen in den Anfängen ökonomischer und politischer Veränderungen gesucht werden, die nach dem Fall des kommunistischen Regimes einsetzten. Obwohl das autoritäre System gestürzt wurde und das Land begonnen hatte, eine Marktwirtschaft aufzubauen und demokratische Institutionen und Verfahren einzusetzen, verhinderte das nicht, dass der Zugang zu öffentlichen Debatten auf den kleinen Kreis der Elite beschränkt blieb. Dies beruhte auf der Tatsache, dass es keine demokratische Grundlage gab, auf der verschiedene Visionen zur Transformation gegenübergestellt werden könnten. Die Gegner der Ausrichtung des Regierungswechsels in Polen wurden, etabliert durch eine Übereinkunft der Eliten, als „Feinde der unumgänglichen Reformen“ betrachtet. Anstatt bezüglich der verschiedenen Visionen zur Transformation geteilt zu sein, wurde die Öffentlichkeit zu einer Arena mit dem Lager der „Modernisierer“ auf der einen, und dem Lager der „Traditionalisten“ der anderen Seite.

Als zu Beginn der 1990er Jahre berühmte Figuren der „Solidarność“-Bewegung, Jan Józef Lipski und Karol Modzelewski, versuchten, eine nicht-postkommunistische Sozialdemokratie aufzubauen, stieß ihre Arbeit auf kühle Reaktionen seitens ehemaliger Kollegen aus linken Kreisen innerhalb der demokratischen Opposition. Adam Michnik und Jacek Kuroń gehörten zu denjenigen, die es ablehnten, sich der neuen Gruppe anzuschließen, wobei der letztere behauptete, dass das Organisieren von Arbeitern zu einer linken Gruppe es unmöglich machen könnte, eine Marktwirtschaft aufzubauen, da sie sich noch in ihrer Gründungsphase befand. Während der letzten Lebensjahre revidierte Kuroń seine Ansichten und kritisierte die Haltung, von der er Anfang der 1990er Jahre noch ausgegangen war. Er begann die Gefahr hinter der Wut und Frustrationen derjenigen wahrzunehmen, die von den Vortei-

len der Transformation ausgeschlossen waren, während sie von Populisten regiert wurden.

Eine ähnliche Meinung formulierte Professor David Ost in seinem bedeutendsten Buch *The Defeat of Solidarity: Anger and Politics in Postcommunist Europe*. Der amerikanische Soziologe und Politikwissenschaftler führte eine Analyse durch, die auf vielen Jahren Forschung in Polen beruhte. Später stellte diese sich als prophetisch heraus: Ost beendet sein Buch im April 2004 und ein Jahr später bildeten populistische Parteien die neue polnische Regierung. In seinem Werk hebt Ost hervor, dass nach 1989 soziale Entrüstung mit Hilfe rechtspopulistischer Begriffe ausgedrückt wurde und sich gegen imaginierte Feinde und Institutionen der liberalen Demokratie richtete.

Zu Beginn der Transformation breitete die Solidarność eine Art Schutzschirm über die Marktreformen aus. Anstatt spezifische wirtschaftliche Lösungen anzusprechen, richteten die Gewerkschaftsführer die Unzufriedenheit der Arbeiter auf ehemalige Kommunisten, kommunistische Nachrichtendienste und angebliche von den nach 1989 regierenden Eliten angezettelten Verschwörungen. In den 1990ern bildete sich um die Solidarność-Bewegung eine Koalition rechter Gruppen. In seinen öffentlichen Erklärungen kümmerte sich der verantwortliche Gewerkschaftsführer Marian Krzaklewski wenig um das Bedürfnis, dass Arbeiterrechte respektiert werden, und forderte stattdessen die Verbreitung christlicher Werte und die Bestrafung ehemaliger Kommunisten. In der anhaltenden Debatte um die neue Verfassung griff er den Entwurf an, den die Liberalen und die postkommunistischen Sozialdemokraten vorbereitet hatten, indem er ihn als „atheistischen und gottlosen“ Akt bezeichnete. Er akzeptierte nicht einmal die Kapitel, die soziale Rechte betrafen. Das Fehlen einer pluralistischen Öffentlichkeit, die als Arena dienen wür-

de, in der verschiedene Visionen zur Transformation verhandelt werden könnten – wobei die Teilnehmer die Prinzipien der liberalen Demokratie akzeptieren würden, führte zur Kanalisierung sozialen Unmuts mit Hilfe eines antiliberalen Populismus.

Interessanterweise versuchte ein anderer amerikanischer Wissenschaftler, Professor Ira Katznelson, ebenfalls, die polnischen (und nicht nur die polnischen) Liberalen vor diesen Folgen zu warnen. In seinem Buch *Liberalism's Crooked Circle: Letters to Adam Michnik* (1996), konstatiert er, dass die Demokratie einer ideologischen Debatte bedürfe. Katznelson schrieb: „Das Fehlen einer Verbindung zwischen ideologischen Visionen und der Alltagspolitik bringt das normale demokratische Alltagsleben durcheinander und droht das Feld der sozialen Bewegungen und der breiten kollektiven Aktion antiliberalen Mobilisierungen zu überlassen, die von Populisten angeführt werden“.²

Katznelsons Worte stehen im Widerspruch zur Überzeugung der polnischen Liberalen, die an die

These vom „Ende der Geschichte“ glaubten die zu Beginn der polnischen Transformation festgelegt wurde.

David Ost merkt zu Recht an, dass „[...] damit liberale Demokratien erfolgreich sind, Klassenwut am besten entlang von Klassengrenzen zu organisieren. Um ein System zu ermöglichen, in dem Rechte für alle Bürger garantiert und sicher sind, müssen die Arbeiter ein Narrativ akzeptieren, das ihre Wut als Ergebnis ökonomischer Klassenteilungen und nicht nationaler, religiöser oder rassistischer Trennungen definiert. [...] Klassenkonflikte fördern die liberale Demokratie, weil sie versuchen, Streitigkeiten auf dem Wege der Verhandlungen zu lösen, die verschiedene Gruppen von Menschen – ohne Ausnahme – als Bürger desselben Landes betrachten“.³ Divergente ökonomische Interessen können demokratischen Verhandlungen unterzogen werden, während nationalistische und rassistische oder fundamentalistische Politik auf die Exklusion externer Identitäten aus der Politik abzielt.

Soziopolitische Cleavages⁴ in Polen

Drei soziopolitische Cleavages lassen sich in den Ländern Ostmitteleuropas erkennen:

Die Gruppe der territorialen und kulturellen Cleavages: Traditionalistische Kräfte betonen historische Kontinuität, eine ethnozentrische nationale Zugehörigkeit, bevorzugen Gemeinschaft gegenüber Gesellschaft und eine starke Autorität, oft in Verbindung mit einer starken Kirche. Ihre Wertorientierungen sind viel stärker partikularistisch als universalistisch. Sie neigen dazu, „das Rurale zu lieben“, auch wenn sie urban sind. Radikale Traditionalisten sind antimodern, antiwestlich, rassistisch, während die moderateren nach einem „organischen“ nationalen Weg der Modernisierung suchen. Die Prowestlichen⁵ sind weltoffen, urban, und stehen für eine nachholende Modernisierung, Individualismus und multikulturelle Vielfalt. Sie betonen Säkularismus und Menschenrechte.

Die Gruppe der postkommunistischen Cleavages hat mehrere Dimensionen: eine ideologische Dimension des Antikommunismus, die entweder auf nationalen oder auf religiösen Identitäten, oder auf dem Universalismus der individuellen Menschenrechte und Rationalität beruhen kann; eine politische Dimension, die sich in der Beziehung zur Nachfolgepartei ausdrückt; eine Machtdimension konkurrierender Eliten; eine strukturelle Dimension, die den Dualismus der gegenwärtigen Gesellschaft widerspiegelt – mit einem im Spätkommunismus verwurzelten Anteil und einem Anteil eines entstehenden Kapitalismus; eine emotionale und biografische Dimension mit einer Bevölkerung, die in diejenigen aufgeteilt ist, die fühlen, dass ihre Lebensbedingungen in den letzten Jahren des „real existierenden Sozialismus“ besser waren und diejenigen, die dies nicht tun.

Die Gruppe der sozioökonomischen Cleavages hat zwei Pole. An einem Ende stehen der radikale Liberalismus, eine schnelle Deregulierung und die Ausbreitung der Logik sich selbst regulierender Märkte, Privatisierung, eine marktgeleitete Verteilung des Wohlstandes und der Einkommen mit bedeutenden Ungleichheiten. Am anderen Ende stehen die Beschränkung der Märkte, ein ausgedehnter Wohlfahrtsstaat, ein aktiver und stark interventionistischer Staat, der den Armen hilft, Mobilität erhöht und die Mittelklasse ausweitet.

Die ersten beiden Cleavages dominierten nach 1989 in Polen. Die politische Soziologin Mirosława Grabowska schreibt: „Wahlentscheidungen und Wahlverhalten in Polen sind nicht von der Position in der sozialen Struktur und die diesbezüglichen Interessen bestimmt. Sie werden von historisch bedingten Identitäten, Werten und Überzeugungen bestimmt.“⁶ Die Dominanz kultureller und historischer Cleavages macht es den populistischen rechten Parteien leichter, Slogans zu formulieren und Wähler zu mobilisieren.

Nationalistischer Populismus an der Macht

Im Jahr 2001 übernahm die linke Regierung des Premierministers Leszek Miller mit der Unterstützung von 40 Prozent der Wähler die Kontrolle über das Land. Vier Jahre später konnten die postkommunistischen Sozialdemokraten nur noch zehn Prozent Unterstützung sammeln. Korruptionsskandale unter den verantwortlichen Eliten und ihre neoliberale Wirtschaftspolitik führten zu einer Wahlniederlage, von der die Rechten am meisten profitierte.

Am 5. Mai 2006 wurde offiziell bekannt gegeben, dass eine neue Regierungskoalition zwischen Prawo i Sprawiedliwość, der Samoobrona und der Liga Polskich Rodzin gebildet werden sollte. Alle drei Parteien teilten die Ideen des kulturellen Konservatismus, eine Bindung an christliche Werte, Euroskeptizismus und eine Abneigung gegenüber liberaler Demokratie und den politischen und kulturellen Eliten, die das polnische politische Leben nach 1989 dominiert hatten.

So beschrieb der Experte für Verfassungsrecht Wiktor Osiatyński die neue polnische Regierung: „Die aktuelle Regierung ist die erste seit dem demokratischen Durchbruch von 1989, die offen und recht zynisch Menschenrechte missachtet, anzweifelt oder untergräbt. Was wir bis dahin in Polen hatten, nenne ich einen liberal-demokratischen Konsens. Alle großen Parteien, mit Ausnahme einiger Parteien der extremen Rechten, erkannten die Grundprinzipien des Staates an: die repräsentative und die Verfassungsdemokratie, die Rechtsstaatlichkeit und diejenigen Menschenrechte und Freiheiten, die in

internationalen Konventionen kodifiziert sind, die wir ratifiziert hatten.“⁷

Eins der Hauptziele der neuen Koalition war die Bekämpfung der „korrupten Eliten“. Mit dieser Absicht setzte die Regierung das Centralne Biuro Śledcze (CBA) ein, eine Institution mit allen Rechten und Befugnissen eines Nachrichtendienstes. Die Opposition sprach von der „politischen Polizei“ der PiS, da es von einem PiS-Politiker geleitet wurde, der nur dem Premierminister rechenschaftspflichtig war. Viele Operationen der Agentur waren in den Augen der Anwälte kontrovers. Das Büro war für seinen exzessiven Gebrauch von Abhörgeräten bekannt sowie dafür, dass es seine spektakulärsten Anstrengungen gegen politische Gegner richtete. Im Hinblick auf die Außenpolitik kam es zu einer bedeutenden Abkühlung der Beziehungen zu Russland und Deutschland, wobei antirussische und antideutsche Vorurteile Teil des öffentlichen Diskurses wurden.

Die Koalition PiS-Samoobrona-LPR benutzte den Spruch „Solidarna Polska“ („Ein solidarisches Polen“), um für ihre Sozial- und Wirtschaftspolitik zu werben. Dies sollte eine Revision des neoliberalen Paradigma symbolisieren, das in den letzten zwei Jahrzehnten dominiert hatte. Gleichzeitig wurden die für die Wirtschaft zuständigen Ministerien an Politiker übergeben, die radikale marktbasierende Lösungen vertraten. In der Regierungszeit der populistischen Rechten kam es auch zu einer starken

Senkung der Steuern und anderer öffentlicher Einnahmen für die wohlhabendsten Polen.

Der stellvertretende Premierminister und Bildungsminister Roman Giertych (gleichzeitig der Vorsitzende der Liga Polskich Rodzin) unternahm den Versuch, das Bildungssystem nach seinen Vorstellungen neu zu organisieren. Er verbannte ein Lehrerhandbuch aus dem Gebrauch, das Vorschläge für Unterrichtseinheiten enthielt, die sich den Themen Toleranz, Multikulturalismus und ethnischen und sexuellen Minderheiten widmete. Ebenfalls ersetzte er auf der Liste der Schulbücher diejenigen Bücher, die kosmopolitisch waren oder nationale Mythen untergruben, durch Werke von Autoren, die der nationalen Rechten nahe standen. Bei Treffen mit Bildungsministern aus verschiedenen Staaten der Europäischen Union widersetzte sich Giertych den Bemühungen, ein gemeinsames europäisches Geschichtsbuch zu schaffen. Roman Giertychs Vater, ein Abgeordneter des Europäischen Parlaments, schockierte die polnische und die europäische Öffentlichkeit, indem er Darwins Evolutionstheorie in Frage stellte und den Kreationismus befürwortete. Während einer Sitzung des Europäischen Parlamentes sprach er dem spanischen Diktator General Franco seine Anerkennung gegenüber dem spanischen Diktator General Franco aus.

In den Jahren 2005-2007 befanden sich zahlreiche Personen, die bekanntermaßen homophobe, nationalistische und antisemitische Ansichten vertraten, auf verschiedenen Posten in der Regierung, in öffentlichen Institutionen, im Parlament oder im öffentlichen Rundfunk und Fernsehen. Die meisten von ihnen kamen aus der Jugendorganisation der

LPR, der Młodzież Wszechpolska (Die Großpolnische Jugend). In jüngster Vergangenheit hatten viele von ihren Mitgliedern Verbindungen zu Neonazibewegungen und zur Skinhead-Subkultur. Im beschriebenen Zeitraum veröffentlichten Medien Photographien, die bei von Aktivisten der Młodzież Wszechpolska organisierten Feiern aufgenommen worden waren. Auf einigen war zu sehen, wie sie ihre Hände zu einer faschistischen Geste erhoben. Der Sprecher der Samoobrona-Partei war gleichzeitig Anführer der Niklot, einer Vereinigung neoheidnischer Faschisten, die früher Übersetzungen der Texte von Adolf Hitler veröffentlicht hatte.

Der öffentliche Diskurs in Polen wurde durch die Präsenz von Menschen mit offen menschenfeindlichen Ansichten in höchsten Stellungen regelrecht vergiftet. Gleichzeitig erhielten zivilgesellschaftliche Kreise einen neuen Hauch an Leben. Künstler, Feministinnen, LGBT-Gruppen und linke, liberale und ökologische Organisationen organisierten Proteste gegen die Rechtspopulisten an der Macht.

Im Jahr 2007 brach die PiS-Samoobrona-LPR-Koalition wegen interner Konflikte zusammen. Die konservativ-liberale Plattform Obywatelska gewann die vorgezogenen Parlamentswahlen, nachdem sie ihre Wähler (junge Menschen und insbesondere Einwohner größerer Städte) mit dem Versprechen mobilisierte, die Populisten aus ihren Machtpositionen zu entfernen. Ein Ergebnis der Wahlen war auch, dass Samoobrona und die Liga Polskich Rodzin insgesamt von der politischen Bühne verschwand. Prawo i Sprawiedliwość verbesserte ihr Ergebnis von 2005 und wurde zur wichtigsten oppositionellen Kraft.

Schlussfolgerungen

Rechtspopulismus ist im Wesentlichen ein Symptom einer Krise der liberalen Demokratie. Chantal Mouffe, Professorin für politische Theorie an der University of Westminster, hebt hervor, dass „der Erfolg rechtspopulistischer Parteien zu einem großen Teil auf der Tatsache beruht, dass sie, obgleich auf eine sehr problematische Weise, reale demokratische Forderungen artikulieren, die von den traditionel-

len Parteien nicht beachtet werden. Außerdem bieten sie den Menschen eine gewisse Hoffnung, den Glauben daran, dass die Dinge anders sein könnten. Natürlich ist das eine illusorische Hoffnung, die auf falschen Prämissen und nicht annehmbaren Exklusionsmechanismen beruht, bei denen Menschenfeindlichkeit meistens eine zentrale Rolle spielt. Wenn dies jedoch die einzigen Kanäle sind, um

politische Leidenschaften auszudrücken, ist ihr Anschein, eine Alternative darzustellen, sehr verführerisch. [...] Der Erfolg rechtspopulistischer Parteien ist die Folge des Mangels einer lebhaften demokratischen Debatte in unseren Postdemokratien. Dieser [Mangel] beweist, dass, weit davon entfernt für die Demokratie von Vorteil zu sein, das Verwischen der Grenze zwischen Links und Rechts sie untergräbt.“⁸ Es gibt keinen Zweifel, dass die Herausforderungen, die Mouffe, Ost und Katznelson erwähnen, auch heute noch relevant sind. Obwohl die Koalition der populistischen Parteien sich in Polen nicht länger als zwei Jahre an der Macht halten konnte, ist Prawo i Sprawiedliwość immer noch die zweitgrößte politische Kraft im Land und die stärkste Kraft der Opposition. Die von den oben genannten Wissenschaftlern angesprochenen Aspekte fehlen in der politischen Auseinandersetzung immer

noch. Prawo i Sprawiedliwość benutzt weiterhin populistische Rhetorik, um ihre Wähler zu mobilisieren, während die regierende konservativ-liberale Platforma Obywatelska die einzige Kraft zu sein scheint, die imstande ist, die Gruppe um Jarosław Kaczyński daran zu hindern, wieder an die Macht zu gelangen. Obwohl sie ihrem Wesen nach antipolitisch ist, spielt diese Debatte eine funktionale Rolle für beide Parteien.

Es würde einen Erfolg der progressiven politischen Kräfte darstellen, die Demokratie zu radikalieren, neue Grundsätze, Ideen und Bedeutungen in das politische Leben in Polen einzuführen, eventuell sogar das Parteiensystem zu verändern. Kurzum, das Ziel ist es, die polnische Politik zu politisieren.

Aus dem Englischen übersetzt von Đorđe Tomić

Anmerkungen

1. Nach: Sierakowski, Sławomir (2007): *W Polsce czyli wszędzie*. In: Syska, Michał (Hg.): *Ile ojczyzn? Ile patriotyzmów?* Warszawa: Instytut Wydawniczy „Książka i Prasa”, S. 128–133.
2. Vgl. Katznelson, Ira (1996): *Liberalism’s crooked circle*. Letters to Adam Michnik. Princeton, NJ: Princeton University Press.
3. Vgl. Ost, David (2006): *The defeat of solidarity. Anger and politics in postcommunist Europe*. Ithaca, NY: Cornell Univ. Press (Cornell paperbacks).
4. Der Begriff „Cleavages“ lässt sich in diesem Zusammenhang am besten mit dem deutschen Wort „Konfliktlinien“ übersetzen. (Anm. d. Übers.)
5. Es handelt sich um den engl. Begriff „Westernisers“. (Anm. d. Übers.)
6. Pankowski, Rafał (2010): *The populist radical right in Poland. The patriots*. London: Routledge (Routledge studies in extremism and democracy, 12).
7. Ebd.
8. S. Mouffe, Chantal (2007): *Aktualne wyzwania dla wizji postpolitycznej*. In: *Krytyka Polityczna*, Nr. 11-12, S. 176–189.

Literaturverzeichnis

Katznelson, Ira (1996): *Liberalism’s crooked circle*. Letters to Adam Michnik. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Mény, Yves; Surel, Yves (Hg.) (2010): *Demokracja w obliczu populizmu*. Warszawa: Oficyna Naukowa.

Mouffe, Chantal (2007): *Aktualne wyzwania dla wizji postpolitycznej*. In: *Krytyka Polityczna*, Nr. 11-12, S. 176–189.

Ost, David (2006): *The defeat of solidarity. Anger and politics in postcommunist Europe*. Ithaca, NY: Cornell Univ. Press (Cornell paperbacks).

Pankowski, Rafał (2010): *The populist radical right in Poland. The patriots*. London: Routledge (Routledge studies in extremism and democracy, 12).

Sierakowski, Sławomir (2007): W Polsce czyli wszędzie. In: Syska, Michał (Hg.): *Ile ojczyzn? Ile patriotyzmów?* Warszawa: Instytut Wydawniczy „Książka i Prasa”, S. 128–133.

Syska, Michał (Hg.) (2007): Ile ojczyzn? Ile patriotyzmów? Warszawa: Instytut Wydawniczy „Książka i Prasa”.

Waele, Jean-Michel de; Paczeński, Anna (Hg.) (2003): Populizm w Europie. Defekt czy przejaw demokracji? Warszawa: Oficyna Naukowa.

Michał Syska ist Direktor des Ferdinand Lassalle Zentrums für Gesellschaftstheorie, Publizist, Jurist, sozialer und politischer Aktivist. Er hat seinen Abschluss an der Universität Wrocław erlangt und absolvierte das Postgraduiertenstudium für Menschenrechte und Freiheiten, das von der Polnischen Akademie der Wissenschaften und der Internationalen Helsinki Stiftung für Menschenrechte organisiert wird. Er ist Mitglied der Redaktion der *Krytyka Polityczna* (Politische Kritik) und hat für die *Gazeta Wyborcza*, *Dziennik*, *Rzeczpospolita*, *Trybuna*, *Przegląd*, *Bez Dogmatu*, *Myśl Socjaldemokratyczna* u.a. publiziert. Er arbeitet mit der antifaschistischen Zeitschrift *Nigdy Więcej* (Never Again) zusammen. Michał Syska ist Autor des Buches *Ile ojczyzn? Ile patriotyzmów? (Wie viele Vaterländer? Wie viele Patriotismen?)* (Ed., Warsaw 2007).

(Jaroslav Šonka)

Verkleidungen des Rechtspopulismus in der Tschechischen Republik

Freund-Feind-Schema

Der Kommunismus hatte zur Gesellschaftsordnung eine apodiktische Position: „Wir wissen, wie es sein soll“, wäre die Kurzversion. Das heißt keineswegs, dass die Standpunkte kommunistischer Eliten felsenfest und unveränderlich waren. Sie waren vielmehr opportunistisch. Und sie waren hart und klar nur in dem Sinne, dass sie die Linie zum Gegner deutlich machten. Jahrzehnte des Lebens in einer solchen Atmosphäre prägen die Struktur des Denkens und Verhaltens. Die im Kommunismus sozialisierten Menschen behalten bis heute einige Kommunikationsriten selbst dann bei, wenn sie sich vom Kommunismus abwenden. Nach der Erfahrung der Opposition innerhalb des Systems (ob es nun eine demonstrative oder eine lediglich empfundene Op-

position war) und angesichts der noch relativ frischen Erlebnisse eines Bruches und der post-totalitären Transformation, macht sich die Mehrheit der Menschen die pauschale Verurteilung des Kommunismus leicht. Viele Gewohnheiten der Vergangenheit bleiben jedoch erhalten, selbst wenn die Inhalte gleichsam wie neuer Wein in die alten Schläuche eingegossen werden. Die meisten übernehmen gerne die scheinbar klaren Kategorien „wir“ und „sie“, die Verhaltensweisen klarer Inklusion und klarer Exklusion. So konservieren sie das Kämpferische des Kommunismus. Ein anderer Aspekt der kommunistischen Propagandastrukturen bleibt ebenfalls erhalten: Die Begeisterung für das Neue kommt lange vor dem Nachdenken, lange vor Argumenten.

Links und Rechts

Das wirkt sich auf einige Aspekte der öffentlichen Debatte aus. Ein Beispiel: Die Definition der Begriffe „links“ und „rechts“ hat in Tschechien eine spezifische Schlagseite. Die demokratische Tschechoslowakei der Jahre 1918-1938 war ein Sozialstaat in österreichischer Tradition. Ein Traditionsbruch bestand nur darin, dass sich wegen der Verbindung zwischen dem Habsburger Reich und der katholischen Kirche in dieser Tschechoslowakei ein teilweise starker Antiklerikalismus entwickelte. Neben den Sozialdemokratischen Parteien der Tschechen und der Sudetendeutschen existierten weitere, national geprägte, aber sozial orientierte Parteien (und natürlich moskautreue Kommunisten, die 1921 etabliert und zunächst politisch nur wenig einbezogen wurden). Dieses, vielleicht mit der Ausnahme der katholischen Agrarpartei, als „links“ zu bezeichnende Feld stellte die Regierungen, während „rechts“ praktisch 20 Jahre lang die

Opposition darstellte (wieder ist die Ausnahme der Kommunisten zu berücksichtigen). Zu dieser Opposition gehörten weitere katholische sowie extrem nationalistisch geprägte Bewegungen, aber auch faschistisch geprägte Gruppen mit zunächst wenig Zuspruch in der Wählerschaft. In diesem Schema wirkte sich verstärkend die Auseinandersetzung mit Hitlers Deutschland aus. Eine linke/liberale Einstellung stabilisierte sich angesichts des immer stärkeren Einflusses des Nationalsozialismus. Die damit verbundene Polarisierung bewirkte sowohl die willige Zustimmung von Präsident Beneš zur Beherrschung der Tschechoslowakei durch Stalin einerseits, als auch die mehrheitliche Zustimmung der Sudetendeutschen (drei Millionen der Einwohner der damaligen Tschechoslowakei waren deutscher Nationalität) zur Herrschaft von Hitler und den Nationalsozialisten andererseits.

So kam es zur Verdeckung der Rechts-Links-Systematik durch nationalistische Einteilungen. Diese letzteren haben ihren Anfang in den Versuchen der Sprachdominanz der deutschen Sprachgruppe in der k. u. k. Donaumonarchie nach 1890 gehabt, sowie in der Umkehrung dieses Bestrebens nach 1918. Der damals entstehende „Tschechoslowakismus“

positionierte sich gegen die bisher dominierenden Deutschen und Ungarn. Es gelang demokratischen sudetendeutschen Parteien zwar, den Anfang eines möglichen Ausgleichs anzuregen, aber der Nationalsozialismus torpedierte diese Entwicklung tödlich.

Verwirrung bei den Kategorien

Während der Okkupation durch das nationalsozialistische Deutschland (1938/39-1945) wurde das Rechts-Links-Schema unterdrückt, und nur wenige haben sich damit aufgehalten, den Populismus dem Links-Rechts-Muster zuzuordnen. „Wir“ waren Tschechen, und „sie“ waren Deutsche. Am Ende des Krieges haben viele Kollaborateure der Nazis eine Zuflucht bei den Kommunisten gefunden, da sie klar fühlten, dass sie in der polarisierten Gesellschaft der Rache und Vergeltung einen Schutz brauchten. So hat auch die Kommunistische Par-

tei viele Opportunisten aufgenommen, die wieder nicht in das klassische Rechts-Links-Schema passten. Die Kommunisten haben ihrerseits sowohl christlich-konservative Eliten, wie auch Liberale, aber insbesondere Sozialdemokraten verfolgt, die sich nicht anpassen wollten. Sie hatten also Feinde auf der politischen Rechten wie auch auf der Linken. Aus der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes klingt noch der für die Sozialdemokraten gebrauchte Begriff „Sozialfaschisten“ nach.

„Opportunistische Prinzipien“

In der kommunistischen Zeit kam es schließlich dazu, dass öffentlich nur Positionen vertreten werden durften, die den ideologischen Prinzipien entsprachen. Um immer die „Avantgarde der Menschheit“ zu sein, um immer den richtigen „Feind“ zu bekämpfen, um immer die „ewige Freundschaft mit der Sowjetunion“ zu stärken, waren politische Aktivitäten und Reden zu opportunistischen Auftritten verkommen. Die Glaubwürdigkeit der kommunistischen Eliten schwand zusehends. Zwischen der Öffentlichkeit und der privaten Welt gab es schon nach wenigen Jahren eine unüberwindbare Mauer. Es fanden auch sehr paradoxe Begegnungen statt: So traf der inhaftierte Sozialdemokrat Jiří Loewy Anfang der Fünfzigerjahre in den Uranbergwerken in Joachimsthal auf alte Nazis. Die Kategorien der westlichen Demokratien fanden in den vom Kommunismus deformierten Gesellschaften plötzlich keine Entsprechungen mehr. Heutige Rechtsradikale greifen auf diese Deformation zurück und schöpfen ihre Energie meist aus mangelhafter Bildung. Aber zwei der Drehscheiben, auf denen sie

sich gegenüber der Mehrheitsgesellschaft profilieren können, sind die Unsicherheit sowie der Opportunismus der letzten siebzig Jahre. Nach diesem Exkurs ist klar, dass die heutige Zuordnung von „links“ und „rechts“ keineswegs die geschichtsbedingte Realität analytisch widerspiegeln kann und die Zuordnung des Oberbegriffes „Rechtspopulismus“ zwangsläufig unscharf bleiben muss.

Nur am Rande sei angemerkt, dass in Tschechien nun eine Welle von obskuren historischen Darstellungen erscheint, die sich mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts ausschließlich mit der Zielsetzung befassen, „Neues“ zu entdecken und die Fakten den eigenen Vorstellungen anzupassen. Jan Horník argumentiert in seinem Buch etwa, der Nationalsozialismus sei eigentlich „links“ gewesen, da er sich gegen das Individuelle gewendet habe. Offensichtliche Widersprüche solcher Behauptungen mindern den Eifer der Autoren und Autorinnen nicht. Und auch hier ist die Ursache die erwähnte Verschiebung gewesen, die das begriffliche Eingrenzen des

„Rechtspopulismus“ in Tschechien nicht eindeutig erlaubt. Ein einfaches Übersetzen reicht hier nicht aus.

Rechts ist „richtig“

Zumindest auf Tschechien trifft das zu. Die ersten zwanzig Jahre der Transformation nach dem Fall des Kommunismus führten zu einer begrifflichen Konvention, die mit einer westlichen (bzw. westdeutschen) Brille kaum verstanden werden kann. Wenn über Jahrzehnte der Begriff „links“ mit dem Kommunismus identifiziert wird, ist es klar, woher die Popularität von Persönlichkeiten wie Ronald Reagan und Margaret Thatcher in den 1980er Jahren unter den jungen Menschen in der damaligen Tschechoslowakei herzuleiten war. Wenn das „Linke“ der damaligen Tschechoslowakei so offensichtlich falsch war, musste doch „Rechts“ richtig sein.

Dies ist auch bei manchen internationalen Begegnungen in der Politik nach 1989 auf paradoxe Weise aufgefallen. Etwa als Václav Havel, der in Deutschland nach Partnern suchte, auf die Politikerin Antje Vollmer traf, die gerade ihren Weg von linksradikal zur gegenwärtigen grünen Politik abgeschlossen hatte. Die beiden trafen sich in einer gemeinsamen positiven Position gegenüber den Rolling Stones und einer Abneigung zur Landsmannschaft der Sudetendeutschen. Trotz dieser Gemeinsamkeiten würden sie bis heute ohne Zweifel die Kategorien „links“ und „rechts“ verschieden sehen.

Populismus allgemein

Populismus ist eine alte Verhaltensart, ein alter politischer Stil, in Tschechien aber hat er nach 1989 ein spezifisches Gesicht. *Sirenenhaftes* Appellieren an primitive Beweggründe unter Vortäuschung eines historischen Wandels ist eines der *Posttranslations*phänomene. Da die Bevölkerung jahrzehntelang einer massiven Propaganda des kommunistischen Regimes ausgesetzt war und am Ende ein Misstrauen dem Regime gegenüber entwickelt hatte, sind alle, die etwas anderes anbieten, willkommen, selbst wenn dieses Angebot *unsauber* ist. Darin besteht eine erhebliche Gefahr.

Politische Bildung ist ein Begriff, der so ähnlich klingt wie jener Ansatz der Manipulation, den die Kommunisten zur Gleichschaltung benutzten. Des-

halb ist die komplexe Art der „politischen Bildung“ in der tschechischen Gegenwart kaum darstellbar. Viele Rezipienten medialer Inhalte reagieren aus der selbstdefinierten Position von „Alleswissern“. Haben sie doch früher das Falsche erfahren und meinen nun, die Verneinung dieser alten Erfahrung sei eine ausreichende Basis, um das neue Leben zu beurteilen. Um diese traurige Tatsache zu bestätigen, reicht es, die Kommentare und *Chat*-Beiträge in den Internetausgaben der Zeitungen zu verfolgen. Obwohl sie keine repräsentative Auswahl darstellen, bringen sie doch den einfachen Wechsel – eben keine analytische Einstellung auf die neuen Verhältnisse – zum Ausdruck. Dies ist für die politischen Eliten, aber auch für Schattenparteien übelschwerer Art die beste Basis für populistische Ansätze.

Populismus sozialdemokratisch

Wenn der ehemalige tschechische Ministerpräsident Paroubek seine täglichen Auftritte auf Mei-

nungsumfragen stützte, verzichtete er nicht nur auf politische Gestaltung, sondern entwickelte eine

merkwürdige Politikgestaltung im engen Zusammenwirken mit Unwissenden, ohne ihnen zunächst Basisinformationen zu liefern. Denn dies hätte seine Umfrageerfolge gefährdet. In der Computerwissenschaft heißt eine solche Verbindung „dead loop“. Dies ist zunächst sicher ein Systemfehler von Paroubeks Kampagnen und könnte ihm also persönlich angelastet werden. Es gibt jedoch auch sozialdemokratische Regionalpolitiker, die mit Argumenten aus einer rassistischen Ecke Politik gegen

die Minderheit der Roma treiben und so Punkte in der breiten Öffentlichkeit sammeln. So hat die Parteizentrale sehr viel Zeit gebraucht, um eine Position gegenüber den Wahlkampfangementen eines der Parteikandidaten, Karel Novotný, zu finden. Er textete im Frühjahr 2010 im Wahlkampf: „Warum sollte ich bedauern, dass ich in meiner Heimat eine nationale Mehrheit bin? Ein Staat, gleiche Regeln.“ Der Bezug auf die Roma-Minderheit ist in Tschechien eindeutig.

Populismus marktradikal

Ein Meister der populistischen Politikgestaltung ist der Präsident Václav Klaus. Seine Argumentationsweise leitet sich in einer Art von „Minimallyrik“ von einzelnen Wörtern oder Silben ab. So sprach er als Minister und Ministerpräsident in den 1990er Jahren wiederholt mit Verachtung über die „Soziale Marktwirtschaft“, die Silben „sozi“ hervorhebend. Der Verweis auf den gerade vergangenen „Sozialismus“ wirkte auf die Öffentlichkeit unmittelbar. Ein wiederum vereinfachter Gegensatz – „Markt ohne Attribute“ (also ohne „sozi“) fand eine breite Zustimmung. Dass die grundlegenden Vorarbeiten der liberalen Philosophen, etwa „Der Weg zur Knechtschaft“ von Friedrich August von Hayek

nicht so einfach zu lesen sind, war anscheinend für die populistische Argumentation *zu viel des Guten*. Das Buch von Hayek blieb – in sprachlich schlechter Übersetzung – zwar ein populäres Werk, wurde aber gleichzeitig nie vertieft studiert.

Klaus endete in seiner Entwicklung bei bemühten Wortschöpfungen, die jedoch von manchen übernommen werden: „Humanrightismus“, „Ökologismus“. Seine Absicht ist es, diese Begriffe zu verballhornen und verbal negative Gefühle zu erzeugen. Neben der Akzeptanz in der Szene seiner „Wasserträger“ erzeugen diese Begriffe bei jungen Menschen nur noch ein leises Schmunzeln, was zumindest hoffen lässt.

Populismus nationalistisch

Ein scheinbar weltoffener Liberalismus verbindet sich bei Václav Klaus mit einer nationalistischen Note. Das Beharren auf einer Ausnahme vom Lissa-

bonner Vertrag der EU baute auf Ängsten vor sudenteutschen Ansprüchen auf, die weit verbreitet sind, obwohl sie keine rechtliche Basis haben.

Populismus christlich

Eine andere politische Richtung hat die populistische Ader wieder im Betonen des Gegensatzes zum Kommunismus, wenngleich aus einer anderen Perspektive. Christdemokraten haben bald entdeckt, dass es auch eine christlich-fundamentalistische Richtung gibt, die als „Kampf gegen den Kommunismus“ verstanden werden kann.

Christdemokraten entwickeln eine besondere Eigenart des Populismus. Das Christentum wurde während des Kommunismus besonders stark verfolgt. Verkürzt kann man festhalten, dass die klaren ethischen Vorgaben des christlichen Glaubens für die Kommunisten als eine besondere Bedrohung bei ihrer opportunistischen Formung einer „neuen Gesellschaft“ verstanden wurden. Daraus kann man

einerseits einen Anspruch auf die Rehabilitierung der Christen als Gemeinschaft ableiten, eine Beachtung der Opfer einfordern, aber oft wird etwas An-

deres versucht: Ein christlicher Fundamentalismus wird bemüht, um von der Opferrolle im Kommunismus nun ultimative Ansprüche abzuleiten.

Katholischer Fundamentalismus

Vor allem jene, die in sich eine katholische Ader entdecken (meist nach dem Umsturz, mit der ersten Sozialisierung in kommunistischen Jugendorganisationen), neigen zur Übertragung intoleranter Verhaltensmuster auf das Feld der „neu erkannten Wahrheiten“. Sie bekämpfen plötzlich genderpolitische Aktivitäten, Homosexuelle und/oder sie entwickeln sich zu radikalen Gegnern von Abtreibungen.

Diese Entwicklung kann hier nur exemplarisch dargestellt werden. Im Blog von Michal Semín (aus dem die Nähe zur Pius-Brüderschaft hervorgeht) kann man auch die Behauptung finden, der spanische König Juan Carlos habe Francisco Franco verraten. Der bereits verstorbene Charta 77-Un-

terzeichner Václav Benda (1946 – 1999) äußerte regelmäßig warme Sympathien für Augusto Pinochet, der schließlich die „Machtübernahme des Kommunismus in Chile“ verhindert habe.

In vielen Gesprächen mit verschiedenen Protagonisten der posttotalitären Transformation in Tschechien hat der Autor dieses Textes erfahren, dass integre Menschen, mutig angesichts der kommunistischen Unterdrückung, in den neuen Verhältnissen in eine intolerante Leidenschaft verfallen, nur um das klare Feindbild zu erhalten. Und in einer Gesellschaft, die sich mit solchen Methoden motiviert, findet der Populismus jedweder Art optimale Ansatzpunkte.

Baukasten für Rechtsextremisten

Letztendlich haben alle diese Ansätze zum Populismus eine „rechte Ecke“, die sich auf eine allgemeine Akzeptanz gewisser Muster bezieht. Rechtsradikale finden hier ein reiches Angebot aus verschiedenen Richtungen, um ihre einfachere Argumentation zu stützen. Der Rechtsextremismus entfaltet sich in Tschechien jedoch auf der Basis von Einstellungen aus völlig verschiedenen Sektoren der Gesellschaft. Keineswegs ist der tschechische Rechtsextremismus eine Bewegung, die durch das Abrutschen nur des

rechten Randes des politischen Spektrums entsteht. Auch Aspekte eines amerikanisch inspirierten Liberalismus erweisen sich als eine Hilfe im praktischen Gebrauch des Rechtsradikalismus in Tschechien, wenn etwa der Rechtsrock und die CD-Produktion rechtsextremistischer Musik im Unterschied zu den Nachbarländern, hauptsächlich Deutschland, als eine normale Wirtschaftstätigkeit betrachtet werden.

Arbeiterpartei

Nach einigen Anläufen in den Neunzigerjahren hat sich 2003 unter dem Namen „Dělnická strana“, d.h. „Arbeiterpartei“, eine rechtsradikale Partei formiert, die den westlichen Vorbildern ziemlich ähnlich ist. Diese Partei wurde am 17. Februar 2010 gerichtlich aufgelöst. Sie folgte einigen bekannten

Mustern: Sie lehnte die vermeintliche Rechts-Links-Rhetorik anderer Parteien ab, betonte das Volk und die Nation, sie lehnte die Einwanderung ab und zählte zu den „Einwanderern“ auch die seit Jahrhunderten in Mitteleuropa lebenden Roma. Obwohl gerade der letzte Ansatz in Tschechien mehr-

heitsfähig ist, bewegte sich die Arbeiterpartei bei verschiedenen Wahlen immer nur in Zehntelprozentbereich und erreichte nicht einmal die für die Erstattung der Wahlkampfkosten erforderliche Mindesthöhe von 1,5 Prozent. Eine exakte Untersu-

chung dessen, ob die populistischen Ansätze anderer Parteien die Chancen der Arbeiterpartei schmälerten, oder ihnen lediglich die eigenen politischen Randfiguren abgaben, steht noch aus.

Integration der Roma

Rassismus hat im Rechtspopulismus eine wichtige Position. Selbst in der seriösen Presse ist es nicht ausgeschlossen, dass Hautfarbe zur Unterscheidung der Gruppen verwendet wird. Die „Nicht-Roma“ sind „Weiße“, Roma sind „Schwarze“. In der Öffentlichkeit ist diese Unterscheidung üblich und keiner, der sie verwendet, hält sich für einen Rassist. Diese begriffliche Festlegung kann am Stammtisch und im Chat bestätigt werden. In der zweiten Oktoberhälfte 2010 wurde die Causa des Roma-Kindes

Natálka diskutiert. Rechtsradikale junge Männer haben Anfang des Jahres in Ostrau mit Brandsätzen ein Feuer gelegt, bei dem das Kind schwerste Verbrennungen erlitt. Da die Täter nachweislich wussten, dass das Haus bewohnt war, wurde ihre Tat als versuchter Mord beurteilt, und die Gefängnisstrafen fielen in der ersten Instanz ungewöhnlich hoch aus – die höchste lag bei 22 Jahren. Vor und nach den Urteilen entwickelte sich in allen Medien, auch auf Facebook, eine bezeichnende Debatte.

Ein Urteil und seine Akzeptanz

Die Wirkung dieses Prozesses ist nicht nur positiv. Es entsteht ein interessanter Widerspruch – rechtsstaatliche Gerechtigkeit feuert rassistische und rechtspopulistische Debatten an. So hebt die Tageszeitung *Lidové noviny* am 20. Oktober 2010 hervor, dass die insgesamt 86 Jahre Gefängnis für die vier Brandstifter eine vitale Debatte auslösten, in der den Urteilen mehrheitlich widersprochen wird. Der Verteidiger der Brandstifter sprach von einer „sozialen Hinrichtung“, und die mehr als 10 000 Beiträge auf Facebook nahmen die „Jungs von Vítkov“ mehrheitlich in Schutz. Selbst Präsident Václav Klaus kommentierte – in klarem Wissen um die öffentliche Stimmung: Die Strafen seien zu hoch. Die Art der Kommunikation über die Menschenrechte in der Tschechischen Republik gewinnt eine Schärfe, die nicht besonders viel Offenheit für Argumente und internationale Standards zulässt. Es kommt auch oft zur Kombination verschiedener populistischer Argumente – in den Chats zum Urteil über die Brandstifter werden plötzlich Pädophile herangezogen, die angeblich wesentlich niedrigere Strafen bekämen und „nach wenigen Jahren wieder über die Kinderspielplätze spazieren“. Auch Taten

von Roma-Gangs werden besonders hervorgehoben: „Wenn es umgekehrt wäre und Zigeuner es einer weißen Familie angetan hätten, würde man es nicht als einen Mordversuch bewerten, sondern als Landfriedensbruch – und alle wären vom Gericht mit Bewährungsstrafen entlassen worden“, ist im gleichen Chat zu lesen. Auch von einem „Jungentreich“ ist oft die Rede, für den eine solche Strafe zu hoch sei. Solche Aussagen werden in der Regel von Äußerungen des Mitgefühls mit dem schwer verbrannten Kind begleitet und haben eine scheinbar positive und mitfühlende Ausgangsposition. Rechtsentscheidungen können also paradoxerweise die Einstellungen der Öffentlichkeit negativ beeinflussen. In einer (sicherlich nicht repräsentativen) Umfrage von *Lidové noviny* antworteten 7119 Personen, die Strafen seien zu hoch, 5978 fanden die Strafe adäquat und 2275 plädierten für eine noch härtere Strafe. Die Öffentlichkeit ist nach solchen Ereignissen wiederum bereit, auch auf primitive Impulse zu reagieren.

Öffentlichkeit, Kampagnen und Argumente

Genau dies war im Wahlkampf im Oktober 2010 auch der Fall, wie am Wahlplakat von Liana Janáčková für die Senatswahlen zu sehen ist. Die Politikerin sagte einmal: „Ich bin Rassistin“, und gerade während des bereits erwähnten und vielbeachteten Prozesses gegen die Brandstifter plakatierte sie im Wahlkampf eine Komposition des eigenen Lächelns mit Streichhölzern. „Auch weiterhin werde ich sagen, was ich meine“, sagt sie dort. In

einer folgenden breiten Diskussion bestritt sie, dass die Streichhölzer etwas mit dem Brandanschlag auf die Romafamilie zu tun haben. Die Lesart der Öffentlichkeit war jedoch genau durch dieses Ereignis bestimmt. Das hielt den adretten neuen Ministerpräsidenten und Parteikollegen Petr Nečas nicht davon ab, seine Parteikollegin ausdrücklich im Wahlkampf zu unterstützen.

Schlussbemerkungen

Der Begriff und die verschiedenen Aspekte des Rechtspopulismus, wie sie etwa in Deutschland bekannt und auch einigermaßen analysiert sind, können nicht auf die Verhältnisse in Tschechien übertragen werden. In Tschechien sind Teile des rechtspopulistischen Argumentationskomplexes keineswegs nur auf dem rechten Rand des klassischen politischen Spektrums zu finden. Obwohl im Lande selbst die Rechts-Links-Systematik außerordentlich beliebt ist und vielleicht sogar ein Hindernis für die Unterscheidungsfähigkeit darstellt, müssen intolerante populistische Initiativen praktisch

überall gesucht werden. Dies ist ein Ergebnis der spezifischen Entwicklung, die in der langen totalitären Periode wurzelt und auch von der noch nicht abgeschlossenen posttotalitären Transformation beeinflusst wird. Kurz zusammengefasst – populistische Argumente finden in dem politisch wenig vorbereiteten und wenig gebildeten Publikum eine gute Resonanz, und PolitikerInnen verschiedener Couleur verzichten auf ihre Wirkung nur ungern. Toleranz hingegen gehört (noch) nicht zu den erfolgreichen Wahlkampfangementen.

Anmerkungen

1. Nach der Enttäuschung durch das Münchner Abkommen von 1938 und der Anerkennung der tschechoslowakischen Exilregierung wurde Ende 1943 ein tschechoslowakisch-sowjetisches Abkommen geschlossen, und die Exilregierung betrat das Land 1945 vom Osten aus.
2. Aufgearbeitet von Brügel, Johann Wolfgang (1967): Tschechen und Deutsche. 1918 - 1938. Bd. 1. München: Nymphenburger Verl.-Handl. Recht exakt ist die Feststellung von Golo Mann: „[...] Aber dieselbe wechselseitige, dünnkelhafte Abneigung trennte Deutsche und Tschechen, wobei diese sich als die moralisch überlegenen, jene sich als die im Grunde doch mächtigeren, geschichtlich berechtigteren, fühlten.“ In: Mann, Golo (1961): Deutsche Geschichte 1919-1945. Frankfurt am Main: Fischer Bücherei, S. 59.
3. Vgl. Loewy, Jiří G. (2005): Úseky polojasna. Vzpomínky Jiriho Loewyho. 1. Aufl. Praha: Nakl. Lidové Noviny.
4. Horník, Jan (2009): Proc Holocaust. Hitlerova vedecká mesiansistická vrazda [Warum Holocaust. Hitlers wissenschaftlicher messianistischer Mord]. Praha: Rybka.
5. Ebd.
6. Zur Etymologie siehe: Wikipedia: Politoffizier. URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Politoffizier>, letzter Zugriff: 19.11.2010. – die bis heute übliche Bezeichnung „Politruk“ wird heute pejorativ verstanden, und dies schwingt selbst bei dem in Deutschland üblichen Begriff „politische Bildung“ mit.
7. Die deutschsprachige Version erschien zuletzt als: Hayek, Friedrich August von (2004): Der Weg zur Knechtschaft. 4. Aufl. Unter Mitarbeit von Manfred E. Streit, Eva Röpke und Alfred Bosch. Tübingen: Mohr Siebeck (Gesammelte Schriften in deutscher Sprache, Bücher, Friedrich A. von Hayek. Hrsg. von Alfred Bosch; Abt. B; Bd. 1).

8. Der Übersetzer Pavel Bratinka und der Autor der Einführung Tomáš Ježek waren frühe Politiker der tschechischen Transformation. Das Buch erschien 1991 im Občanský institut in Prag und wird bis heute als populistisches Propagandamittel missbraucht. S. Hayek, Friedrich August von (1991): *Cesta k nevolnictví*. 1. Aufl. Praha: Občanský institut.
9. Angedeutet etwa im folgenden Bericht der Zeit: Der Lissabon-Vertrag kann kommen. URL: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2009-10/blair-eu-praesidentschaft>, letzter Zugriff: 19.11.2010.
10. Semín, Michal (2010): Španělský pád do propasti aneb „Caudillo Franco, vrať se!“. URL: <http://www.euportal.cz/Articles/6189-spanelsky-pad-do-propasti-aneb-caudillo-franco-vrat-se-.aspx>, 23.06.2010, letzter Zugriff: 22.11.2010.
11. Šlechta, Ondřej (2006): Velkodušný politik Václav Benda. URL: <http://www.euportal.cz/Articles/844-velkodusny-politik-vaclav-benda.aspx>, 8.8.2006, letzter Zugriff: 22.11.2010.
12. Zum Einstieg siehe: <http://www.lehrer-online.de/412486.php>, sowie die Literatur von Klaus Farin. Vgl. etwa Farin, Klaus; Seidel, Eberhard (2002): *Skinheads*. Orig.-Ausg., 5., Neubearb. und erw. Aufl. München: Beck (Beck'sche Reihe, 1003).
13. Nový, Petr; Honus, Aleš (2010): Matka Natálky po rozsudku nad žháři: Ať ji přijdou prosit o odpuštění. In: *Novinky*, 20.10.2010. URL: <http://www.novinky.cz/krimi/214585-matka-natalky-po-rozsudku-nad-zhari-at-ji-prijdou-prosit-o-odpusteni.html>, letzter Zugriff: 22.11.2010.
14. Von Facebook in *Lidové noviny* am 20.10.2010 zitiert.
15. Alles zitiert ebenfalls in *Lidové noviny* am 20.10.2010.

Literaturverzeichnis

Brügel, Johann Wolfgang (1967): Tschechen und Deutsche. 1918 - 1938. Bd. 1. München: Nymphenburger Verl.-Handl.

Brügel, Johann Wolfgang (1974): Tschechen und Deutsche. München: Nymphenburger Verl.-Handl.

Der Lissabon-Vertrag kann kommen (2009). In: *Die Zeit*, 30.10.2009. URL: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2009-10/blair-eu-praesidentschaft>, letzter Zugriff: 22.11.2010.

Farin, Klaus; Seidel, Eberhard (2002): Skinheads. Orig.-Ausg., 5., Neubearb. und erw. Aufl. München: Beck (Beck'sche Reihe, 1003).

Hayek, Friedrich August von (1991): Cesta k nevolnictví. 1. Aufl. Praha: Občanský institut.

Hayek, Friedrich August von (2004): Der Weg zur Knechtschaft. 4. Aufl. Unter Mitarbeit von Manfred E. Streit, Eva Röpke und Alfred Bosch. Tübingen: Mohr Siebeck (Gesammelte Schriften in deutscher Sprache Bücher, Friedrich A. von Hayek. Hrsg. von Alfred Bosch; Abt. B; Bd. 1).

Horník, Jan (2009): Proc Holocaust. Hitlerova vedecká mesiansistická vražda. Praha: Rybka.

Loewy, Jiří G. (2005): Úseky polojasna. Vzpomínky Jirího Loewyho. 1. Aufl. Praha: Nakl. Lidové Noviny.

Mann, Golo (1961): Deutsche Geschichte 1919-1945. Frankfurt am Main: Fischer Bücherei.

Nový, Petr; Honus, Aleš (2010): Matka Natálky po rozsudku nad žháři: Ať ji přijdou prosit o odpuštění. In: *Novinky*, 20.10.2010. URL: <http://www.novinky.cz/krimi/214585-matka-natalky-po-rozsudku-nad-zhari-at-ji-prijdou-prosit-o-odpusteni.html>, letzter Zugriff: 22.11.2010.

Semín, Michal (2010): Španělský pád do propasti aneb „Caudillo Franco, vrať se!“. URL: <http://www.euportal.cz/Articles/6189-spanelsky-pad-do-propasti-aneb-caudillo-franco-vrat-se-.aspx>, zuletzt aktualisiert am 23.06.2010, letzter Zugriff: 22.11.2010.

Šlechta, Ondřej (2006): Velkodušný politik Václav Benda. URL: <http://www.euportal.cz/Articles/844-velkodusny-politik-vaclav-benda.aspx>, zuletzt aktualisiert am 8.8.2006, letzter Zugriff: 22.11.2010.

Wikipedia: Politoffizier. URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Politoffizier>, letzter Zugriff: 19.11.2010.

Jaroslav Šonka, geboren 1948 in Prag, 1969 bis 1989 im deutschen Exil, 1974 Promotion im Fach Biologie, Studium der Philosophie und Bohemistik. Universitätstätigkeiten in Deutschland und Prag, seit 1990 journalistisch tätig. Derzeit Studienleiter an der Europäischen Akademie Berlin, Schwerpunkte Transformation in Osteuropa, EU. Seit 1989 beratend tätig zur Umgestaltung der Tschechoslowakei, später der Tschechischen Republik (Akademie der Wissenschaften, Tschechische Philharmonie u.a.). Publikationen zu den Bereichen internationale Beziehungen und politische Transformationsprozesse. Mitarbeit am Projekt des Netherlands Helsinki Committee und der serbischen Vereinigung YUCOM zur Aufarbeitung der Milošević-Zeit. Seit 2009 Berater der Vizepräsidentin des Senats des Parlamentes der Tschechischen Republik für Fragen der europäischen Integration und der Wissenschafts- und Bildungspolitik.

(Grigorij Mesežnikov)

National- und Rechtspopulismus in der Slowakei

Einleitung

Der Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in der ehemaligen Tschechoslowakei im Jahre 1989 schuf günstige Bedingungen für die Durchsetzung umfassender systemischer Veränderungen in der Gesellschaft – in politischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht sowie auf dem Gebiet der interethnischen Beziehungen. Das eingeführte Modell der pluralistischen Demokratie, einschließlich der praktischen Umsetzung von Grundrechten und bürgerlichen Freiheiten, wurde von unterschiedlichen ideologischen Konzepten begleitet. Das demokratische Modell beinhaltete die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung und die Gründung von auf gemeinsamen Sichtweisen, Werten und Visionen basierenden gesellschaftlichen Organisationen (einschließlich politischer Parteien), die innerhalb der gesetzlich und verfassungsrechtlich festgelegten Grenzen auf öffentliche Unterstützung hofften (einschließlich der Ambition, an der politischen Macht zu partizipieren).

Gleich nach dem Untergang des totalitären kommunistischen Regimes zeigte sich im wiederhergestellten freien gesellschaftspolitischen Diskurs eine

Strömung, die in unterschiedlicher Gewichtung ethnischen Nationalismus, historischen Revisionismus, Xenophobie, nicht-liberale Konzepte der Machtausübung, eine gegen Minderheiten gerichtete Gesinnung, Isolationismus etc. miteinander verband. Die gesellschaftliche Transformation nach dem Niedergang des Kommunismus führte de facto zu tektonischen Verschiebungen in der Gesellschaft, insbesondere was die sozioökonomische Struktur der Bevölkerung anging. Sie veränderte den sozialen Status und die Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsgruppen und rief bei den Menschen unterschiedliche Reaktionen hervor: von Billigung und aktiver Unterstützung über passive Akzeptanz bis hin zu offenem Widerstand und Protest. In dieser Situation diente der Nationalismus als klassisches Mobilisierungsinstrument. Anhängern mit nationalistischer Gesinnung bot sich dadurch die Chance, aus der Unzufriedenheit unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen Kapital zu schlagen, indem sie die Konsequenzen der Reformen zum Ziel der politischen Einflussnahme hervorhoben und entsprechende populistische Appelle machten.

Grundzüge des Populismus und der populistischen Politik

Populismus und populistische Politik in der Slowakei lassen sich entweder im Kontext des Übergangs zur Demokratie untersuchen – was seinerzeit für die ostmitteleuropäischen Länder nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems typisch war – oder aber im Kontext besonderer nationaler Bedingungen. Zu diesen spezifischen Bedingungen zählen u.a. die Heterogenität der Landesbevölkerung, das Entstehen und die Entwicklung unabhängiger Staatlichkeit, das soziokulturelle Erbe der au-

toritären Politik aus der vorkommunistischen Zeit, das Ringen um die historische Deutung der nationalen Geschichte und staatlichen Identität sowie der zentrale Konflikt um die Wahrung des demokratischen Systems, der in den 1990er Jahren die gesamte Gesellschaft in der Slowakei polarisierte.

Die Wirksamkeit der Mobilisierungsstrategien der Populisten in der Slowakei hat eine ethnisch-nationale und eine soziale Dimension. Das Erstarken der populistischen Parteien in den letzten Jahren sollte

in Zusammenhang mit den sozioökonomischen Entwicklungen des Landes betrachtet werden, die nach 1998, insbesondere aber zwischen 2002 und 2006 zur Umsetzung zutiefst liberal geprägter Reformen führten. Die Abneigung bestimmter Bevölkerungsgruppen gegen die realen oder imaginierten negativen gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Reformen zusammen mit schleichenden antikapitalistischen und antiliberalen Stimmungen schufen ein im Großen und Ganzen günstiges soziales Umfeld für Populisten aller Art. Dies beförderte jene Segmente der politischen Elite an die Macht, die von den Wählern für ihre Fähigkeit geschätzt werden, aggressionslustige Kämpfe auszutragen, militante Rhetorik einzusetzen, Feindbilder zu schaffen und gemeinschaftliche Entitäten zu verteidigen, mit denen sich populistische Politiker gerne identifizieren (z.B. Nation, Ethnizität, Volk oder Staat). Die von den Populisten in der Slowakei nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes 1989 eingesetzten Mobilisierungsstrategien haben sich als ausreichend effektiv erwiesen – nicht nur, um bei den Wählern Stimmung zu machen und eine starke Machtposition zu erreichen, sondern auch, um den öffentlichen Diskurs und die allgemeine Atmosphäre in der Gesellschaft zu beeinflussen. Die lang anhaltende Präsenz der populistischen politischen Kräfte auf der politischen Bühne des Landes hat eine spezifische Kommunikationskultur hervorgerufen, die auf Konfrontation und Konflikt ausgerichtet ist. Diese Kultur schafft tiefe Gräben zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen: Durch Hervorhebung ihrer kollektiven Identitäten wird eine feste Bindung hergestellt, die dazu verwendet wird, sich von anderen Identitätsgruppen abzusetzen.

An dieser Stelle sollte erwähnt werden, dass der Populismus als politischer Stil folgende Eigenschaften in sich vereint:

- *Er wendet sich an „gewöhnliche“ Menschen und verspricht, ihre Interessen gegenüber denjenigen zu verteidigen, die „sich nicht um sie kümmern“, in der Hoffnung, dadurch Stimmen von „Protestwählern“ zu bekommen;*
- *er nimmt eine kritische Haltung gegenüber dem politischen Establishment, der amtierenden Re-*

gierung und den etablierten Parteien aufgrund ihrer „korrupten“ Praktiken ein;

- *er hat keine eindeutige Programmausrichtung, enthält Erklärungen über den „populären“ Charakter des eigenen politischen Kurses;*
- *Bemühungen, möglichst breite Massen anzusprechen, indem bestimmte Bevölkerungsgruppen als vom „gemeinen Volk“ geächtet erklärend beschrieben werden (z.B. die Reichen, die Kapitalisten, die raffinierten Intellektuellen, etc.);*
- *egalitäre Untertöne bei der Ansprache potentieller Wähler;*
- *anti-elitäre Sprache;*
- *deklaratives „Wissen“ zur Lösung bestehender gesellschaftlicher Probleme;*
- *Versprechen von raschen Verbesserungen;*
- *Werben für „populäre“ Lösungen und akribische Anstrengungen, abgegebene Versprechen auf vorherrschende öffentliche Meinungstrends auszurichten.*

In den letzten Jahren haben die politischen Akteure in der Slowakei damit begonnen, Wähler durch die Anwendung populistischer Strategien mit starken ethnischen und nationalistischen Tendenzen anzusprechen. Diese Strategien sind schon seit einiger Zeit für die politische Szene in der Slowakei bezeichnend. Eine Reihe von Faktoren (ethnodemographische, historische, soziokulturelle, politische, etc.) bieten indessen ein relativ günstiges Umfeld für die Aktivitäten nationalistischer und populistischer Bewegungen in der heutigen Slowakei. Dazu gehören z.B. die multiethnische Zusammensetzung der Bevölkerung, die ideologischen und politischen Hinterlassenschaften des „eigenen“ radikalen Nationalismus und Faschismus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (einschließlich der sogenannten ersten slowakischen Souveränität von 1939 bis 1945) und revisionistische Elemente in der etablierten anerkannten Geschichtswissenschaft – zumeist unter dem Vorwand einer „objektiveren“ Beurteilung wichtiger Ereignisse und Personen der nationalen Geschichte der Slowakei sowie die negativen Auswirkungen der langjährigen Isolation des Landes während des kommunistischen Regimes auf die Werteorientierung der Bevölkerung.

Das aktuelle Wiederaufleben des Nationalpopulismus in der Slowakei verdient eine eingehende Analyse. Der Terminus „Nationalpopulismus“ wird im vorliegenden Beitrag unter Bezugnahme auf politische Aktivitäten verwendet, die auf die Ansprache von Wählern mit Hilfe von traditionell populistischen, auf ethnische (nationale) Elemente ausgerichteten Methoden abzielen. Dieser Begriff umfasst in der Slowakei ein etwas breiteres Spektrum politischer Akteure und schließt nicht nur die Anhänger radikaler und rechtsextremer nationalistischer Konzepte ein (obgleich in der politikwissenschaftlichen Literatur auch ein engeres Verständnis von „Nationalpopulismus“ anzutreffen ist, das sich insbesondere auf die populistischen rechtsgerichteten Parteien in Europa bezieht, z.B. Le Front National in Frankreich, die Freiheitliche Partei Österreichs oder das Bündnis Zukunft Österreich, Vlaams Blok/Vlaams Belang und Le Front National in Belgien und andere). Der Rechtspopulismus in der Slowakei ist ein wesentlicher, wenn auch kleiner, untergeordneter Bestandteil der einheimischen nationalpopulistischen Szene. Die gesellschaftliche und politische Relevanz von Rechtspopulisten in der Slowakei hängt von den Bedingungen ab, die andere Populisten und Akteure des nationalpopulistischen, politischen Lagers für sie schaffen. Zu diesen Bedingungen zählt etwa, welche Koalitionsstrategien angewendet werden und wie der bestehende öffentliche Diskurs im Land aussieht.

Die Situation in den letzten Jahren hat dies bestätigt. Es lässt sich klar erkennen, dass der wichtigste politische Faktor, der das jüngste Wiederaufleben des Nationalpopulismus und des rechten Nationalismus in der Slowakei beschleunigt hat, der durch die Parlamentswahlen im Jahre 2006 ausgelöste Machtwechsel war, bei dem eine Regierungskoali-

tion aus drei Parteien gebildet wurde, die Elemente des Nationalismus und Populismus als unteilbare Bestandteile ihrer ideologischen und politischen Identität demonstrierte: die linksgerichtete Partei „Smer - Sozialdemokratie“, die radikal nationalistische, rechtsgerichtete „Slowakische Nationalpartei“ (SNS) und die „zentristische“ autoritäre „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ (HZDS). Die Tradition der populistischen Wähleransprache in der Slowakei geht auf die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zurück, als es üblich war, sich vor allem auf seine ethnische Herkunft zu beziehen. Während führende slowakische Politiker des 20. Jahrhunderts die sogenannte slowakische Frage als eine Kombination aus historischen, verfassungsrechtlichen, sozialen und kulturellen Problemen deuteten, stellten sie gleichzeitig ethnische und nationalistische Elemente sowie Elemente der Selbstidentifikation in den Vordergrund, die auf der ethnischen Herkunft und der Zugehörigkeit zu einer ethnisch definierten Gemeinschaft basierten, wie etwa Nation und Sprache. Diese Tradition hatte auch nach 1989 ihre Anhänger. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes 1989 und der anschließenden Wiederherstellung des demokratischen Regierungssystems mit all seinen Verfahrensmerkmalen, einschließlich dem Wahlkampf, wurden jene politischen Kräfte, die aufgrund ihres internen Charakters, ihres Programms, ihrer erklärten Werte, ihres ideologischen Hintergrunds und der von ihnen bevorzugten Art der Wähleransprache als populistisch galten, zu einem wichtigen Teil des nationalen Parteiensystems. Seit 1992 errangen diese Kräfte bei den Parlamentswahlen regelmäßig einen hohen Stimmenanteil, und bei einer günstigen Konstellation nach den Wahlen bildeten sie Koalitionsregierungen, die sich auf eine Mehrheit im Parlament stützen konnten.

Zwei Arten politischer Parteien in der Slowakei

Nach den zweiten freien Wahlen 1992 war das slowakische Parteiensystem von einer Polarisierung gekennzeichnet, die sich auf das Zusammenwirken der Parteien auswirkte, insbesondere in Bezug auf die regierenden Koalitionsparteien und das Wesen

der Oppositionspolitik. Innerhalb des Parteiensystems bildeten sich primär zwei Parteigruppierungen heraus, die sich zwar in ihrer ideologischen Ausrichtung unterschieden, dennoch aber ein ähnliches Verständnis von Machtausübung hatten.

Die erste Gruppierung umfasste Parteien, die sich für die Prinzipien und Werte der freiheitlichen Demokratie einsetzten (freie und faire Wahlen, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Schutz der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten, Religionsfreiheit, Eigentumsrechte). Diese Parteien hatten ein klares ideologisches Profil, eine eindeutig pro-europäische und pro-atlantische Einstellung und bekannten sich zu dem Wunsch, gesellschaftliche Konflikte durch Verhandlungen gemäß rechtlich festgesetzten Kriterien beizulegen. Die meisten dieser Parteien – grundsätzlich moderate Mitte-Rechts- oder linke nichtpopulistische politische Gebilde – sind bzw. waren Mitglieder bestehender internationaler und europäischer Parteiorganisationen (konservativ, liberal, sozialdemokratisch, grün) und waren von 1992 bis 1994, 1994 bis 1998 und von 2006 bis 2010 in der Opposition. Nach den Wahlen 1998, 2002 und 2010 wurden sie Teil der Regierungskoalition.¹

Die zweite Gruppe umfasste jene politischen Parteien, die das Land von 1994 bis 1998 regierten. Sie übten ihre Macht in einer Art und Weise aus, die mit den freiheitlich-demokratischen Grundprinzipien unvereinbar war, was letztlich dazu führte, dass sich das Land in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre vorübergehend für die Integration in die euroatlantischen Organisationen disqualifizierte. Diese Parteien bevorzugten einen autoritären Regierungsstil, der von Populismus, starkem ethnischen Nationalismus und Isolationismus geprägt war. Ihr Verständnis von Politik war konfrontativ und machtgetrieben, und sie verkannten den Wert von Verhandlungen und Kompromissen. Die Politik dieser Parteien führte Mitte der 1990er Jahre zur Entstehung eines politischen Systems, das Elemente einer antiliberalen Demokratie enthielt, wie etwa das Ignorieren der Verfassung und die Praktizierung politischer Verfahren ohne verfassungsmäßigen Liberalismus. Diese Parteien² versuchten gesellschaftliche Konflikte zugunsten der eigenen Machtzunahme und gleichzeitig zulasten der vereinbarten Spielregeln zu lösen.

Einen Sonderfall stellt die Smer-Partei dar, die dominante Kraft in der Regierungskoalition von 2006 bis 2010, die in ihrem politischen Stil und Machtausübungsansatz sowie auch in ihrem Grad an Populismus und Nationalismus Ähnlichkeiten zu den genannten, zur zweiten Gruppe gehörenden Parteien aufzeigte, gleichzeitig jedoch ihr eigenes, „sozialdemokratisches“ ideologisches Profil hervorhob.

Die Anwendung einer klassischen, ideologischen Rechts-Links-Dichotomie, die auf Unterschieden zwischen politischen Parteien im Hinblick auf gesellschaftliche Transformationsprobleme und Probleme bei der Einführung von Marktmechanismen basieren würde, wurde indes durch Faktoren erschwert, welche die Wichtigkeit ideologischer Elemente eher relativierte. Vielmehr ging es Anfang der 1990er Jahre zunächst einmal um die sogenannte Verfassungsfrage (also um das Problem des zukünftigen Bestehens des tschechoslowakischen Staates) und um die anschließende Gründung einer unabhängigen slowakischen Republik. Später, im Zusammenhang mit den Anstrengungen zum EU- und NATO-Beitritt, entwickelte es sich dann zu einem Kampf um den Schutz des demokratischen Systems im neuen, unabhängigen Staat.

Einige Parteien präsentierten sich von Anfang an als Parteien mit einer klaren ideologischen Ausrichtung. Sie nahmen grundlegende Forderungen etablierter ideologischer Konzepte in ihre Parteiprogramme auf, verorteten sich auf dem Rechts-Links-Spektrum und priesen ihren ideologischen Charakter an. Andere Parteien weigerten sich, ihr ideologisches Profil klarer zu umreißen, gaben ihren ideologischen Eklektizismus als ihren größten Pluspunkt aus und unterstrichen, dass ein „pragmatischer“ Ansatz zur Lösung der bestehenden gesellschaftlichen Probleme wichtiger sei als ideologische Konstrukte oder die Identifizierung nach Rechts-Links-Kategorien. Diese unklare ideologische Verortung verschaffte den Parteien Zugang zu einem größeren Wählerspektrum.

Zwei Arten von slowakischen Populisten

Was die Typologie der populistischen Kräfte in der Slowakei angeht, ist das Hauptunterscheidungsmerkmal ihre Einstellung zur Machtausübung, weshalb wir zwischen „harten“ (d.h. autoritären) und „weichen“ (d.h. vorwiegend nichtautoritären) Populisten unterscheiden können. Zu Beginn der Transformationsphase, d.h. vor dem Beginn des EU-Beitrittsprozesses, wurde die Slowakei von der ersten Generation populistischer Politiker regiert, den sogenannten „Hardcore“-Populisten, die in der HZDS und SNS zusammengeschlossen waren. Die zweite Generation entwickelte sich zu der Zeit, als man die Integrationsambitionen des Landes neu entdeckte, d.h. zwischen 1998 und 2002, und hatte ihre Blütezeit kurz vor und kurz nach dem Beitritt der Slowakei zur EU, als die „weichen“ Populisten (z.B. Smer) zu einer dominanten politischen Kraft wurden.

Im Jahr 2006 begannen beide Generationen populistischer Akteure zu interagieren, als sie ihre

Zusammenarbeit auf die Regierungsebene ausweiteten. Zuvor hatten die Bedingungen für den EU-Beitritt des Landes die Partizipation von autoritären und radikal-nationalistischen Populisten an der Macht in Schranken gehalten oder gar ganz verhindert, indem andere politische Kräfte davon abgehalten wurden, mit ihnen Bündnisse einzugehen. 2004 veränderte sich die Situation: Nachdem die mitteleuropäischen Staaten, einschließlich der Slowakei, vollwertige EU-Mitglieder geworden waren, konnten lokale politische Führer ihre Koalitions- und Machtstrategien unabhängiger von den Meinungen der EU-Politiker entwickeln. Diese Veränderungen führten dazu, dass die („weichen“ und „harten“) slowakischen Populisten eine dominante Stellung im nationalen Parteiensystem errangen, sich zu einem Bündnis zusammenschlossen und dadurch genug Hebelwirkung erzielten, um die öffentliche Politik in allen gesellschaftlich relevanten Bereichen zu gestalten und zu bestimmen und somit die Entwicklung des Landes zu lenken.

Hauptakteure der nationalpopulistischen Politik in der Slowakei

Die rechtsgerichtete Slowakische Nationalpartei

Ein typisches nationalpopulistisches politisches Konstrukt, das sich als besonders relevante rechtsgerichtete populistische Partei in der Slowakei definieren lässt, ist die Slowakische Nationalpartei (SNS), die zu Beginn der 1990er Jahre zum führenden Vertreter der nationalistischen Kräfte avancierte. Die SNS beschreibt sich selbst als rechtsgerichtete konservative Partei, die sich auf christliche Werte beruft. Gegründet wurde die Partei 1990. Sie ist eine radikal nationalistische Kraft, die antikommunistische Rhetorik verwendet. Trotz dieser Rhetorik stützt sich das sozioökonomische Programm der SNS auf starke staatliche Interventionselemente, Paternalismus und sozialpolitische Umverteilungsmaßnahmen. Die Parteiführung der SNS stellt die eigene Partei als Verteidiger der nationalen Interessen der Slowakei und der Slowaken dar. Sie ist ein Beispiel für eine Partei, die auf ethnischen Nationalismus baut, der sich gegen Minderheiten richtet (Ungarn und

Roma). Kurz nach ihrer Gründung begann die SNS offen das Konzept der vollständigen Unabhängigkeit der Slowakei vom tschechoslowakischen Staat zu propagieren. Die Anstrengungen, die Idee eines unabhängigen slowakischen Staates im sozialen und politischen Diskurs anzupreisen, verstärkten sich nach den ersten freien Parlamentswahlen 1990, bei denen die SNS zu einer parlamentarischen Partei wurde. Angeheizt wurden diese Anstrengungen nicht nur von der SNS, sondern auch von nichtparlamentarischen, außergewöhnlich dogmatischen, extrem nationalistischen Gruppierungen sowie von „national ausgerichteten“ Kulturvereinigungen unter der Führung von *Matica slovenská*, einer staatlich finanzierten Kultur- und Bildungsorganisation. Diese Gruppierungen begannen, die Idee von einer unabhängigen Slowakei offen mit dem Vermächtnis des slowakischen Kriegsstaates, eines zwischen 1939 und 1945 vom NS-Deutschland kontrollierten Vasallenstaates zu verbinden.

Die SNS ist ein eingeschworener Gegner des bürgerlichen Konzepts der politischen Nation, da sie für das Konzept der ethnisch definierten Nation eintritt. Sie wird von nationalistisch eingestellten Wählern unterstützt, die ein autoritäres Konzept der gesellschaftlichen politischen Organisation bevorzugen. Das Koalitionspotential der SNS (d.h. die Fähigkeit, Koalitionen mit anderen Parteien zu bilden) hängt von den Machtambitionen der anderen „national ausgerichteten“ populistischen Parteien ab. In der modernen Geschichte der Slowakei sind die moderaten Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Parteien nie mit dem Ziel von Koalitionsverhandlungen an die SNS herangetreten.

In den 1990er Jahren hatte die SNS Kontakte zu rechtsradikalen Parteien in ganz Europa, z.B. zur *Front National* (FN) in Frankreich, angeführt von Jean-Marie Le Pen, *Alleanza Nazionale* (AN) in Italien und der Liberal-Demokratischen Partei (LDPR) in Russland, angeführt von Vladimir Zhirinovskiy. Später beendete die SNS ihre Beziehungen zur FN und LDPR. Mitte dieses Jahrzehnts begann sie mit

dem Aufbau von Beziehungen zur Fraktion *Union for Europe of the Nations* (UEN) im Europäischen Parlament (EP). Nach den letzten Wahlen zum EP im Jahre 2009 trat der einzige in das Europäische Parlament gewählte SNS-Vertreter der *Europe of Freedom and Democracy* (EFD) bei, einer Fraktion von euroskeptischen und rechtsgerichteten, nationalistischen Parteien, die von Abgeordneten der britischen *United Kingdom Independence Party* und der italienischen *Lega Nord* gemeinsam ins Leben gerufen wurde.

Die Wahlergebnisse der SNS waren von 1990 bis 2010 von großen Schwankungen gekennzeichnet. Abgesehen von den Wahlen 2002, als die SNS in zwei ähnlich starke, formal unabhängige Einheiten aufgeteilt wurde (SNS und PSNS), schaffte es die Partei jedoch bei allen Wahlen, ins Parlament einzuziehen. 1993 bis 1994, 1994 bis 1998 und 2006 bis 2010 war die SNS Mitglied der Regierungskoalition, was sie in die Lage versetzte, die öffentliche Politik in einigen Bereichen zu beeinflussen.

Parteien	1990	1992	1994	1998	2002	2006	2010
Rechtsgerichtete Nationalisten	13,94	7,93	5,40	9,07	6,97	11,73	5,07
SNS (Slowakische Nationalpartei)	13,94	7,93	5,40	9,07	3,32	11,73	5,07
PSNS (Wahre Slowakische Nationalpartei)	-	-	-	-	3,65	-	-
Ultranationalisten	-	0,84	-	0,40	0,15	0,16	-
SLS (Slowakische Volkspartei)	-	0,30	-	0,27	-	0,16	-
SNJ (Slowakische Nationalunion)	-	-	-	0,13	0,15	-	-
HZOS (Bewegung für die Befreiung der Slowakei)	-	0,23	-	-	-	-	-
SS-SNZ (Partei der Freiheit – Partei der Nationalen Vereinigung)	-	0,31	-	-	-	-	-
Extremisten	-	-	-	-	-	-	1,33
ES-NS (Volkspartei Unsere Slowakei)	-	-	-	-	-	-	1,33

Tabelle 1. Wahlergebnisse der SNS und anderer nationalistischer Parteien bei den Parlamentswahlen zwischen 1990 bis 2010 in der Slowakei (in %) - Quelle: Statistikamt der Slowakischen Republik, 1990 – 2010

Neben der rechtsgerichteten nationalistischen „Mainstream“-Partei SNS gibt es seit 1990 auch ultranationalistische politische Gruppierungen, die ebenfalls Teil der slowakischen nationalistischen Szene sind, obwohl es sich hierbei nur um einen kleinen Teil des gesamten Parteiensystems handelt. Deren Ideologie beruht auf dem überholten slowakischen Nationalismus aus den 1930er und 1940er Jahren (HzOS, SS-SNZ, SLS, SNJ). Diese Kräfte operierten stets in einer Art politischer „Grauzone“, da sie zwischen offiziellen politischen Parteien und extremistischen Gruppierungen, die sich offen zu rassistischen und faschistischen Haltungen und gewalttätigen Methoden bekennen, balancierten. In der Zeit vor der Teilung der tschechoslowakischen Föderation und der Gründung der unabhängigen slowakischen Republik im Jahre 1993 spielten diese Gruppierungen als aktiver Teil eines informellen separatistischen Blocks eine bedeutsamere Rolle. Nach 1993 begannen sie, ihre Aktivitäten im Vorfeld von Jahrestagen bestimmter symbolträchtiger historischer Ereignisse sowie vor Wahlen zu verstärken. Die Mitglieder dieser Parteien lassen sich eventuell als „altmodische“ slowakische Nationalisten bezeichnen. Ihre politische Rhetorik und Aktivitäten waren von offener Bewunderung für Jozef Tiso slowakischen Kriegsstaat geprägt, welcher ihrer Meinung nach slowakische nationale Bestrebungen verkörperte. Sie versuchten, die Politik des Tiso-Regimes öffentlich zu rechtfertigen, die Bedeutung seiner Kriegsverbrechen herunterzuspielen und externen Kräften die Verantwortung für diese Verbrechen in die Schuhe zu schieben. Die Vertreter der ultranationalistischen Parteien verwendeten eine relativ aggressive Sprache und griffen ihre Gegner, die sie für „Feinde“ hielten, verbal an. Andererseits machten sie weder Gebrauch von Gewalt noch plädierten sie dafür. Dennoch wurden von ultranationalistischen Gruppierungen organisierte öffentliche Veranstaltungen (insbesondere Gedenkfeiern am Jahrestag der Gründung des slowakischen Kriegsstaates) oft von Mitgliedern extremistischer und rassistischer Skinheadgruppen besucht. Insgesamt sind das Potential ultranationalistischer Gruppierungen sowie ihr Mobilisierungspotenzial in Bezug auf Wähler eher beschränkt – vor allem aufgrund ihrer politischen Struktur und mangelnden Erfahrung.

Ultranationalistische Parteien nahmen an den Parlamentswahlen von 1992, 1998, 2002 und 2006 teil, ihre Wahlergebnisse waren aber unbedeutend. Bei den letzten Parlamentswahlen im Juni 2010 stellten sie sich nicht zur Wahl, an ihre Stelle trat jedoch die extremistische Vereinigung LSNS an. Der Fall der LSNS stärkt die Annahme, dass der Konsens unter den etablierten politischen Parteien, den Einzug von Extremisten in die offizielle Politik zu verhindern – eine Situation, die es in den vorangegangenen Jahren in der Slowakei durchaus gegeben hatte – in letzter Zeit geschwunden ist. Einige „Mainstream“-Politiker argumentierten öffentlich, dass die Extremisten, die zwar Teil der offiziellen Parteilandschaft, jedoch eine marginale politische Kraft seien, die radikale, aber nicht antisystemische nationalistische SNS schwächen könnten. Faktisch bedeutete diese Art von Abwägung eine Anerkennung der Extremisten als legitime innenpolitische Akteure. Dies zeigt zudem, dass die „Mainstream“-Politiker den Einfluss der Extremisten als Akteure, die den öffentlichen Diskurs durch den arglistigen Gebrauch der Argumente wie „Demokratie“ und das „friedliche Zusammenleben der unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gemeinschaften“ prägen, unterschätzen.

Die SNS hält Distanz zur extremistischen LSNS, indem sie die „Dummheit“ ihrer Parteiführer und -mitglieder hervorhebt. SNS-Funktionäre argumentieren indes, dass Gruppen wie die LSNS die Agenda von „jemandem“ verfolgen könnten, der in der Slowakei das Pendant zum ungarischen „chauvinistischen und faschistischen Jobbik“ etablieren will, um etwas zu errichten, das „nicht typisch für die Slowaken ist“.³ Die Kritik der SNS an den Extremisten der LSNS ist jedoch keine Folge der Unstimmigkeiten in Bezug auf ihre xenophoben und rassistischen Standpunkte. Sie ist vorwiegend in der Tatsache begründet, dass die Extremisten und die SNS um ähnliche Wählerschichten buhlen und die LSNS eine Gefahr für die Wahlerfolge der SNS und ihr politisches Überleben darstellt. Die Parteiführer der LSNS bezeichnen ihrerseits die SNS als Verräter an der nationalen Sache und als Partei korrupter Politiker.

Der illiberale Charakter des ideologischen Profils der SNS und die Politik, die sie versucht umzusetzen, werden anhand der Haltung dieser Partei in unterschiedlichen Bereichen deutlich. Dazu gehören in erster Reihe ihr Verständnis der Gesellschaftsstruktur, ihre Definition von Staat, ihr Konzept von Nation (die Dichotomie „ethnisch“ versus „bürgerlich“), ihre Deutung der nationalen Geschichte und ihr Verhältnis zu ethnischen Minderheiten.

Die SNS begreift die heutige slowakische Republik als einen Nationalstaat der ethnischen Slowaken. Sie propagiert ein Konzept der Assimilation ethnischer Minderheiten, welches neben anderen Prinzipien auf dem grundsätzlichen Zweifel an der Loyalität der ethnischen Ungarn einer *a priori*-Befragung der ethnischen Ungarn über ihre Loyalität zur slowakischen Republik beruht. In der „Theorie“ stellt sie permanent in Frage, ob die ungarische Minderheit in der Slowakei auch wirklich ungarischer Herkunft ist. Praktisch gesehen reicht sie Vorschläge ein, welche die Ausübung der Rechte der ethnischen ungarischen Minderheit hinsichtlich ihrer politischen Repräsentation, ihres Sprachgebrauchs, ihrer Bildung, Kultur, der regionalen Entwicklung und Aufrechterhaltung von Beziehungen zu Ungarn, das die ungarische Minderheit in Bezug auf Kultur und Sprache als ihr Vaterland betrachtet, erschweren. Die Aktivitäten der SNS haben zur systematischen Untergrabung des zivilgesellschaftlichen Dialogs beigetragen, insbesondere in Bezug auf die Interaktionen zwischen Mehrheitsbevölkerung und Minderheiten.

Da die SNS weitgehend als typische autoritäre, populistische und radikal-nationalistische Partei eingeschätzt wurde, hielt man ihr Koalitionspotential für äußerst gering. Dieses Potential wurde jedoch 2006 als Ergebnis eines Machtkalküls der Smer-Partei extrem gestärkt. Nach den Wahlen wandte sich diese nämlich – entgegen ihrer propagierten sozialdemokratischen Ausrichtung – mit dem Vorschlag der Schaffung eines Bündnisses an die SNS. Der Einzug der SNS in die Regierung im Jahre 2006 rief sowohl in der Slowakei als auch anderswo kritische Stimmen auf den Plan. Es grassierte die Angst, dass sich die nationalistische Agenda der SNS negativ auf die Minderheitenpolitik der neuen Regierung

auswirken könnte, insbesondere in Bezug auf die ungarische Minderheit, und dass die Spannungen zwischen den ethnischen Gemeinschaften wachsen und zu einer Verschlechterung der bilateralen Beziehungen zwischen der Slowakei und Ungarn führen könnten.

In ihrer Deutung der nationalen Geschichte neigen die Parteiführer der SNS als typische Vertreter des Nationalpopulismus zur Mythologisierung: Sie stellen die Titelnation älter dar als sie wirklich ist; sie schieben seine Ethnogenese so weit wie möglich in die Vergangenheit; sie zeigen eine klare Tendenz zur positiven Darstellung von autoritären historischen Persönlichkeiten sowie zur günstigen Bewertung von historischen Zeitabschnitten, in denen die Nation autoritär regiert wurde. Durch die Bezugnahme der Parteiführer auf die Tradition von Konstantin und Method als Grundlage der slowakischen Staatlichkeit und Identität ist das Element der Konfrontation unübersehbar. Die SNS hebt das exklusive „Recht“ der Slowaken auf diese Tradition hervor und stellt sie anderen kulturellen Traditionen gegenüber, einschließlich derer, die das Rückgrat der Integrationsgruppierungen bilden, die selber Teil der Slowakei sind. Nach Aussagen der SNS-Parteiführer „stellt die Tradition von Konstantin und Method den ältesten und stärksten Teil der slowakischen Identität dar. Die Slowaken sind anderen Nationen voraus, da das Erbe von Konstantin und Method östliche und westliche Werte des europäischen Denkens in sich vereint. Die Existenz der slowakischen Republik zeigt, dass die Tradition von Konstantin und Method stärker ist als der ungarische Chauvinismus, der Prager Tschechoslowakismus oder die kommunistische Diktatur.“⁴

Für die SNS ist die Verwendung von „patriotischen“ Motiven ein integraler Bestandteil ihres auf Konfrontation ausgerichteten Bestrebens, die Slowaken insbesondere von den Ungarn zu unterscheiden. Dies lässt sich anhand des von der SNS initiierten Prozesses einer landesweiten Aufstellung typischer slowakischer Kreuze veranschaulichen, auch dort, wo gemischt slowakisch-ungarische Bevölkerungsgruppen leben. Nach den Worten der Parteiführer hat die Kampagne das erklärte Ziel, „der ganzen Welt

zu zeigen, dass die slowakische Nation auf diesem Territorium ansässig ist, so dass jeder versteht, wo die Slowakei liegt und wem sie gehört.“⁵

Die SNS nutzte jede Gelegenheit, um die praktische Umsetzung der Rechte der ungarischen Minderheit im Bildungswesen und in der öffentlichen Verwaltung bzw. den offiziellen Gebrauch ihrer Muttersprache zu erschweren. Ján Mikolaj, Bildungsminister der SNS von 2006 - 2010, entwarf eine neue Bildungsstrategie für ethnische Minderheiten und schlug vor, für Schüler ungarischer Herkunft eigene Schulbücher herzustellen. Ferner regte er an, Benennungen geographischer Räume historisch ungarischer Prägung in der Slowakei durch aktuelle slowakische Bezeichnungen zu ersetzen.

Bei der Interpretation des historischen Kontextes der slowakisch-ungarischen Beziehungen heben die Vertreter der SNS die Leiden der Slowaken und das Unrecht hervor, das die Ungarn ihnen zugefügt haben. Im Jahr 2002 rief der Vorsitzende der SNS, Ján Slota, die drei laut Verfassung ranghöchsten staatlichen Funktionäre (den Präsidenten, den Premierminister und den Parlamentsvorsitzenden) auf, von ihren ungarischen Amtskollegen eine Entschuldigung zu fordern und zwar für sämtliche historischen Verfehlungen und „den langen Prozess des schleichen- den Assimilationsgenozids der großungarischen Politik an zahlreichen Generationen der slowakischen Nation“. In diesem Zusammenhang präsentierte Slota eine lange Liste historischer Verfehlungen: die systematische Assimilation, die Zwangsmagyarisierung, Entführungen von slowakischen Kindern durch die FEMKE-Gesellschaft zum Zwecke der Magyarisierung, die Zwangsabschaffung der Matica slovenská und dreier slowakischer Sekundaroberschulen, die Černová-Tragödie von 1907, die Inhaftierung von slowakischen Nationalisten und Menschenrechtsaktivisten, die Invasion ungarischer Bolschewiken 1919, die Annektierung der südlichen Gebiete der Slowakei durch Horthys Ungarn, etc.⁶

Zwischen 2002 und 2005 versuchte die SNS wiederholt, das Parlament zu einer Sonderabstimmung zu drängen, um den unveränderlichen Status der sogenannten Beneš-Dekrete zu bestätigen. Diese Ver-

suche blieben jedoch erfolglos. 2002 erklärte Slota, er wolle „die Beneš-Dekrete entstauben“, um „denjenigen, die in den Besitz eines ungarischen Passes kommen wollen, zu erlauben, sofort das slowakische Territorium über die südlichen Grenzen zu verlassen.“⁷ In einem Interview mit der tschechischen Tageszeitung *Lidové noviny* aus dem Jahre 2006 sagte Slota, dass er die Tschechen darum beneide, dass sie es geschafft hätten, die deutschen Volkszugehörigen mit Hilfe der Beneš-Dekrete loszuwerden. Der Kontext des Interviews suggerierte, dass dieser Neid der Tatsache geschuldet war, dass die Slowakei es nicht geschafft habe, das Gleiche mit den ungarischen Volkszugehörigen zu machen.⁸ 2007 hatte die SNS dann schließlich Erfolg als Regierungspartei: Der gewaltige Rückenwind, den sie von den Koalitionspartnern (HZDS und Smer) bekam, führte dazu, dass das Parlament einen Beschluss über den unveränderlichen Status der Beneš-Dekrete fasste, was sich in der Folge negativ auf die slowakisch-ungarischen Beziehungen auswirkte. Während das offiziell erklärte Ziel die Bestätigung der Unveränderbarkeit der Nachkriegsvereinbarungen in Mitteleuropa war, nutzte die SNS die anschließende öffentliche Debatte über die Beneš-Dekrete, um für ihr eigenes nationalistisches Modell der slowakisch-ungarischen Beziehungen Reklame zu machen.

Unter allen relevanten politischen Parteien in der Slowakei ist die SNS die gegenüber der ungarischen Minderheit feindseligste Partei. Ihre Parteiführer stellen die Existenz dieser ethnischen Gemeinschaft auf slowakischem Territorium generell in Frage und argumentieren, dass dieser Teil der slowakischen Bevölkerung das Produkt einer Sprachassimilation von autochthonen slawischen Einwohnern durch ungarische Immigranten sei. 2004 bezeichnete der Vorsitzende der SNS, Slota, die ungarische Minderheit als „ungarisch sprechende Slowaken“⁹; im Januar 2008 erklärte er, dass „es keine in der Slowakei lebenden Ungarn gibt, da sie faktisch alle Slowaken sind, die sich auf Ungarisch äußern. Ein überwiegender Teil von ihnen sind magyarisierte Slowaken“.¹⁰ Ungarische Volkszugehörige werden von den Parteiführern der SNS als staatsuntreue Bürger und als potentielle Gefahrenquelle für die Mehrheitsnation dargestellt. Der gesamten Gemeinschaft wer-

den negative Eigenschaften zugeschrieben, zum Beispiel wird ihnen nachgesagt, dass „sie von Autonomie besessen sind“, dass „sie die Vorherrschaft anstreben“ usw. Somit werden den legitimen Forderungen der politischen Vertreter der ungarischen Minderheit von vorneherein die schlimmstmöglichen Konnotationen unterstellt.

Vertreter der SNS schürten permanent das Gefühl, dass die Slowakei von Ungarn, seinem Nachbarn im Süden, bedroht werde und unterstrichen die Notwendigkeit, das Land und seine Souveränität zu verteidigen. Die von ihnen formulierten konkreten Handlungsvorschläge beweisen, dass die Partei die Tatsache vollständig ausblendet, dass die Slowakei und Ungarn durch ein Bündnis und durch partnerschaftliche Beziehungen aufgrund der Mitgliedschaften beider Länder in der EU und der NATO miteinander verbunden sind. „Die slowakischen Truppen sollten die südlichen Außengrenzen der Slowakei vor Autonomie schützen und nicht albanische Kriminelle [im Kosovo], die mit Drogen und weißen Sklaven handeln, beschützen“, erklärte Slota 2005.¹¹ 2008 forderte er eine Intensivierung der Ausbildung der slowakischen Truppen, um das Staatsgebiet gegen Viktor Orbán zu verteidigen, einen ungarischen Politiker, der laut Slota die Absicht habe, ein zweites Kosovo in der Slowakei zu errichten. 2008 kritisierte Slota öffentlich Pläne zum Ausbau der Straßeninfrastruktur zwischen der Slowakei und Ungarn und warnte davor, dass die Brücken über den Fluss Ipel' eines Tages als Lieferweg für Panzerfahrzeuge von Ungarn in die Slowakei genutzt werden könnten.

Auch in Bezug auf das sogenannte „Roma-Problem“ vertrat die SNS radikalste Ansichten. Sie schürte das Angstgefühl der meisten Menschen vor „der wachsenden und schlecht angepassten Roma-Bevölkerung“, in dem sie „besondere“ Eigenschaften der Roma-Mentalität herausstrich und diese als unvereinbar mit der Mentalität der Nicht-Roma darstellte. Derartigen Interpretationen zufolge werden die Roma gegenüber der Mehrheit bevorzugt, da sie im Vergleich zu anderen BürgerInnen stärker von Sozialleistungen profitierten. Vertreter der SNS schlugen Maßnahmen vor, welche die soziale

Ausgrenzung der Roma und ihre Isolation von der Mehrheitsgesellschaft weiter verschärfen könnten. Einige von ihnen deuteten sogar an, dass die beste Lösung eine Vertreibung der Roma aus dem Land sei. Im Jahre 2000 forderte der stellvertretende Vorsitzende der SNS, Vítázoslav Móric, die Regierung auf, Reservate für schlecht angepasste Roma zu schaffen. „Wenn wir es jetzt nicht tun, machen es die Zigeuner in 20 Jahren mit uns“, sagte er. „An der Errichtung eines Reservats für Roma ist rechtlich nichts auszusetzen, schließlich gibt es in den USA auch Reservate für Indianer. In Roma-Gemeinschaften wird eine enorme Anzahl von geistig zurückgebliebenen Menschen geboren... Was ist menschlich daran, einen Idioten einen weiteren Idioten zeugen zu lassen, eine geistig zurückgebliebene Person sich reproduzieren zu lassen und die Anzahl der Idioten und Trottel in unserer Nation zu erhöhen?“¹² 2002 sagte Slota, dass sich seine Partei die Priorität gesetzt habe, „das Zigeunerproblem umfassend und umgehend anzupacken, die Durchsetzbarkeit von Gesetzen in Bezug auf diese ethnische Gruppe [zu verbessern] und die Philosophie [der Roma], Kinder in die Welt zu setzen, [um] von Sozialgeldern und -leistungen zu leben, zu verändern.“ Er versprach die Einführung „einer zielgerichteten Kritik am Missbrauch der sozialen Sicherungssysteme durch die Zigeuner, entschlossener und nachdrücklicher Maßnahmen und einer direkten Sprache bei der Benennung des Problems und seiner Ursachen“.¹³ Dabei nutzte er Formulierungen wie „die ethnische Privilegierung der Zigeuner“ oder „das Ausbluten der nationalen sozialen Sicherungssysteme.“¹⁴

Bei den letzten Parlamentswahlen 2010 verlor die SNS beträchtliche Teile ihrer traditionellen Wähler; die Partei erzielte ihr schlechtestes Ergebnis seit 1990. Hauptnutznießer des schlechten Abschneidens der SNS war die „sozialdemokratische“ nationalpopulistische Smer-Partei, die es schaffte, eine Reihe von traditionellen SNS-Wählern abzuwerben. Es war keine Überraschung, dass der zweite Nutznießer die extremistische Partei ĽSNS war, die Teile der traditionellen SNS-Wählerschaft auf sich vereinigte. Es scheint, als könne die ĽSNS auch in Zukunft von der möglichen weiteren Schwächung der SNS profitieren, da diese extremistische Gruppierung in

der Hoffnung, die Stimmen des radikalen Kerns der SNS-Wählerschaft für sich zu gewinnen, offensichtlich versucht, eine proaktive Taktik anzuwenden. Die ĽSNS, die sich nach wie vor im Stadium einer Proto-Parteioorganisation befindet und nicht alle Merkmale aufweist, die für die Aktivitäten einer politisch relevanten Gruppierung nötig sind (länderübergreifende Parteistrukturen, ein professioneller Parteiparat, ein qualitativ hochwertiges intellektuelles Fundament, eine entwickelte programmatische Plattform, Massenmitgliedschaft, eine ausreichende Wählerunterstützung, Koalitionspotentiale, etc.), versucht – indem sie aus den in Teilen der Bevölkerung herrschenden Anti-Roma-Ressentiments Kapital schlägt – sich aus dem „Vakuum“ von Regeln und Zwängen des Parteiensystems zu befreien. Die mögliche Ersetzung der SNS durch die radikalere und extremistischere ĽSNS würde zu einer Verstärkung des nationalistischen Diskurses im Land führen und eine wirkliche Bedrohung für das friedliche Zusammenleben und den bürgerschaftlichen Dialog zwischen den unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen darstellen.

Die linksgerichtete Partei „Smer - Sozialdemokratie“

Ein anderer Akteur auf der nationalpopulistischen politischen Bühne ist die Smer-Partei, die sich selbst als „sozialdemokratische“ Partei bezeichnet (seit 2005 heißt sie offiziell „Smer – Sozialdemokratie“). Sie wurde 1999 von Robert Fico, dem ehemaligen Vizevorsitzenden der Partei der Demokratischen Linken (SDL'), gegründet, der die SDL' verlassen hatte, weil er mit ihrem politischen Kurs nicht mehr einverstanden war und in der Partei keine Perspektive zur Erfüllung seiner eigenen politischen Ziele sah. Seit ihrer Entstehung hat die Smer-Partei außergewöhnliche Veränderungen durchgemacht, da sie sich von einer „unideologischen Partei der pragmatischen Lösungen“ über eine Partei des „dritten Wegs“, die nach Aussage von Smer-Führern Werte wie Konservatismus, Sozialdemokratie und Liberalismus in sich vereinte, bis hin zu einer Partei, die sich offen zu ihrer sozialdemokratischen Ausrichtung bekannte, entwickelte. Von Anfang an favorisierten die Smer-Führer das stark nationalistische Element. Ausdruck dessen sind ihre Einführung

„pro-slowakischer“ (d.h. pro-nationaler) Positionen zu Themen wie interethnische und internationale Beziehungen, die Interpretation verschiedener historischer Ereignisse und Statistiken, ihre allgemeine Sicht gesellschaftlicher Entwicklungen und die angewandten Koalitionsstrategien.

Bei den Parlamentswahlen von 2002 gewann die Smer-Partei 13,46% der Stimmen und scheiterte trotz aller Anstrengungen an dem Versuch, Teil der Regierungskoalition zu werden. Der wirkliche Erfolg stellte sich erst nach den Wahlen 2006 ein, als die Smer-Partei 29,14% der Stimmen erlangte und in Folge die Regierungskoalition mit der nationalistischen rechtsgerichteten SNS und der autoritären, nationalpopulistischen HZDS anführte.

Zur Entscheidung der Smer-Partei, eine neue Regierung gemeinsam mit der SNS und der HZDS zu bilden, trugen u.a. folgende Umstände und Faktoren bei:

- *Die nationalistische Ausrichtung der Smer-Parteiführer, die dazu neigten, das Thema Ethnizität zur Grundlage einer Zusammenarbeit zwischen den politischen Parteien zu machen;*
- *eine von Koalitionen und breiterer politischer Kooperation mit der SNS auf unterschiedlichen Ebenen (bei Regional- und Präsidentschaftswahlen) geprägte Geschichte;*
- *eine Abneigung gegen die SMK (Partei der Ungarischen Koalition), die die ungarische Minderheit repräsentierte, deren Leistung als Partei angeblich durch radikalere „pro-nationale“ Politiken „übertroffen“ werden sollte. Einige Mitglieder der Smer-Partei hielten die „ethnische“ SMK schlichtweg für „gefährlicher“ für die Slowakei als die radikal-nationalistische SNS;*
- *eine mangelnde Identifikation der Smer-Führer mit der europäischen Familie sozialdemokratischer Parteien, die mit radikal-nationalistischen Parteien prinzipiell keine Koalitionen eingehen; diese unzureichende Identifikation war nur ein Beweis für die Oberflächlichkeit des Prozesses der „Sozialdemokratisierung“, den die Smer-Partei in den vorangegangenen Jahren – seit Beantragung der Vollmitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Europas – durchlaufen hatte.*

Die Tatsache, dass sich die SNS mit der Smer-Partei an der Regierung beteiligte, ermöglichte den radikalen Nationalisten der SNS, eine aktive Rolle im öffentlichen Diskurs zu erhalten, sowie diesen in Richtung einer Stärkung des ethnischen Nationalismus zu lenken. Dies hat zu einer generellen Veränderung der gesellschaftlichen Atmosphäre geführt, u.a. in Bezug auf die interethnischen Beziehungen. Die Parteiführer der SNS geben immer wieder aggressive und offensive Statements ab, die sich gegen die ungarische Minderheit richten. Die Smer-Parteiführer stehen den Exzessen der SNS-Funktionäre wohlwollend gegenüber und ergreifen keinerlei Initiative, diese zu kritisieren, es sei denn, sie werden von den Medien oder der Öffentlichkeit indirekt dazu gezwungen. Für diese Herangehensweise der Smer-Partei gibt es zwei Erklärungen: Erstens bestand die oberste Priorität der Smer-Partei als führende Regierungspartei darin, ihre starke Machtposition zu erhalten, was ohne die enge Kooperation mit der SNS unmöglich ist. Zweitens wurden die Ansichten der Smer-Führer zu Themen, die meist in das Blickfeld der SNS rückten (d.h. Minderheitsthemen in unterschiedlichsten Zusammenhängen) von der insgesamt „pro-nationalen“ Ausrichtung der Partei beeinflusst. Als Regierungspartei betonte die Smer die ethnische Frage sowohl auf der rhetorischen als auch auf der politischen Ebene. Diese Rhetorik verriet eindeutige Anstrengungen, gesellschaftliche Entwicklungen entlang der Kategorien „slowakisch“ und „national“ zu interpretieren, was einen Unterschied zu „nicht-national“, „fremd“ oder „ausländisch“ ausmachen sollte. Der Interpretation des Smer-Vorsitzenden, Robert Fico, zufolge ist die Treue zu „nationalen Werten“ unersetzlich für das Überleben eines Landes in der modernen Welt. „Die einzige Chance in diesem komplizierten und ungerechten Umfeld würdevoll und souverän zu überleben, ist das Festhalten an slowakischen nationalen und staatlichen Interessen und der Zusammenhalt, egal ob wir rechts, links oder in der Mitte stehen“, erklärte Fico. „Hiermit rufe ich zum Zusammenhalt auf.“¹⁵ Weiter erklärte er, dass es „unsere Pflicht ist, slowakischen Stolz“ aufzubauen und ermutigte die Slowaken, sich inspiieren zu lassen von „den Russen, deren Stolz von Präsident Putin wiederhergestellt wurde“. Auf den

Einwand, dass Russland unter einem Demokratiedefizit leide, erwiderte Fico, er verstehe nicht, was Nationalstolz mit Demokratie zu tun habe.¹⁶ Diese Formulierung offenbart, dass die Smer-Partei beim Prozess des Staatsaufbaus das nationale (oder ethnische) Element über die Qualität (oder demokratische Substanz) des Systems stellt.

Smer-Vertreter sprechen häufig von der Notwendigkeit, den Patriotismus sowie den Vaterlandsstolz der Menschen zu stärken und berufen sich dabei auf die historischen nationalen Traditionen der Slowakei, wie z.B. den heiligen Konstantin, den heiligen Method oder Svätopluk. 2008 versuchte der Vorsitzende der Smer-Partei, den Begriff der „alten Slowaken“ in den öffentlichen und fachlichen historischen Diskurs einzubringen. Ihm zufolge hätten die „alten Slowaken“ unter der Führung von König Svätopluk über das Großmährische Reich zu einer Zeit regiert, als „andere Staaten nichts hatten – vielleicht einige Tiere, die herumliefen, aber sicherlich keine Staatsgebilde“.¹⁷ Viele Historiker halten die Theorie von den „alten Slowaken“, die das Großmährische Reich bewohnten, für ein mythologisches Konstrukt, das den geschichtswissenschaftlichen Erkenntnissen widerspricht.

Bezeichnenderweise billigte die Partei die Idee, ein Sondergesetz über die Verdienste von Andrej Hlinka zu verabschieden, einem rechtsextremen, national-konservativen Geistlichen, der in der Zwischenkriegszeit die Slowakische Volkspartei anführte. Zu seiner Lebenszeit radikalisierte die Partei sich zusehends. Nach seinem Tod bekannte sie sich offen zur faschistischen Ideologie und wurde während des Zweiten Weltkriegs zentrale Vertreterin des totalitären nazifreundlichen Regimes in der Slowakei. Neben der SNS gehörten auch der stellvertretende Vorsitzende der Smer-Partei, Marek Madarič sowie einige andere prominente Vertreter der Smer-Partei zu den lautstärksten Unterstützern der Verabschiedung des Hlinka-Gesetzes.

Robert Fico führte den Gedanken der „loyalen Minderheiten“ in den öffentlichen Diskurs ein, ein Begriff, der zur Folge haben könnte, dass die eine oder andere Minderheit dem Staat gegenüber als

unzureichend loyal abgestempelt wird. Um einige ihrer Maßnahmen und Vorschläge zu rechtfertigen, spielten die Smer-Führer die sogenannte „ungarische Karte“ aus. Sie versuchten ein Gefühl der Bedrohung durch die ungarische Minderheit, die SMK und Ungarn bei den Slowaken in den südlichen Regionen des Landes anzuheizen. Die Vorstellung, dass die Außenpolitik Ungarns und seine Beziehungen zur Slowakei auf langfristige Supermachtambitionen der ungarischen Regierung zurückzuführen seien, ist ein integraler Bestandteil dessen, wie die Smer-Führer die bilateralen Beziehungen zwischen der Slowakei und Ungarn verstehen.

Bei den Parlamentswahlen 2010 verzeichnete die Smer-Partei einen Wählerzuwachs und erhielt 34,7% der Stimmen. Im Wahlkampf spielte die Partei die „ungarische Karte“ aus, indem sie sie als wirksames Mobilisierungsmittel einsetzte und bei einigen Fragen mit ethnischer Thematik noch radikalere Standpunkte als die rechtsradikale SNS vertrat. Der Wahlsieg versetzte die Smer-Partei jedoch nicht in die Lage, die Regierung zu bilden, da sie von anderen politischen Akteuren, insbesondere

den nichtpopulistischen Mitte-Rechts-Parteien, als potentieller Koalitionspartner abgewiesen wurde. Gründe für die Isolierung der Smer-Partei waren u.a. ihr konfrontativer politischer Stil, ihre autoritären Tendenzen bei der Machtausübung sowie ihr exzessiver ethnischer Nationalismus, den sie in der vorangegangenen Legislaturperiode an den Tag gelegt hatte.

Durch das Ausschlagen der Wählerschaft der rechtsradikalen SNS und der nationalpopulistischen HZDS, die es nicht ins Parlament geschafft hatten, verhinderte die Smer-Partei tatsächlich die Bildung einer ähnlichen Regierungskoalition wie derjenigen von 2006 bis 2010. Die politische Schwächung der SNS zugunsten der Smer-Partei führte nicht automatisch zu einer Schwächung des radikalen und rechtsgerichteten Nationalismus im öffentlichen Diskurs und möglicherweise sogar in der öffentlichen Politik. Die Smer-Partei eroberte sich als nationalpopulistische Gruppierung schleichend einen wichtigen Teil der ursprünglichen nationalistischen Agenda der SNS zurück.

Schlussfolgerung

Die politische Relevanz des Rechtspopulismus in der Slowakei, der Hauptbestandteil des breiteren nationalpopulistischen Lagers, ist auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen. Ein Faktor auf makrosozialer Ebene sind die Auswirkungen des Übergangs von einem autoritären Regime und einer staatlich kontrollierten Wirtschaft zu einer freiheitlichen Demokratie und freien Marktwirtschaft. Diese Auswirkungen prägen die Gesellschaft – und während die Erfolge dieses Übergangs den Raum für die Aktivitäten der rechtsradikalen Nationalisten insgesamt verringern, bieten Misserfolge ihnen ein günstigeres Umfeld. Auf soziokultureller Ebene können die rechtsgerichteten Populisten und Nationalisten aus den geerbten und nach wie vor bestehenden Mustern der politischen Kultur und Werteorientierung der Bevölkerung Kapital schlagen (Festhalten an autoritären Methoden, Nationalismus, Paternalismus, Argwohn gegenüber ethnischer, religiöser

und kultureller Vielfalt, etc.). Auf der Ebene politischer Interaktionen ist die Bereitschaft der anderen politischen Akteure, mit der rechtsgerichteten, populistischen SNS zu koalieren, der wichtigste Faktor für die Bestärkung ihrer Positionen. Negative Auswirkungen derartiger Bündnisse, die vorwiegend auf Machtinteressen und -erwägungen beruhen, lassen sich – wie die Jahre 1994 bis 1998 und 2006 bis 2010 beweisen – auf dem Gebiet der Politik und des öffentlichen Diskurses beobachten. Beispielhaft dafür sind u.a. die Verschlechterung der Bedingungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen (d.h. ethnische Minderheiten) und die Verbreitung des ethnischen Nationalismus als politisches Mobilisierungsinstrument. Die Verweigerung einer Koalitionspartnerschaft mit den rechtsgerichteten Populisten und den radikalen Nationalisten würde irgendwann ihre politische Bedeutung verringern.

Liste der Parteien und Abkürzungen

ANO – Aliancia nového občana (Allianz des Neuen Bürgers)
DS – Demokratická strana (Demokratische Partei)
DU – Demokratická únia (Demokratische Union)
HZDS – Hnutie za demokratické Slovensko (Bewegung für eine Demokratische Slowakei)
HZOS – Hnutie za oslobodenie Slovenska (Bewegung für die Befreiung der Slowakei)
KDH – Kresťanskodemokratické hnutie (Christlich-Demokratische Bewegung)
LS-NS – Ľudová strana Naše Slovensko (Volkspartei Unsere Slowakei)
MKDH – Maďarské kresťansko-demokratické hnutie (Ungarische Christlich-Demokratische Bewegung)
MOS – Maďarská občianska strana (Ungarische Bürgerpartei)
Most-Híd – Partei Brücke
PSNS – Pravá slovenská národná strana (Wahre Slowakische Nationalpartei)
SaS – Sloboda a Solidarita (Freiheit und Solidarität)
SDK – Slovenská demokratická koalícia (Slowakische Demokratische Koalition)
SDKÚ – Slovenská demokratická a kresťanská únia (Slowakische Demokratische und Christliche Union)
SDL – Strana demokratickej ľavice (Partei der Demokratischen Linken)
SDSS – Sociálno-demokratická strana Slovenska (Sozialdemokratische Partei der Slowakei)
SĽS – Slovenská ľudová strana (Slowakische Volkspartei)
Smer – Partei ‚Richtung‘
SMK – Strana maďarskej koalície (Partei der Ungarischen Koalition)
SNJ – Slovenská národná jednota (Slowakische Nationale Einheit)
SNS – Slovenská národná strana (Slowakische Nationalpartei)
SOP – Strana občianskeho porozumenia (Partei der Bürgerlichen Verständigung)
Spolužitie – Bewegung ‚Zusammenleben‘
SS- SNZ – Strana slobody – Strana národného zjednotenia (Partei der Freiheit – Partei der Nationalen Vereinigung)
SZS – Strana zelených na Slovensku (Grüne Partei der Slowakei)
ZRS – Združenie robotníkov Slovenska (Arbeitervereinigung der Slowakei)

Aus dem Englischen übersetzt von Bettina von Arps-Aubert

Anmerkungen

1. Zu dieser Parteikategorie gehören u.a. KDH, SDL, SDSS, DU, MKDH, Spolužitie, MOS, SDK, SDKÚ, SMK, SOP, ANO, SZS, SaS, Most-Híd.
2. Beispiele für solche Parteien sind u.a. HZDS, SNS und ZRS.
3. Kotleba sa na Hlinkových oslavách pochýti s Belousovovou. [Kotleba im Streit mit Belousovová bei den Hlinka Feierlichkeiten] (16.06.2009, Ružomberok, Nachrichtenagentur SITA).
4. SNS: Cyrilo-metodská tradícia si zaslúži väčšiu úctu. [SNS: Die Tradition von Kyrill und Method verdient größere Beachtung] (05.07.2003, Nachrichtenagentur SITA).
5. Jesenský, Mikuláš (2008): Slota chce dvojkříže na juhu Slovenska. [Slota möchte Südslowakei hintergehen]. In: Sme, 09.01.2008.
6. Slota: Odoslali listy Schusterovi, Migašovi a Kukanovi kvôli Madarom. [Slota: Briefe über Ungarn an Schuster, Migaš und Kukan geschickt] (20.03.2002, Nachrichtenagentur SITA).
7. Slota by rád oprášil Benešove dekréty. [Slota möchte Beneš-Dekrete erneuern] (2002). In: Sme, 12.03.2002.
8. Palata, Luboš (2006): Vyhnaní Němců vám závidím. [Ich beneide Euch um die Vertreibung der Deutschen]. (Interview mit dem Vorsitzenden der SNS, Ján Slota). In: Lidové noviny, 22.07.2006.

9. Slotova zjednotená národná strana: K oslavám maďarskej revolúcie. [Slotas Vereinte Nationalpartei zu den Feierlichkeiten der ungarischen Revolution] (14.03.2004, Nachrichtenagentur SITA).
10. Slota poprel menšiny Sme. [Slota trotz Minderheiten] (2008). In: Sme, 05.01.2008.
11. Slota: Južné Slovensko by mali pred autonómiou chrániť vojaci. [Slota: Truppen sollten die südliche Slowakei vor Autonomie schützen] (13.01.2005, Nachrichtenagentur SITA).
12. SNS: Národnári chcú rezervácie pre Rómov. [SNS: Nationalisten wollen Reservate für Roma] (04.08.2000, Nachrichtenagentur SITA).
13. PSNS k cigánskej karte. [PSNS über die Zigeunerkarte] (08.08.2002, Nachrichtenagentur SITA).
14. PSNS: Pravú sebareflexiu správania sa Rómov namiesto kritiky. [PSNS: Wahrhafte Selbstreflexion des Verhaltens der Roma anstelle von Kritik] (08.08.2002, Nachrichtenagentur SITA).
15. Fico na oslavách znovu vyzval k zjednoteniu spoločnosti. [Fico ruft bei Feierlichkeiten erneut zur Einheit der Gesellschaft auf] (29.08.2008, ČTK Nachrichtenagentur).
16. Fico sa pýtal, kto tu žil. [Fico fragte, wer hier lebe] (2008). In: Sme, 22.04.2008.
17. Kern, Miroslav (2008): Vláda a premiér menia dejiny. [Kabinett und Premierminister verändern die Geschichte]. In: Sme, 03.01.2008.

Literaturverzeichnis

- Fico na oslavách znovu vyzval k zjednoteniu spoločnosti. [Fico ruft bei Feierlichkeiten erneut zur Einheit der Gesellschaft auf]** (29.08.2008, ČTK Nachrichtenagentur).
- Fico sa pýtal, kto tu žil. [Fico fragte, wer hier lebe]** (2008). In: Sme, 22.04.2008.
- Jesenský, Mikuláš (2008): Slota chce dvojkríže na juhu Slovenska. [Slota möchte Südslowakei hintergehen].** In: Sme, 09.01.2008.
- Kern, Miroslav (2008): Vláda a premiér menia dejiny. [Kabinett und Premierminister verändern die Geschichte].** In: Sme, 03.01.2008.
- Kotleba sa na Hlinkových oslavách pochytil s Belousovovou. [Kotleba im Streit mit Belousovová bei den Hlinka Feierlichkeiten]** (16.06.2009, Ružomberok, Nachrichtenagentur SITA).
- Palata, Luboš (2006): Vyhnání Němců vám závidím. [Ich beneide Euch um die Vertreibung der Deutschen]. (Interview von Luboš Palata mit dem Vorsitzenden der SNS, Ján Slota).** In: Lidové noviny, 22.07.2006.
- PSNS k cigánskej karte. [PSNS über die Zigeunerkarte]** (08.08.2002, Nachrichtenagentur SITA).
- PSNS: Pravú sebareflexiu správania sa Rómov namiesto kritiky. [PSNS: Wahrhafte Selbstreflexion des Verhaltens der Roma anstelle von Kritik]** (08.08.2002, Nachrichtenagentur SITA).
- Slota by rád oprášil Benešove dekréty. [Slota möchte Beneš-Dekrete erneuern]** (2002). In: Sme, 12.03.2002.
- Slota poprel menšiny Sme. [Slota trotz Minderheiten]** (2008). In: Sme, 05.01.2008.
- Slota: Južné Slovensko by mali pred autonómiou chrániť vojaci. [Slota: Truppen sollten die südliche Slowakei vor Autonomie schützen]** (13.01.2005, Nachrichtenagentur SITA).
- Slota: Odoslali listy Schusterovi, Migašovi a Kukanovi kvôli Maďarom. [Slota: Briefe über Ungarn an Schuster, Migaš und Kukan geschickt]** (20.03.2002, Nachrichtenagentur SITA).
- Slotova zjednotená národná strana: K oslavám maďarskej revolúcie. [Slotas Vereinte Nationalpartei zu den Feierlichkeiten der ungarischen Revolution]** (14.03.2004, Nachrichtenagentur SITA).
- SNS: Cyrilo-metodská tradícia si zaslúži väčšiu úctu. [SNS: Die Tradition von Kyrill und Method verdient größere Beachtung]** (05.07.2003, Nachrichtenagentur SITA).
- SNS: Národnári chcú rezervácie pre Rómov. [SNS: Nationalisten wollen Reservate für Roma]** (04.08.2000, Nachrichtenagentur SITA).

Grigorij Mesežnikov Studium der Geisteswissenschaften in Moskau (MGU). 1983-1993 tätig an der Comenius Universität (Bratislava); 1993-1997 Lehrtätigkeit am Institut für Politikwissenschaft der Slowakischen Akademie der Wissenschaften. Gründungsmitglied des Instituts für öffentliche Fragen (IVO), seit 1999 Präsident. 1994-1998 Sekretär der Slowakischen politikwissenschaftlichen Vereinigung, 1996-1997 Lehrtätigkeit an der Trnava Universität. Publikationen zu politischen Aspekten postsozialistischer Transformation in der Slowakei, der Tschechischen Republik, Österreich, Slowenien, Ungarn, Deutschland, Dänemark, USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Serbien, Taiwan, der Ukraine und in Belarus. Regelmäßige politische Analysen für slowakische und internationale Medien. Seit 1993 externer Korrespondent des Radio Liberty/Radio Free Europe. Koautor und Mitherausgeber zahlreicher Bücher, darunter der *Global Reports on Slovakia*.

(Peter Kende)

Liegt Ungarn von nun an in den Händen der Populisten?¹

Zuallererst muss ich sagen, dass ich die im Titel gestellte Frage nicht ganz eindeutig beantworten kann. Nur zehn Tage sind seit dem großen Wahlsieg der populistisch eingestellten Rechtspartei Fidesz vergangen, eine zu kurze Zeit, um etwas Sicheres über deren tatsächliche Regierungspolitik zu erfah-

ren. Auch wenn man darüber einige plausible Vermutungen anstellen kann, sollte man niemals vergessen, dass in der Politik die Taten nicht immer den Worten entsprechen. Doch schauen wir uns an, was wir eigentlich wissen.

1. Warum der Sieg der Rechten?

Warum haben die zwei rechten Parteien Fidesz und Jobbik bei den letzten Parlamentswahlen (April 2010) so einen mächtigen Sieg errungen? Wenn man die kleineren Ursachen beiseitelässt, sieht man vier Hauptgründe:

Erstens: Die große Enttäuschung der Bevölkerung nach 1989, ihre Unzufriedenheit nicht nur mit der wirtschaftlichen Lage, sondern auch mit der parlamentarischen Demokratie, vor allem mit den Parteien, die seit 20 Jahren jene Demokratie verkörpern (MSZP², SZDSZ³ und auch MDF⁴, soweit sie parlaments- und marktfreundlich war). Freilich war auch die Fidesz⁵ der Anfangsjahre eine Partei der demokratischen Umgestaltung des Landes, doch seit 1998 gilt sie als Wortführerin einer national-konservativen Wende.

Zweitens: Die chaotische und oft inkompetente staatliche Verwaltung Ungarns unter der liberal-sozialistischen Koalition, besonders in den letzten acht Jahren. Seit dieses Bündnis im Jahr 2002 die erste Orbán-Regierung abgelöst hat, war es nicht imstande, die zur Sanierung der Wirtschaftslage nötigen Reformen durchzusetzen. Mit der Verschuldung des Landes und der Weltwirtschaftskrise musste dann die sozial-liberale Regierung eine Reihe von Wohlfahrtsmaßnahmen widerrufen und verursachte damit neue Unzufriedenheit. Korruptionsaffären haben schließlich die Sozialistische Par-

tei so stark diskreditiert, dass sie zwischen 2006 und 2010 mehr als die Hälfte ihrer Wählerschaft verlor. Inzwischen hat sich die liberale Partei wegen partei-interner Streitigkeiten ganz und gar aufgelöst.

Drittens: die nationalistische Wende der Gesellschaft. Es ist eigentlich nicht ganz klar, ob diese von fortbestehenden historischen Reminiszenzen ausgelöst wurde, oder ob sie nur an die Sympathien mit den Rechtsparteien (d.h. mit der radikalen Opposition gegen den regierenden Kurs) anknüpft. Jedenfalls erlebt man in Ungarn seit einigen Jahren – richtiger gesagt bereits seit 1989 – die allmähliche Rückkehr zu gewissen Denkart und Themen der Zwischenkriegszeit. Welche Themen sind das? Das große Unrecht, welches Ungarn infolge des Versailler Friedensvertrags („Trianon“) habe erleiden müssen; das vermeintlich kriminelle Verhalten der Romabevölkerung, die jetzt schon mehr als 5% der Gesamtpopulation ausmache; und freilich die sogenannte Judenfrage, d.h. die „unerträglich“ herausragende Rolle der Budapester Intellektuellen jüdischer Herkunft. Bis Ende des 20. Jahrhunderts blieben die zwei zuletzt erwähnten Denkart in der Minderheit, obwohl sie bei einigen einflussreichen, zur MDF gehörenden Schriftstellern (wie z.B. István Csurka, bevor er seine eigene Partei gründete) sehr vernehmlich zu Wort kamen, vor allem beim Thema Trianon, das auch Ministerpräsident József Antall in seiner ersten Rede nach seinem

Wahlsieg von 1990 nachdrücklich erwähnte. Aber in den letzten Jahren kamen im politischen Diskurs der rechten Parteien und in den zu ihnen gehörenden Presseorganen all diese Themen immer häufiger vor, und gewisse Schimpfworte, die seit Kriegsende Tabu waren, wurden dementsprechend von ihren Sympathisanten wieder schamlos gebraucht. Um diesen Wandel zu erklären, müssen wir aber noch einen vierten Faktor erörtern.

Viertens: Dieser Faktor heißt Fidesz, d.h. die Fidesz-Linie der letzten zwölf Jahre. Sie besteht vor allem in einer Diabolisierung des Gegners und in der systematischen Ablehnung jeglicher Kompromisse mit ihm. Der Gegner erhält den Schimpfnamen „Bolschewismus“, wozu aber nicht nur ehemalige Kommunisten gezählt werden, sondern alle Sozialisten, ob sie nun vor oder nach 1989 geboren sind, und freilich auch die mit ihnen verbündeten Liberalen.⁶ Der Fidesz-Diskurs, dessen kriegerischer Ton sich wahrscheinlich aus den zwei Wahlniederlagen von Viktor Orbán (2002 u. 2006) erklären lässt, kann in drei oder vier einfachen Thesen dargestellt werden:

- *Ungarn wird heute noch von denselben geführt, die bis 1989 an der Macht waren und das Land an die Sowjetunion ausgeliefert hatten.*
- *Die linken Parteien haben die nationalen Interessen Ungarns stets verraten, um stattdessen ausländischen Ideen und Interessen zu dienen.*

2. Unmittelbare Folgen

Orbán's Partei hat mit ihren Verbündeten⁸ 68% der Sitze im neuen Parlament errungen. Dass ein solcher Wahlsieg die vollständige Ablösung der sozial-liberalen Eliten mit sich bringt, braucht nicht eingehend erläutert zu werden. Es ist aber wichtig hinzuzufügen, dass diese Ablösung nicht nur die staatliche Verwaltung betreffen wird, sondern auch den Kulturbereich (inklusive der Lehranstalten, vom Kindergarten bis zur Universität), das öffentliche Gesundheitswesen und die Wirtschaft, soweit die Regierungsorgane dort Einfluss haben - und womöglich werden Anklageverfahren die Verkündung des Führungswechsels begleiten. Solche Ver-

- *Eine kosmopolitisch und unchristlich orientierte Modernität kann dem Volke nur Chaos und Unsicherheit bringen.*

Um die Herrschaft des Bösen loszuwerden, braucht man eine breite nationale Einheit, deren Führung einer starken Partei der sittlichen Ordnung bedarf. Nur die zentrale und mehrheitliche Position einer solchen Partei kann Ungarn den Aufschwung bringen, seine Unabhängigkeit wieder herstellen, und damit auch die Wiedergutmachung des erlittenen nationalen Unrechts ermöglichen.

Es ist hier zu bemerken, dass in den neunziger Jahren all diese Thesen bereits von der von István Csurka geleiteten winzigen MIÉP⁷ vertreten wurden, einer Partei, welche von Fidesz damals als gefährliche Rechtsextremistengruppe bekämpft wurde. Zwei Unterschiede (sowohl zwischen MIÉP und Fidesz als auch zwischen Jobbik und Fidesz) sollten jedoch klargestellt werden: (1) Bei Orbán und der Gründergruppe von Fidesz spielte der Antisemitismus keine Rolle; (2) Das Thema Trianon wird von ihnen sehr vorsichtig behandelt. Doch wenn Orbán von einer „friedlichen Vereinigung aller Magyaren des Karpatenraums“ spricht (und das geschah mehr als einmal während seiner Zeit als Ministerpräsident), versteht jeder ungarische Bürger, was diese schöne Formel bedeutet.

fahren wegen Korruption sind bereits im Gange. In den Wahlversprechen der Rechtsparteien wurde aber klar darauf verwiesen, dass man alle Verantwortlichen des politischen Kurses der letzten Jahre zur Rechenschaft ziehen werde, und zwar nicht nur in politischer, sondern auch in strafrechtlicher Hinsicht.

Warum sollte die Ablösung so raue Formen annehmen? Weil im Verständnis von Orbán und seinen engsten Verbündeten der Kampf gegen die Machthaber von gestern sowohl ein politischer *Krieg*, als auch ein *Kulturkampf* ist, ein „Sanierungskampf

gegen die sozial-liberalen Usurpatoren und ihre Denkweisen“, ein „Befreiungskrieg“, der auch die Schule, die Sozialwissenschaften und die Kunst mit einbeziehen muss. Und auch das Fernsehen und die Presse. Viele Medien gehören schon denjenigen Gesellschaften, Vereinigungen und Unternehmern, die mit rechten Parteien sympathisieren und seit Jahren aktive Propaganda gegen die Sozial-liberalen betreiben – eine oft lügnerische und im Ganzen harsch-primitive Propaganda (die vermutlich nicht ohne Einfluss auf die Wahlergebnisse war). Es ist zu befürchten, dass in einigen Monaten auch die anderen Fernsehkanäle – sowohl staatliche als auch kommerzielle – einen sehr ähnlichen kriegerischen Ton annehmen und sich von Journalisten, die damit nicht einverstanden sind, verabschieden werden. Der Personalwechsel könnte auch in anderen Aktivitätsfeldern sehr weitgehend sein.

Auf der parlamentarischen Ebene werden die Dinge fast automatisch ablaufen. Die in zwei oder drei Wochen neu gebildete Regierung (ob Fidesz allein, oder durch einige mehr oder weniger unpolitische Persönlichkeiten ergänzt) sollte im Parlament nicht nur über eine absolute Mehrheit verfügen, sondern auch über eine qualifizierte, das heißt eine, die zur Änderung der verfassungsgebenden Gesetze ausreicht.⁸ Dazu braucht die Fidesz nicht einmal die Stimmen von *Jobbik*.

Über die mutmaßliche Wirtschaftspolitik der kommenden Regierung wage ich nichts zu sagen. Es scheint, als ob sich die Politiker und Experten der Fidesz-Partei in dieser Hinsicht noch nicht ganz einig wären. Sie behaupten auch, dass sie über die reale Wirtschaftslage des Landes nur ungenügend informiert seien, was aber eher unwahrscheinlich ist. Andererseits bieten die Ungewissheiten der Weltwirtschaft ein gutes Argument für den Aufschub einiger wichtiger Maßnahmen.

Auch in der Außenpolitik gibt es viele Unsicherheiten. Im Folgenden werde ich mich auf die Europa-Probleme beschränken. Die Europa-Treue der kommenden Regierung steht in meinen Augen nicht in Frage, zumindest nicht vor dem ersten Halbjahr 2011, wenn sich Ungarns Regierungschef auch als Präsident der Union behaupten darf. Probleme

können jedoch schon früher in der Nachbarschaftspolitik auftreten – insofern, als eine ebenso siegreiche ungarische Nationalpartei sich gegenüber der Slowakei und Rumänien weniger zur Kooperation verpflichtet fühlt als ihre sozial-liberalen Vorgänger. Sie *muss* sich auf diesem Gebiete gewisse Kühnheiten erlauben – ob es den Partnerländern in Europa nun gefällt oder nicht. Man sieht an diesem Beispiel, dass sich manche Impulse der Innenpolitik gegen die außenpolitischen Interessen des Landes richten können. Ähnliches könnte auch auf anderen Gebieten der Fall sein – z.B. wenn die Regierung zögern würde, den Rassismus einiger ihrer Sympathisanten (ja vieler Sympathisanten!) „abzukühlen“.

Es mag hier der Eindruck entstehen, als ob ich Irredentismus und Rassismus nur aus außenpolitischen Gründen für schädlich halte. Dem ist aber nicht so. Sowohl der eine als auch der andere bedrohen das ungarische Volk – und damit auch die politische Klasse – mit einer geistigen und sozialen Regression, die ihr in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schon so viel Unheil gebracht hat. Es geht nicht darum, ob man von den Brüsseler Behörden mehr oder weniger getadelt wird: Es geht vielmehr um die kollektive Gesundheit und das Realitätsgefühl der ungarischen Gesellschaft, die jetzt wieder einmal in Gefahr sind. Und das aus demselben Grund, aus dem das Land schon mehr als einmal in einen Abgrund stürzte: dem hysterischen Nationalismus der ungarischen rechten Parteien. Anscheinend fühlen die Wortführer dieser Hysterie nicht einmal, dass ihr Irredentismus 90 Jahre nach dem Versailler Friedensvertrag etwas seltsam und komisch klingt. Ihre *rassistische* Einstellung ist jedoch alles andere als komisch. Es ist wahr, dass bis jetzt alle antisemitischen Anregungen auf eine verbale Ebene beschränkt blieben. Bei der antiziganistischen Hysterie ist dies aber keineswegs mehr so: Sämtliche Mord- und Brandanschläge entstanden aus diesen Anregungen. Negative Beurteilungen der Romabevölkerung sind sowohl in den Städten wie in den Dörfern „mehrheitsfähig“ geworden, und wenn bei den letzten Wahlen die *Jobbik* 15 bis 20% der Stimmen errang, ist das hauptsächlich ihrem Anti-Roma-Diskurs zuzuschreiben.

3. Fernere Aussichten

Darüber nur kurz, weil man eigentlich nur die Gegebenheiten inklusive der Absichten kennt, nicht aber die Zukunft.

Gegeben ist der außerordentliche Wahlsieg der rechten Parteien – mit anderen Worten, die totale Niederlage der sozial-liberalen Kräfte – und ein Parlament, in dem mehr als 80% der Sitze den Rechtspopulisten gehören. Die Sozialistische Partei hat am 11. April nur etwas mehr Stimmen gewonnen als die *Jobbik*. Ihr liberaler Partner SZDSZ ist *out of game*, und nichts Bestimmtes weiß man über die neugeschaffene kleine Partei LMP, die in mehreren Wahlkreisen, hauptsächlich in Budapest, einen Teil der liberalen Wähler an sich gezogen hat – *faute de mieux*, sollte man sagen. Die drei Worte hinter den Buchstaben LMP lauten übrigens: „Politik kann anders sein“.⁹ Angesichts dieser Gegebenheiten kann die siegreiche Fidesz – so wie im Sprichwort das britische Parlament – alles machen... und vielleicht noch ein bisschen mehr. Ohne weiteres kann sie z.B. die Wahlgesetze ändern oder die Kommissionen für die Kontrolle der Abstimmungen so besetzen, dass den Oppositionsparteien keine Chancen bleiben. Mit dem *leadership* von Viktor Orbán mag das auch zur Einmandiktatur führen – ob diese nun irgendwie institutionalisiert wird oder nicht. In dieser Hinsicht könnte es manche Ähnlichkeiten mit dem Aufschwung von Putin geben – obwohl die Herkunft beider Männer sehr unterschiedlich ist. Doch wenn die starke institutionelle Position Orbáns sich auch mit einer breiten und stabilen Popularität verknüpfen sollte, kann ihm das einen großen Ehrgeiz verleihen. (In seiner Partei *ist* Orbán schon der unbestrittene Führer.¹⁰)

Jedenfalls strebt die Orbánsche Fidesz-Partei nach einer starken Verwaltung, im scharfen Kontrast zum liberalen Ideal des rechtlich und wirtschaftlich abgeschwächten Staates. Der Wiederaufbau einer soliden und fähigen Administration steht in ihrem Programm, und wenn ihr das gelingt, bedeutet das auch Machtkonsolidierung, das heißt: eine starke Kontrolle über die wichtigsten Branchen der Staatsmacht. Die Polizei und die Gerichte haben selbst-

verständlich die höchste Priorität, und ihre Gleichschaltung ist um so leichter durchzuführen, als die Sympathisanten der kommenden Regierung in beiden Einrichtungen schon seit längerem in der Mehrheit sind. (Komisch, aber wahr: Die Kontrolle dieser Machtzweige in Richtung „Rechtsradikalismus“ ist jetzt wichtiger geworden, als gegenüber den Liberalen und den Sozialisten. Einerseits, weil diese viel friedlicher und pflichtwilliger sind als die Aktivisten rechter Bewegungen; andererseits, weil es in Ungarn seit dem Ende des Kommunismus keinen Linksradikalismus mehr gibt.) Neben der Gleichschaltung könnten die neuen Machthaber auf dem Gebiet der Verwaltung auch zu einigen notwendigen Reformen kommen, die schon längst geplant waren, jedoch gegen das feste „Nein“ der Rechtsopposition im Parlament seit 2002 nicht verabschiedet werden konnten.

Es ist jedoch vor allem das Gebiet der Symbole – d.h. die Kultur – auf dem infolge der national-populistischen Wende die extremsten Veränderungen zu erwarten sind. Schon die Zahl der Ablösungen und Neuernennungen wird eindrucksvoll sein, aber was sich dahinter abspielen wird, ist noch wichtiger. Eine Rückkehr zu moralisch oder nationalpolitisch gerechtfertigten Zensurmaßnahmen und einer staatlich geförderten Propaganda zugunsten christlicher Werte ist zu befürchten. Sowohl die Jugend als auch die älteren Generationen sollen von nun an die „echten“, vom Kosmopolitismus befreiten, nationalen Wahrheiten wieder erlernen. Der Stil dieses Kulturkampfes wird nicht nur das Ausland erstaunen, sondern auch die ungarische Intelligenz, die darauf gar nicht vorbereitet ist, obwohl manche Reden von Orbán – insbesondere eine, die Anfang 2010 im unlängst begründeten Fidesz-Wochenblatt *Nagyítás* ungewöhnlich viel Raum erhielt – ziemlich klare Hinweise darauf lieferten. Dieses Streben, ein ganzes Land und Volk moralisch gleichzuschalten, erinnert gewiss an die gescheiterte Kulturpolitik der Kaczynski-Brüder. Es ist jedoch weniger sicher, ob solch ein Versuch auf einen ähnlich großen Widerstand stoßen wird.

Am Schluss dieser kurzen, manchmal hypothetischen Bemerkungen stelle ich mir die folgende Frage: Ist die Machtkonsolidierung das einzige, alles überragende Ziel des neuen Regimes oder darf man hoffen, dass diese Zielsetzung auch solch wichtige, für Ungarn unerlässliche Maßnahmen einschließt, die bis jetzt entweder am Widerstand der Oppositionspartei Fidesz scheiterten, oder wegen innerer Konflikte der sozial-liberalen Regierungen nicht verwirklicht werden konnten? Wie dem auch sei, es ist schwer zu bestreiten, dass 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Systems Ungarn schon wieder an der Schwelle eines tiefgehenden Regimewechsels steht. Das ist keine Vermutung, das

hat Viktor Orbán nach seinem historischen Wahlsieg deutlich gesagt. Seit Jahren hatte er zudem sein Publikum wiederholt aufgefordert, die 1956 begonnene und seit 1989 angeblich verratene Revolution zu vollenden. Dies kann die nun siegreiche Fidesz mit der Salbung des Volkes leisten. Aber was denkt darüber die ungarische Wählerschaft? Strebt das heutige Volk nach einer echt revolutionären Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse? Das scheint mir mehr als zweifelhaft zu sein. Aber wer weiß?

Paris, den 26. April 2010, Péter Kende

Anmerkungen

1. Bei dem Beitrag handelt es sich um die schriftliche Fassung des Tagungsbeitrages.
2. Sozialistische Partei der Ex-Kommunisten (an der Regierung von 1994 bis 1998 und von 2002 bis 2010).
3. Liberale Partei (bis 2009 ständiger Koalitionspartner der Sozialisten).
4. Demokratisches Forum (Regierungspartei zwischen 1990 und 1994).
5. Partei der Jungdemokraten, in den ersten Jahren (1989-1994) liberal orientiert, in den folgenden Jahren zunehmend konservativ. Als leitende Kraft eines konservativen Bündnisses erringt sie den Wahlsieg im Jahr 1998 und bleibt Regierungspartei bis 2002. Viktor Orbán steht seit 20 Jahren an ihrer Spitze.
6. Partei der ungarischen Gerechtigkeit und des ungarischen Lebens. Nur bei der Wahl von 1998 konnte diese Partei genügend Mandate gewinnen, um ins Parlament einzurücken. Man betrachtet sie als Vorgänger der Jobbik (welche mit 48 Mandaten die drittgrößte Partei des jetzt gewählten Parlaments geworden ist).
7. Dazu gehören in erster Linie die KDNP (Christlich Demokratische Volkspartei), eine kleine römisch-katholische Partei, die seit 2002 niemals selbständig zur Wahl gehen konnte und eine Satellitenpartei der Fidesz geworden ist. Ihre Kandidaten erschienen nur auf den Listen der Fidesz.
8. Das ungarische Parlament hat nur eine einzige Kammer, und mit einer Zweidrittelmehrheit kann diese sowohl die Verfassung als auch alle kardinalen Gesetze ändern. Die letzteren betreffen unter anderen die Versammlungsfreiheit, das Polizeiwesen, die Justizorgane, die Medien, die Beteiligung des Landes in Verwaltungsbezirken und freilich auch die technische Regelung der Parlamentswahlen.
9. Im ungarischen Parlament gibt es 386 Sitze. 210 daraus werden proportional gewählt aus Parteilisten, der Rest individuell in den 176 Wahlkreisen. Die Fidesz hat beinahe alle (173) dieser letzten Mandate gewonnen, dazu noch 90 Proporzmandate, insgesamt also 263 (= 68,1%). Die Sozialistische Partei verfügt über 59 Mandate (15,3%), von denen nur zwei individuell gewonnen wurden (!), Jobbik über 48 (=12,4%, individuell gewonnen ist nur ein Sitz), während die LMP 16 Abgeordnete haben wird. Verglichen mit dem vorigen Parlament hat die MSZP rund zwei Drittel ihrer Sitze verloren und beinahe alle ihrer individuellen Wahlkreise (mit zwei Ausnahmen), während die Repräsentation von Fidesz um mehr als die Hälfte vergrößert wurde. Schließlich ist die Parteistruktur des heutigen ungarischen Parlaments der des im Jahr 1939 gewählten letzten Vorkriegsparlaments (Unterhaus) ähnlich: auch in jenem verfügte die Regierungspartei über eine ungeheuer große Mehrheit, während die Opposition von rechts ebenso stark war wie heute, die Linksoption dagegen noch kleiner als heute.
10. Ein Beispiel: Vor den diesjährigen Wahlen hat Orbán die Fidesz-Kandidaten in allen Wahlkreisen selbst ausgewählt und persönlich instruiert. Sie sind ihm also direkt verantwortlich. Es ist auch wichtig zu bemerken, dass die inneren Debatten der Fidesz immer geheim bleiben. In dieser Hinsicht (und auch in der Wahl ihrer Leitung) ist diese Partei schon längst nicht mehr demokratisch.

Péter Kende, Soziologe und Autor, nahm im Jahr 1956 als Journalist am Aufstand in Ungarn teil. Anschließend verließ er Ungarn und ließ sich in Paris nieder, wo er fast 40 Jahre als Sozialwissenschaftler tätig war und vorwiegend zum Ostblock forschte. Er unterrichtete an der Paris-X. Universität in Nanterre (1970–74), an der Aix-Marseille III. Universität (1975–8) und der Fakultät für Sozialwissenschaften in Paris (1979–91) und war bis zu seinem Rentenantritt 1993 Forschungsdirektor des Centre national de la recherche scientifique (CNRS) in Paris. Im selben Jahr wurde er Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Kende veröffentlichte zahlreiche Aufsätze und Artikel in verschiedenen Zeitschriften, darunter allein in Frankreich: *Esprit*, *Contrepoint*, *La Nouvelle Alternative* and *Commentaire*.

(Kornél Keller)

Eine Marktlücke im Teufelskreis. Ungarns Weg zum rechten Rand

1. Einleitung

Dreimal hat es Ungarn in den letzten zwanzig Jahren geschafft, das breite internationale mediale Interesse zu erwecken: In der Wendezeit um 1989, im Herbst 2006, als es eigentlich um das 50-jährige Jubiläum des Aufstands von 1956 hätte gehen müssen, sowie jüngst wegen der gesetzgeberischen Tätigkeit der zweiten Orbán-Regierung. Die letzten beiden Male war das Medienecho niederschmetternd. Seit den Straßenkrawallen im Herbst 2006 mehrten sich die besorgten Berichte über die wachsende Gefahr des Erstarkens rechtsextremer Kräfte in Ungarn. Der folgende Aufsatz stellt einen kleinen Einblick in das Thema dar und zeigt, wie die Rechtsextremen immer stärker werden konnten, sodass ihre Partei Jobbik¹ zurzeit die drittstärkste Fraktion im Parlament bildet. Diese Tatsache zeugt auf der einen Seite von einem Mangel an einer his-

torisch gewachsenen demokratischen Kultur. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, wann diese Kultur hätte wachsen sollen, in einem Land, das mit Ausnahme von 1945-1948 unter autoritärer Herrschaft stand und erst in den letzten zwei Jahrzehnten seine ersten richtigen Schritte in der Demokratie machen konnte. Wenn man der Meinung von Ralf Dahrendorf Glauben schenkt, braucht die Einführung der Demokratie sechs Monate, die Umstellung der Wirtschaft sechs Jahre, die Menschen jedoch brauchen sechzig Jahre für das Umdenken. So gesehen ist Ungarn hoffentlich doch auf dem richtigen Weg, im Folgenden soll aber die Rede von den falschen Schritten sein, die das Land in letzter Zeit getan hat, und von den Stolpersteinen, die noch immer auf diesem Weg liegen.

2. Mängel einer jungen Demokratie

Unzufriedenheit mit dem konstitutionellen System und seinen Institutionen

Die Dynamik der überhöhten, illusorischen Erwartungen und der obligatorischen Enttäuschungen, weil diese nicht in Erfüllung gehen, scheint eine charakteristische Eigenschaft der Ungarn zu sein. Der Systemwechsel und auch der EU-Beitritt waren mit erhöhten Erwartungen gegenüber der Demokratie und der Marktwirtschaft verbunden, wie der einer schnellen Verbesserung des Lebensstandards, der Entwicklung einer demokratischen Kultur usw. Auf beide folgte eine Ernüchterung, was auch zur Unzufriedenheit mit dem politischen System und dessen Akteuren geführt hat. Nach 2006 haben sich diese Tendenzen nur noch verstärkt.²

Politiker, Parteien und die Gesellschaft

Im Idealfall sollten Parteien die verschiedenen geistigen Strömungen innerhalb der Gesellschaft repräsentieren. Ihre Legitimität und Akzeptanz erhalten sie demnach durch ihre Verankerung, durch die Verwurzelung in der Gesellschaft. Das Parteiensystem in Ungarn war bis zu den letzten Wahlen recht starr. Alle Parteien, die bis 2006 ins Parlament gewählt wurden, waren bereits 1990 Teil der politischen Elite.³ Sie wurden aber nicht von unten, aus der Gesellschaft heraus gegründet, sondern von oben, von einer schmalen intellektuellen Schicht. Dementsprechend folgten sie auch nicht den in der Gesellschaft vorhandenen Konfliktlinien. Die seit langem bestehenden Auseinandersetzungen und Gegensätze zwischen verschiedenen intellektuellen Gruppen haben letztendlich die wichtigsten politi-

schen Trennungslinien erschaffen.“⁴ Daraus folgt, dass es mitunter schwierig ist, sich mit den Inhalten der politischen Debatten zu identifizieren, was einerseits zu Politikverdrossenheit führt, andererseits aber auch dazu, dass die Politik die nötige Autorität und Legitimität nicht erreichen konnte, um gesellschaftsintegrativ wirken zu können. Die Institutionssysteme wurden ebenso nicht von den gesellschaftlichen Kräften, denen sie dienen sollten, erschaffen, sondern von der pragmatisch-technokratischen Elite des abdankenden Sozialismus und einer schmalen Gruppierung der geistigen Elite der Opposition.⁵ Die „Verhandlungsrevolution am Runden Tisch“ hatte den Vorteil einer unblutigen Wende, aber auch den Nachteil, dass viele sich später nicht mit all dem verbunden fühlten, was damals hinter verschlossenen Türen ausgehandelt worden war. Die von oben eingeführte Demokratie war ein Werk der Eliten, ohne die breite Beteiligung der Gesellschaft.⁶ Die Frage war dann, inwieweit sich die Bürger dieser bereits bestehenden politischen Gliederung anschließen konnten.

Rechtsverschiebung im „Autoritätsvakuum“

Der Systemwechsel hat zwar die Autoritätsstrukturen des staatssozialistischen Regimes abgebaut, die neuen Institutionen und Akteure haben es jedoch nicht geschafft, geachtete Muster und Vorbilder für die breiten Massen zu werden. Die Unzufriedenheit mit der Leistung der Regierung und der Effektivität der rechtsstaatlichen Institutionen hat aber in den letzten Jahren eben diesen Wunsch nach Autoritäten verstärkt.⁷ Seit dem Systemwechsel bestand traditionell ein gewisses Gleichgewicht zwischen den so genannten linken (MSZP, SZDSZ) und rechten (FIDESZ) politischen Kräften.⁸ Nach 2006 verschob sich das zugunsten der Rechten, was allerdings keinen ideologischen Wandel bedeutet. Die Unzufriedenheit mit der Regierung hat einen Großteil der linken Wähler auf die Rechte und einen Teil der rechten Wähler an den rechten Rand verschoben.⁹

Pessimisten mit geringem gesellschaftlichem Vertrauen

Eine Grundlage der sozialen und politischen Stabilität einer funktionierenden Demokratie ist einerseits das „vertikale“ Vertrauen in die politischen Institu-

tionen, andererseits das „horizontale“ Vertrauen der Bürger zueinander. Für die ungarische Gesellschaft ist in beiderlei Hinsicht ein chronisches Maß an Misstrauen charakteristisch.¹⁰ Das gegenseitige Misstrauen der Mitglieder der Gesellschaft geht mit einer erhöhten Erwartungshaltung gegenüber dem Staat einher, obwohl seinen Institutionen ebenso Misstrauen entgegengebracht wird. Aufgrund der hohen Erwartungshaltung herrscht im Land traditionell eine pessimistische Denkweise vor, aber wie der Eurobarometer zeigt, hat sich diese Tendenz in den vergangenen Jahren noch verstärkt. Nach dem Systemwechsel ist die Rolle des Staates erheblich zurückgegangen, geblieben sind jedoch als Erbe des staatssozialistischen Regimes die an ihn gerichteten unrealistisch hohen Erwartungen. Diese autoritätshörige Einstellung der Gesellschaft („Der Staat soll es richten“) wird von Populisten gerne bedient. Die Unzufriedenheit mit dem Staat sowie das sich verschlechternde Sicherheitsempfinden kommen den Rechtsextremen zugute, die häufiger gerade ihre „zivile“ Beschaffenheit betonend neue Institutionen (z.B. die Ungarische Garde) versprechen, welche die Rolle des Staates übernehmen oder ergänzen sollen.¹¹ Auch in Ungarn wurde das bestehende Sozialkapital im Staatssozialismus zerschlagen und durch ideologisierte, parteigebundene Strukturen ersetzt, wovon die Zivilsphäre sich bisher nur formal erholen konnte.¹² Sie ist schwach, wenig entwickelt und noch dazu oft nicht frei vom Einfluss der Politik. Sie ist nicht in der Lage, eine wirkliche gesellschaftliche Kraft und ein Gegengewicht zur Parteienpolitik zu bilden. Im europäischen Vergleich ist in Rumänien, Ungarn und Bulgarien die Aktivität der Zivilgesellschaft am niedrigsten.¹³

Das geringe gesellschaftliche Vertrauen führt auch zu Vorurteilen gegenüber der Wirtschaft, zu einer allgemein schlechten Meinung über die Marktwirtschaft und zu Systemfeindlichkeit. So ist es z.B. ein allgemein verbreitetes Stereotyp, dass man großes Vermögen nicht ehrlich verdienen könne. Die Rechtsextremen bedienen diese systemkritischen, antilitären Vorurteile, indem sie radikale gesellschaftliche Veränderungen versprechen.

Vorurteile und Feindbilder

Die Vorurteile der Ungarn richten sich in erster Linie gegen die Roma, die bereits vor dem Systemwechsel die am meisten abgelehnte Minderheit waren. Die Romafeindlichkeit hat seitdem auch nicht zugenommen, sondern ist auf einem bereits recht hohen Niveau geblieben.¹⁴ Die romafeindliche Rhetorik ist die effektivste politische Waffe der Rechtsextremen in Ungarn. Die markantesten Vorurteile sind der „Parasitismus“ („nicht arbeiten wollen, sondern von der Sozialhilfe leben“) und die Gewaltkriminalität. Da die Mehrheit der Bevölkerung mit derart eindeutig rassistischen Behauptungen wie „die Roma verdienen die Sozialhilfe nicht“, oder „Kriminalität liegt ihnen im Blut“ offen einverstanden ist, kann man sagen, dass die Romafeindlichkeit in der ungarischen Gesellschaft zu einer Norm geworden ist, die die Wähler aller Parteien charakterisiert.¹⁵ Antisemitismus in seiner ethnischen und religiösen Ausprägung ist in Ungarn kaum vorhanden. Hingegen ist der politische Antisemitismus bei einem erheblichen Teil der Gesellschaft anzutreffen, was die Rechtsextremen auch zu instrumentalisieren versuchen. Die Vorurteile gegenüber Einwanderern sind wegen deren geringer Zahl weniger relevant. Sehr starke Vorurteile richten sich hingegen gegen Homosexuelle. Ein großer Teil der Öffentlichkeit ist zudem sehr empfänglich für Verschwörungstheorien, die versuchen, negative soziale und politische Prozesse als geheimes Zusammenspiel von heimischen und internationalen Eliten darzustellen.

Juristische Mängel

Das Erstarken des Rechtsextremismus ist auch auf die Mängel des rechtlichen Institutionssystems zurückzuführen. Dabei sind aber eher die Inkonsistenz in der Rechtsanwendung und die lange Dauer von Verfahren¹⁶ das Problem, und nicht das Fehlen von schärferen Gesetzen. Sie führen nämlich dazu, dass die zuständigen Behörden den Eindruck erwecken, sie seien unfähig, ihre Aufgaben zu bewerkstelligen. Die Polizei ist seit den Ereignissen im Herbst 2006 ständigen politischen Angriffen ausgesetzt gewesen (mal wegen zu hartem, mal wegen zu schwachem Auftreten), weswegen sie bei

ihrer Aufgabenerfüllung verunsichert wirkt. Die Interpretationsschwierigkeiten des liberalen Versammlungsrechts führten dazu, dass die Polizei aus Angst, die politischen Konsequenzen tragen zu müssen, zögerte, Demonstrationen aufzulösen, auch wenn das nach Rechtslage möglich, teils sogar nötig gewesen wäre.

Auch die Arbeit von Richtern und Gerichten ist kritikwürdig. Sie orientieren sich oft zu sehr am Gesetzestext, anstatt den breiteren Kontext eines Problems und dessen Auswirkung auf die Gesellschaft in Betracht zu ziehen.¹⁷ Besonders deutlich wurde das bei der juristischen Handhabung der so genannten „Hassrede“. Darunter fallen zumeist diverse Äußerungen gegen Roma und Juden sowie die Leugnung des Holocaust. Eine diesbezüglich oft geforderte Begrenzung der Meinungsfreiheit wäre bei einer genügenden Ausschöpfung der Möglichkeiten des Strafgesetzbuches womöglich gar nicht erforderlich. Allerdings kann man dem Problem des Rechtsextremismus allein mit juristischen Mitteln auch nicht begegnen. Denn die Rechtsextremen nutzen sehr geschickt die juristischen Lücken aus, was sich beim langwierigen Prozess der Auflösung der Ungarischen Garde gezeigt hat, bei dem die zuständigen Instanzen vielerlei Probleme bei der Auslegung des Vereinsrechts hatten. Die das Phänomen begleitenden juristischen Debatten beschäftigen sich aber ohnehin nur mit der Behandlung der Symptome, nicht aber mit den Ursachen des Phänomens. Da stünde neben der schwachen Zivilsphäre die Parteienpolitik umso mehr in der Verantwortung, mit klarer Stellungnahme und geschlossener Haltung ein Vorbild zu geben. Wegen des „Wählerfischens“ am rechten Rand haben die rechten Politiker sich allerdings oft zu spät oder unklar distanziert, und die linken Politiker waren eher bemüht, das ganze rechte Spektrum als „faschistisch“ darzustellen. Bei gleichzeitiger Verrohung des Grundtons des politischen Diskurses trug so letzten Endes die gesamte politische Elite dazu bei, dass die Hemmschwelle gesunken ist und radikales Gedankengut sich in der Öffentlichkeit immer weiter ausbreiten konnte.

3. Krisenzeiten

In den Jahren nach 2006 verbanden sich die parallelen Krisen der Wirtschaft und der Regierung, die in den Fokus gerückte Romathematik, die gegenüber den Rechtsextremen impotente parlamentarische Parteienpolitik sowie die Ratlosigkeit der Medien im Umgang mit den rechtsextremen Erscheinungen zu einem Gesamtbild, das den Wunsch nach radikalen Antworten verstärkt hat.¹⁸ Die Republik erlebte Krisenzeiten.

Wirtschaftskrisen

Ungarn musste, anders als die meisten anderen Länder, seit 2006 zwei Wirtschaftskrisen durchmachen – eine hausgemachte und eine globale. Die Zeit der Wirtschaftskrisen hatte in Ungarn 2006 bereits begonnen. Die Regierung musste mit Sparmaßnahmen die Haushaltskonsolidierung angehen. Die Wurzeln des 2006 ausufernden Haushaltsdefizits reichen noch in die Zeit der ersten FIDESZ-Regierung zurück, als diese um das Jahr 2000 angesichts des verlangsamten Wachstums in Westeuropa den Akzent auf die künstliche Belegung des Binnenmarktes legte, unter anderem mit der Unterstützung des Wohnungsbaus und von nicht unbedingt wettbewerbsfähigen klein- und mittelständischen Unternehmen.¹⁹ Die folgende sozialliberale Regierung belastete den Haushalt dann weiter durch prinzipiell verständliche Maßnahmen, welche die Wirtschaft jedoch überforderten. Dazu zählten etwa die Erhöhung der Gehälter im öffentlichen Dienst zur Qualitätsverbesserung der Verwaltung, übersteigerte Sozialausgaben zur Stärkung der sozialen Kohäsion, oder der Autobahnbau zur Erhöhung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit.²⁰ Ab 2008 wurde mit einer bescheidenen Besserung der Lage gerechnet, bis die Weltwirtschaftskrise das Land traf, deren Ausmaß viele Wähler ebenfalls der verfehlten Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre angelastet haben. Das hat die Stimmung gegen die Regierung weiter belastet.

Regierungskrise

In Krisenzeiten wird die Attraktivität einer „Politik der starken Hand“ traditionell größer. Wenn die Regierung keine Handlungsstärke und Entschlos-

senheit vorweisen kann, haben radikale Kräfte, die sich und ihre Lösungsvorschläge nie in Regierungsverantwortung bewähren mussten, es leichter, ihre Anhängerschaft zu vergrößern. Die sozialliberale Regierung gab in dieser Zeit jedoch ein desaströses Bild ab. Wegen der entgegen ihren Wahlversprechen doch eingeführten restriktiven Maßnahmen begann ihr Vertrauensverlust schon früh. Unter ständigen Angriffen einer kooperationsunwilligen und vielmehr an schnellen Neuwahlen interessierten Opposition, wegen innerer Parteiqueren sowie der Kritik an der Vorgehensweise der Polizei bei den Demonstrationswellen und Straßenkrawallen im Herbst 2006 befand sie sich rasch in der Defensive. Ihre Reformversuche endeten erfolglos, und ihre Arbeit wurde später von Korruptionsvorwürfen überschattet. Die Regierungskoalition zerbrach im Mai 2008, und ein Jahr später gab es sogar einen Wechsel an der Spitze der Minderheitsregierung

Ethnisierung einer sozialen Frage

Eines der größten sozialen Probleme ist die Frage der Roma, auf die es seit dem Systemwechsel versäumt worden ist, Antworten zu finden. Ein Großteil der Roma gehört zu den Verlierern des Systemwechsels, mit dem viele Industriezweige, die keiner höheren Bildung bedurften (z.B. Verarbeitungs- und Schwerindustrie) und in denen sie Beschäftigung fanden, wegbrachen. Die Wirtschaftskrise traf dann erneut diejenigen Sektoren stark, in denen viele schlecht qualifizierte Menschen (darunter viele Roma) noch Arbeit fanden (z.B. Bauindustrie). Segregationstendenzen auf mehreren Gebieten (z.B. Bildung) und hohe Arbeitslosigkeit erhöhen ihre Abhängigkeit von staatlichen Leistungen. Während der Wirtschaftskrise, die durch höhere Arbeitslosenzahlen zu einem erhöhten sozialen Wettbewerb beitrug, wurde besonders diese Frage von Rechtsextremen in einen ethnischen Kontext gestellt. Der bis dahin wenig beachtete Romadiskurs erreichte die breite Öffentlichkeit jedoch zum Teil über konkrete Ereignisse, die nicht mit der Wirtschaftskrise zusammenhängen, wie den Lynchmord von Olaszliszka 2006 oder den Mord an dem Handballspieler Marian Cozma Anfang 2009²¹ sowie den diesbezüglich

vermehrten Gebrauch des Wortes „Zigeunerkriminalität“. Die Lage der Roma wurde dadurch im Diskurs zu einer Frage der Kriminalistik vereinfacht.²² Der wirklich konstruktive Diskurs wird aber nicht nur durch die radikale Interpretation behindert, die versucht, Roma als allgemeine Sündenböcke darzustellen.

Ebenso hinderlich ist die scheinheilige *Political Correctness*, die alle Ursachenforschung, die sich mit den Integrationsproblemen der Roma beschäftigt, als rassistisch abstempelt. Dabei kann nur eine Annäherungsweise zur Verbesserung der Lage der Roma beitragen, die primär die Problemfelder der Integration fokussiert, wie Bildung, kulturelle Unterschiede, Arbeitslosigkeit, Wohnwesen, Abhängigkeit von staatlichen Leistungen und dabei vorurteilsfrei nach fachpolitischen Lösungen sucht.

Ratlosigkeit der Medien im Umgang mit den rechtsextremen Erscheinungen

Ein Großteil der Medien wusste nicht, wie sie mit den Rechtsextremen umgehen sollten, was den radikalen Akteuren anfangs großen Raum ließ, ihre Meinungen unreflektiert zu verbreiten. Bei den privaten und Boulevardmedien kam noch hinzu, dass sich die Interessen der Medien und der Rechtsextremen trafen. Erstere konnten mit provokativen Aussagen rechnen, die bestimmt viele Zuschauer anziehen, wogegen letztere die meisten Menschen ohne eine gut ausgebaute Organisation eben nur durch die Medien erreichen konnten.²³ Nach den Europaparlamentswahlen konnten die gewählten rechtsextremen Politiker nun auch nicht mehr ignoriert werden. Unter den eher politisch orientierten Medien war bei den linksgerichteten das Aufbausuchen, bei den rechten Medien die Bagatellisierung die charakteristische Herangehensweise.

4. Eine Marktlücke im Teufelskreis: Die Politik von Jobbik

Die Phase der permanenten oder konsolidierten Demokratisierung

Die ungarische Politik ist seit Mitte der 1990er Jahre extrem polarisiert. Im Parteienspektrum bildete sich dadurch ein Zwei-Block-System heraus, das einer Pattsituation ähnelte, in der beide Seiten ihre Vorstellungen verwirklichen wollten, aber keine der Parteien über das nötige Ansehen und die Kraft verfügte, um den eigenen Normen und Werten zur Akzeptanz durch die andere Seite zu verhelfen. Dieser Zustand kann treffend als Phase der permanenten oder konsolidierten Demokratisierung beschrieben werden²⁴ – permanent in dem Sinne, dass die Parteien sie nicht überwinden konnten, und konsolidiert, weil es zwar außerordentlich heftige Konflikte gab, diese jedoch nicht zur Eskalation, oder zu radikalen Auswüchsen führten, zumindest bis zum Herbst 2006.

Eine Ursache dieser Polarisierung liegt paradoxerweise wohl im friedlichen Charakter der Wende. Die Dramatisierung des politischen Alltags Jahre später erscheint dabei als eine Art Ersatz für den ausgebliebenen Umsturz und als Abrechnung. In

diesem politischen Streit wurde die MSZP von rechts in ihrer Eigenschaft als Nachfolgepartei der ehemaligen sozialistischen Staatspartei bekämpft, auf der anderen Seite aber auch, weil sie die Härte der kapitalistischen Transformation repräsentiert.²⁵ Der FIDESZ beschuldigte sie, äußere Interessen zu vertreten, wie die von internationalen Unternehmen, der EU, oder der Globalisierung allgemein. Sich selbst proklamierte der FIDESZ hingegen als politische Heimat der wahren Ungarn und Hüter der ungarischen Identität.²⁶ In der Darstellung der Sozialisten galt diese Politik des FIDESZ jedoch als nationalistischer, verantwortungsloser Populismus, der die globalen wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten völlig außer Acht lasse. Dieser oft dramatisierende und übertreibende Politikstil des FIDESZ stilisierte im Sinne der *cultural politics* pragmatisch lösbare Probleme oft zu Fragen des Überlebens der Nation. Dagegen haben die Sozialisten die emotionale Seite der Politik vernachlässigt, indem sie mit einem ständigen Verweis auf die unveränderlichen Gesetze der globalen Märkte und der europäischen Institutionen dazu neigten Politik zu entpolitisieren.²⁷ Dieser heftige Parteienstreit hat zur Verrohung

des öffentlichen Diskurses geführt, wobei die Reizschwelle für grobe, extremistische Aussagen immer niedriger wurde.²⁸

Die Wahlniederlage 2002 mehrte die Befürchtung des rechtskonservativen FIDESZ, dass es in der politischen Mitte nicht genügend Wähler gebe, um eine Mehrheit zu erhalten.²⁹ Nach 2002 war der FIDESZ, dessen Strategie in der Bildung einer einheitlichen Rechten besteht, daher bestrebt, auch die Wähler des rechten Randes in seine Wählerschaft, aber auch in seine Parteistruktur zu integrieren. Im Sinne dieser außerparlamentarischen Strategie kam es zur Gründung von Bürgerkreisen³⁰, die vor allem die Mobilisierung bei Demonstrationen gegen die Regierung erleichtern sollten. In diese fanden auch Rechtsaußen-Gruppierungen Eingang, was die Trennung zwischen Demokraten und Extremisten aufweichte.³¹ Der Grund hierfür ist in der fehlenden bürgerlichen Basis und fehlenden bürgerlichen Traditionen zu suchen. Es ist ein länger währendes Problem der Konservativen in Ungarn, dass sich ein selbstbewusstes, demokratisches Bürgertum, auf das sie sich stützen könnten, historisch nicht herausbilden konnte. Auch wenn seit der Zeit der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1867-1918) eine solche Entwicklung einsetzte, entstand keine prägende bürgerliche Kraft, die sich rechtsaußen im politischen System etabliert hätte. Allerspätestens in der staatssozialistischen Ära war dann zudem auch Schluss mit dieser Entwicklung. Ein Konservativismus jedoch, in dem das Element des „Bürgerlichen“ fehlt, ist ein Konservativismus ohne Pragmatismus, ohne Suche nach Konsens und ohne Streben nach der Mitte.³²

Nach der erneuten Wahlniederlage 2006 wuchs allerdings in den Rechtsaußen-Reihen die Unzufriedenheit auch mit Viktor Orbáns Politik. Von Herbst 2006 an positionierte sich ein Teil dieser Radikalen nunmehr auch gegen den FIDESZ, der sich von den Straßenkrawallen mancher rechtsextremer Gruppen distanziert hatte, gleichzeitig aber versuchte, einen Teil in seinen Reihen zu halten. Bei der EP-Wahlkampagne wurde in der rechtsextremen Öffentlichkeit auch der FIDESZ schon klar als Feind bekämpft.

Die Politik von Jobbik

Aus der Gesellschaft kam kaum eine Einflussnahme auf die Politik, die diese hätte zu Korrekturen zwingen können. Die Politik ist von der Gesellschaft so weit isoliert, dass sie sich erlauben kann, sich ausschließlich auf sich selbst und auf den politischen Gegner zu konzentrieren. Außer bei Wahlen wird sie von der Gesellschaft nicht unter Druck gesetzt, weshalb sie auch darauf verzichten kann, Lösungen für drängende soziale Probleme anzubieten.³³ Der Teufelskreis besteht darin, dass einerseits die Gesellschaft umso politikverdrossener und apathischer wird, je schlechter die Politik ihre Aufgaben erfüllt. Andererseits kann die Politik desto ungestrafter Problemlösungen verweigern, je weniger die Gesellschaft versucht, auf die Politik Einfluss zu nehmen.³⁴ In diesem Teufelskreis erkannte Jobbik eine Marktlücke und unternahm einen relativ erfolgreichen Versuch, bei den individualistischen Ungarn nach kleinsten gemeinsamen Nennern zu suchen, auf deren Grundlage sie sich mobilisieren und aktivieren ließen. Sie konzentrierte sich auf das Negative, das in der Bevölkerung vorhanden ist, wie Neid, Wut, Enttäuschung, und wurde reich fündig. Den Umgang politischer Parteien mit dem Phänomen des Rechtsextremismus beherrschte jahrelang die Schuldzuweisung im Hinblick darauf, wer für deren Entstehung und Erstarken verantwortlich sei. Was indes unterging, ist, dass sich dahinter eine sehr effiziente, gut aufgebaute Parteiarbeit verbirgt, ohne die alle vorhin erwähnten Tendenzen nicht zu einem derartigen Vorstoß der Rechtsextremen hätten führen können. Die symbolische Kraft ihrer Ideologie und Rhetorik, der jeglicher Parteienpolitik entgegengestellte „zivile“ Charakter ihrer Organisation sowie die Besetzung der Romathematik haben es ermöglicht, dass sie außer den rechtsextremen Wählern auch andere Wählerschichten ansprechen konnten, wie etwa von den Parlamentsparteien enttäuschte Wähler, oder auch solche, die früher nicht zu den Wahlen gingen.³⁵ Die rational-pragmatische politische Sprache ist auf der symbolischen politischen Bühne bereits länger nicht mehr „wettbewerbsfähig“. Neu ist allerdings, dass die Rechte diesbezüglich zugunsten der Rechtsextremen an Kraft verliert.

Selbstbild

Ihrer Selbstdefinition nach ist die Jobbik eine nationale radikale Bewegung, die politisch im Namen der „Ungarn“, des „Volkes“ auftritt. Ihre Mitglieder bezeichnen sich als „neue Kraft“ in Abgrenzung zu den „alten“ Parlamentsparteien. Die Bezeichnungen „extrem“ und „rechtsextrem“ lehnen sie konsequent ab und bezeichnen im Gegenzug die mit den Parlamentsparteien und der Europäischen Union identifizierte als neoliberal bezeichnete Politik als „extrem“ und „menschenfeindlich“.

Nationsbild und Feindbild

In ihrem Nationsbild (Wahlslogan: „Magyarország a magyaroké“ / „Ungarn gehört den Ungarn“) ist es nicht eindeutig, wer zum „Ungarntum“ gehört. Es ist eine kulturell-historische Gemeinschaft, zu der die Zugehörigkeit aber nicht eindeutig definiert ist. Eindeutig scheint in diesem Bild, dass sich die Nation im Verfall befindet, wofür die „Nationsfeindlichen“, die „Fremden“ verantwortlich sind. Die Nation vor dem drohenden Verfall zu bewahren sei demnach die allgemeine und wichtigste Aufgabe der Jobbik. Das Feindbild ist eine schwer fassbare, auf globalen Verstrickungen basierende, nationsfeindliche Verschwörung. In diesem Konstrukt dient die Globalisierung den – sich auf das internationale Kapital stützenden – Interessengruppen, die durch ihre heimischen Handlanger ihre nationszerstörende Tätigkeit ausüben.³⁶ Der direkte Feind sind diesem Denkmuster gemäß die heimische politische Elite und teilweise die Intellektuellen, die fremde Interessen vertreten. In diesem Kontext erscheinen die Roma meistens nicht als „Feind“, sondern als Werkzeug oder Symptom einer ungarnefeindlichen Verschwörung.³⁷ Obwohl die Jobbik den Vorwurf des Antisemitismus zurückweist, findet man in ihrer Kommunikation recht oft antisemitische Argumentationssysteme.

Ein Grundelement der Ideologie und Rhetorik der Jobbik ist eine überparteiliche, bipolare Interpretation der Gesellschaft, wonach das Land aus einer nationalen und einer nationsfeindlichen Seite besteht. Dabei ist anzumerken, dass die Jobbik seit der Kampagne zu den Europaparlamentswahlen erfolgreich begonnen hat, den FIDESZ von der so genann-

ten „nationalen Seite“ zu verdrängen. Dabei war es nach der Wahlniederlage 2002 die Strategie des nun oppositionellen FIDESZ, dass er eine neue Argumentationslinie zur Legitimation forcierte. Diese beruhte nicht auf dem Parlamentarismus, sondern auf einer eigentümlichen politischen Interpretation der Nation. Dieser Argumentation zufolge war der wahre Repräsentant der Nation nicht die sozialliberale Regierungskoalition, die ihre Legitimation aus den gewonnenen Wahlen hatte, sondern der mit der nationalen Seite identifizierte FIDESZ („Die Nation kann nicht in der Opposition sein!“³⁸).

Geschichtsbild

Der Auffassung der Jobbik nach endete in Ungarn 1944 mit der deutschen Besatzung die Verfassungsmäßigkeit und wurde auch mit dem Systemwechsel nicht wieder hergestellt. Damit stellt die Jobbik die verfassungsmäßige Ordnung der Republik infrage. In ihrem Verständnis wäre ein „wirklicher“ Systemwechsel notwendig, um die Rechtskontinuität wieder herzustellen. Anstatt der parlamentarischen sollte der Staat im Sinne einer wie auch immer gearteten direkten nationalen Demokratie funktionieren, in dessen Rahmen auch die Ungarn jenseits der Grenzen dazu gehören würden.³⁹ Sie wendet Geschichte bewusst als politisches Mittel an, strebt dabei jedoch die Schaffung einer Art „alternative Geschichte“ an, die einerseits eine Gemeinschaft schaffen soll und aus der andererseits starke Symbole für ihre Politik gewonnen werden können. Mit seriöser Geschichtswissenschaft hat das meistens sehr wenig zu tun. Eines ihrer wichtigsten Symbole ist die Arpadenflagge – eine historische ungarische Flagge aus dem Mittelalter, welche jedoch durch die Pfeilkreuzler⁴⁰ negativ behaftet ist. Die Proteste dagegen wurden zu einer weiteren integrierenden Kraft im rechtsextremen Lager. Ein ebenso bedeutendes Symbol ist die territoriale Neuregelung nach dem Ersten Weltkrieg im Vertrag von Trianon. Trianon gilt als Grundpfeiler ihres Feindbildes, als Beweis für die Verschwörung und Ungerechtigkeit gegenüber Ungarn. Dementsprechend gilt der damalige „Verrat der ehemaligen Teilmölder“ auch als Rechtfertigung für eine irredentistische außenpolitische Auffassung, die eine Vereinigung aller Ungarn anstrebt.

Die effiziente Selbstorganisation der Rechtsextremen

Seit dem Herbst 2006 ist das traditionell heterogene rechtsextreme Lager die sich am dynamischsten organisierende politische Gemeinschaft, die heute über ein aktiveres gesellschaftliches Hinterland verfügt als die Parlamentsparteien. Dass ihre Mitglieder ihre radikalen politischen Bestrebungen in einem zivilen Gewand vortragen, zeigt nicht nur ihre antielitäre, ablehnende Haltung gegenüber der Parteienpolitik, sondern trifft damit auch eine Einstellung, die ein großer Teil der Gesellschaft teilt.⁴¹ Die Rechtsextremen schaffen sich eine alternative Öffentlichkeit, wobei sie explizit die modernen Kommunikationstechnologien nutzen und ihre Gemeinschaft vor allem über das Internet erreichen. Der alternativen Öffentlichkeit zufolge ist in den letzten Jahren auch eine alternative Kultur entstanden, die von Musik- und Kulturveranstaltungen über Buchladenketten bis zur Anfertigung von „nationaler“ Kleidung oder Gebrauchsgegenständen reicht. Es gibt sogar Unternehmen, die explizit ungarische Lebensmittel herstellen und vermarkten. Besonders hervorzuheben ist der so genannte „nationale Rock“, weil er Jugendliche leichter erreicht. Viele begegnen dadurch das erste Mal durch ihn zum rechtsextremem Gedankengut.

Die Ungarische Garde und die Besetzung der Romathematik

Den größten Erfolg erzielte die Jobbik mit der Thematisierung der Romafrage. Mit ihrer Kampagne gegen die von ihnen so genannte „Zigeunerkriminalität“ verstärkten sie die ethnischen Vorurteile sowie die Ängste bezüglich der öffentlichen Sicherheit, boten aber mit der Gründung der Ungarischen Garde auch eine „Lösung“ in ihrem Sinne an. Damit reagierten sie gleichzeitig auf die Romafeindlichkeit, auf die Ängste bezüglich der öffentlichen Sicherheit sowie auf das Misstrauen gegenüber den staatlichen Institutionen. Und obwohl die Garde die Lage überall, wo sie auftauchte, nur verschlechtert hat, erweckte die Jobbik dadurch bei vielen Wählern das Gefühl, dass nur sie Lösungen für ihre Probleme suche. Nach der Gründung der Ungarischen Garde stieg auch die Zahl der neu gegründeten Jobbik-Basisorganisationen an.⁴²

Die Jobbik-Wähler

Rechtsextremismus ist in Ungarn kein Unterschichten- oder Randgruppenphänomen. Bei den EP-Wahlen erreichte die Jobbik mit 427.773 Stimmen ein Ergebnis von 14,77%. Das Wichtige an diesem Ergebnis war, dass die Partei ihren Sympathisanten klar zeigen konnte, dass die für die Jobbik abgegebenen Stimmen keine verlorenen Stimmen sind. Bei den Parlamentswahlen 2010 konnte die Partei ihre Stimmen sogar verdoppeln. Der Kreis der rechtsextremen Unterstützer ist außerordentlich heterogen. Neben vielen anderen Schichten (auch vielen ehemaligen MSZP-Wählern) sind drei gesellschaftliche Gruppen unter den Jobbik-Anhängern überrepräsentiert.⁴³ Ein großer Teil der Jugendlichen empfindet die Politik mit ihren langweiligen Botschaften und berechenbaren Streitigkeiten als weit entfernt von ihrer Welt; sie spricht weder ihre Sprache noch über ihre Probleme. Die Jobbik hingegen mit ihrem „antipolitischen“, antielitären Auftreten, erfolgreichen Subkultur- und Trendsettingbestrebungen, einfachen, verständlichen, radikalen Botschaften und starken Symbolen erscheint viel attraktiver. Die Bevölkerung kleinerer Städte und Dörfer wurde von den etablierten Parteien vernachlässigt, weshalb die hier Lebenden in großer Zahl den Wahlen fernblieben. Die Jobbik fuhr eine entgegengesetzte Strategie und fokussierte genau auf die Probleme dieser Bevölkerungsschichten. Damit gelang es ihr neue, bisher passive Wählerschichten zu gewinnen. Bei der Bevölkerung der wirtschaftlich traditionell rückständigsten Komitate des Nordostens fand ihre Politik ebenfalls großen Anklang.

Bei den Wahlen 2009-2010 gelang es der Jobbik, das dezentralisierte rechtsextreme Netzwerk hinter sich zu vereinen. Diese Integration ist ein pragmatischer Kompromiss der Mehrheit der Rechtsextremen mit der Parteipolitik. Es ist jedoch fraglich, ob Jobbik als Parlamentspartei und somit als Teil des zuvor bekämpften Systems diese Integration aufrechterhalten kann, gerade in einem Parlament, in dem die Regierungspartei mit ihrer Zweidrittelmehrheit allein bestimmend ist und in ihrem ersten Halbjahr bereits mehrere Themen erfolgreich besetzt hat, die auch der Jobbik wichtig waren (Trianon-Gedenktag, Staatsbürgerschaft für die Auslandsungarn, Bankensteuer usw.). Die Regierungspartei steht durch ihr Wirken viel mehr im Fokus, sodass die Rechtsextremen in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund geraten sind. Das sollte jedoch niemanden täuschen, das Problem des Rechtsextremismus ist längst nicht gelöst, denn die Ursachen für ihr Erstarken sind keineswegs gebannt. Hier steht nun die Regierungspartei in großer Verantwortung, nicht nur weil sie durch ihre Politik und Rhetorik die Glut lange mitgenährt hat, aus der das Feuer des Rechtsextremismus entflammt ist. Vielmehr ist sie verantwortlich, weil nur sie die Möglichkeit hat, dieses Feuer wieder zu löschen. Die linksliberale politische Seite ist auf Jahre geschwächt, handlungsunfähig und diskreditiert. Der FIDESZ jedoch ist durch eine qualifizierte parlamentarische Mehrheit⁴⁴ legitimiert, verfügt also über die politische Durchsetzungskraft, um auf allen Gebieten, deren schlechter Zustand Nährboden für Populismus und Extremismus bietet, Änderungen zur Verbesserung zu initiieren.

Natürlich müssen auch mehr Impulse aus der Gesellschaft kommen. Nur ist es in einem Land, wo die Mehrheit im Sinne der Abhängigkeit von extrem unsicheren, wirtschaftlich ineffizienten und schlecht entlohnten Tätigkeiten dem „Prekariat“ zugerechnet werden kann⁴⁵ und sich längst an paternalistische Bevormundung gewöhnt hat, schwierig zu erwarten, dass sie sich einbringt. Umso größer ist die Verantwortung der Politik, ein gutes Beispiel zu geben, glaubhaft zu sein, auch um die gesellschaft-

liche Partizipation einfordern zu können und dies auch zu tun. In einem wirtschaftlich prosperierenden Land, in dem die Menschen Zukunftsperspektiven für sich sehen und nach/neben ihrer Arbeit Zeit und Kraft haben, sich um ihr Umfeld zu kümmern, werden extreme Populisten auch keine Chance haben. Ungarn ist allerdings zurzeit weit davon entfernt, ein solches Land zu sein. Dazu bedarf es einer wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung durch umfassende Reformmaßnahmen. Das fängt schon bei der politischen Denkweise an, wo mehr Platz für pragmatisches Denken eingeräumt werden sollte. Um nur ein Beispiel zu geben, die große nationale Tragödie der Ungarn – wenn man es so nennen will – ist nicht etwa Trianon, sondern die Lebensweise mit viel Alkohol, viel Rauchen und wenig Sport, wodurch die Lebenserwartung viel kürzer ist, als der EU-Durchschnitt.⁴⁶ Ein Grundübel der ungarischen staatlichen Politik, das es zu ändern gilt, ist ein praktisches Problem. Der Staat hat zu kleine Einnahmen und zu große Ausgaben. Die Einnahmeseite des Staatshaushalts muss durch ein gerechteres und transparenteres Steuersystem in Ordnung gebracht werden, genauso wie die Ausgabenseite durch strukturelle Reformen überarbeitet werden muss. Denn die großen Strukturen, wie das Gesundheits-, Bildungs-, oder Selbstverwaltungssystem, arbeiten ineffizient, so dass der Haushalt immer wieder aus dem Gleichgewicht kommt, weshalb dem Land und seinen Menschen immer aufs Neue ein Konsolidierungsprogramm auferlegt werden muss. Das führt zur ständigen Dynamik aus Erwartungen und Desillusionierung. Vielen Menschen fehlt dadurch das Erlebnis, dass das demokratische Ungarn ein berechenbares, sich entwickelndes Land ist, in dem es sich lohnt, in dem es ein gutes Gefühl ist, zu leben. Leider hat der FIDESZ sich in den letzten Jahren mit seiner fundamentaloppositionellen Politik selber große Fesseln angelegt, aus denen er sich nun auch in der Regierungsverantwortung nicht lösen zu können scheint. Es bleibt zu wünschen, dass er es schnell schafft und als erste Regierung den Mut findet – trotz des vorübergehenden Verlustes der Wählergunst – die große Aufgabe der Modernisierung Ungarns anzugehen. Denn wie der Dichter

Attila József es bereits vor langem sagte: „*Unsere gemeinsamen Angelegenheiten endlich zu richten, das ist unsere Arbeit; und das ist gar nicht wenig*“.⁴⁷

Anmerkungen

1. Der Name war ursprünglich die Abkürzung der 1999 von Universitätsstudenten gegründeten „Jobboldali Ifjúsági Közösség“, kurz Jobbik (Rechte Jugendgemeinschaft). 2003 bildete sich daraus die rechtsextreme Partei „Jobbik Magyarorszáért Mozgalom“ (Bewegung für ein besseres Ungarn). Der Name „Jobbik“ ist ein Wortspiel, da das Wort gleichzeitig „die Besseren“ und „die Rechteren“ bedeuten kann.
2. Laut Eurobarometer-Ergebnissen ist weniger als die Hälfte mit dem Leben allgemein zufrieden und deutlich weniger mit den nationalen politischen Institutionen. Damit gehört Ungarn zu den EU-Schlusslichtern. In: Europäische Kommission (Hg.) (2009): Eurobarometer 72. Herbst 2009. TNS opinion & social. (Standard-Eurobarometer, 72). URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_en.htm, letzter Zugriff: 17.01.2011, S. 12–13, 120–122.
3. Auch deren personelle Zusammensetzung blieb zu einem hohen Maße unverändert. In der ersten Legislaturperiode waren über 90% der Abgeordneten neu, 1998 waren es 50%, 2006 nur noch knapp 30%. In: Dieringer, Jürgen (2009): Ungarn in der Nachbeitrittskrise. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 29-30, S. 9.
4. Fricz, Tamás (1997): A népi-urbánus vita tegnap és ma. Budapest: Napvilág Kiadó-Scientia Human, S. 61.
5. Romsics, Ignác (2004): Rendszerváltás és az elitek. In: Rubicon, H. 5-6, S. 101–105.
6. Romsics, Ignác (2001): Magyarország története a XX. században. Budapest: Osiris, S. 558.
7. Gimes, Gergely; Juhász, Attila; Kiss, Kálmán; Krekó, Péter (2009): Látlelet 2009. Kutatási összefoglaló a hazai szélsőjobboldal megerősödésének okairól. Budapest: Political Capital Policy Research and Consulting Institute, S. 16.
8. Das Links-Rechts-Schema ist jedoch weder in ökonomischer, noch sozialer Sicht wirklich brauchbar. MSZP = Ungarische Sozialistische Partei (Magyar Szocialista Párt) ging nach der Wende aus der bisherigen Staatspartei, der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei hervor und beschreibt sich seitdem als sozialdemokratisch. An der Regierung mit dem SZDSZ: 1994-1998 und 2002-2008, in der Minderheitsregierung 2008-2010. SZDSZ = Bund Freier Demokraten (Szabad Demokraták Szövetsége) 1988 gegründete liberale Partei, 1994-1998 und 2002-2008 Mitglied in der Regierungskoalition. Seit 2010 ist sie nicht mehr im Parlament vertreten und weitgehend bedeutungslos. FIDESZ = FIDESZ – Ungarischer Bürgerbund, (FIDESZ – Magyar Polgári Szövetség), eine rechte Partei mit nationalkonservativer Ausrichtung. 1988 gegründet unter dem Namen „Bund Junger Demokraten“ (FIDESZ = Fiatal Demokraták Szövetség). 1998-2002 an der Regierung mit zwei nicht mehr im Parlament vertretenen rechten Parteien. Aktuelle Regierungspartei mit einer 2/3-Mehrheit.
9. Gimes u.a. 2009, S. 14-15.
10. Ebd., S. 21.
11. Ebd., S. 23.
12. Dieringer, Jürgen (2009): Ungarn in der Nachbeitrittskrise. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 29-30, S. 10.
13. Giczi, Johanna; Sík, Endre (2009): Bízalom, társadalmi tőke, intézményi kötődés. In: Tóth, István György (Hg.): Társadalmi jelentés 2009. Budapest: Társadalmi Zrt., S. 70.
14. Gimes u.a. 2009, S. 23–24.
15. Ebd., S. 24.
16. Der Prozess wegen der Verwüstung des Fernsehgebäudes (2006) dauerte z. B. drei Jahre.
17. Gimes u.a. 2009, S. 42.
18. Ebd., S. 45.
19. Inotai, András (2009): Die globale Krise und Ungarn. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 29-30, S. 20.
20. Ebd., S. 20.
21. Zwei Kriminalfälle mit Beteiligung von Roma, die großes Aufsehen erregten.

22. Gimes u.a. 2009, S. 48.
23. Ebd., S. 52.
24. Csizmadia, Ervin (2002): A demokratizálódás szakaszai és a magyar demokrácia 2002 tavasza után. In: Magyarország politikai évkönyve, Jg. 15, H. 1, S. 158-169.
25. Ehrke, Michael (2007): Länderanalyse Ungarn: Strukturen eines postkommunistischen Transformationslandes. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Internat. Politikanalyse Abt. Internat. Dialog, S. 11.
26. Ebd., S. 10.
27. Ebd., S. 10.
28. Bayer, József (2002): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 31, H. 3, S. 270.
29. Buják, Attila; Jolsvai, András; Mészáros, Tamás; Trencsényi, Dávid (2006): Redakció. Radikális jobboldal. In: 168 Óra Online, 11.09.2006. URL: <http://168ora.hu/cikk.php?id=6200>, letzter Zugriff: 10.01.2011.
30. Der aktuelle Jobbik-Vorsitzende Gábor Vona wurde auf Einladung von Viktor Orbán Mitglied in dessen Bürgerkreis „Bund für die Nation“ (Szövetség a Nemzetért Polgári Kör). 2003 trat er wieder aus.
31. Barlai, Melani; Hartleb, Florian (2008): Ungarischer Populismus und Rechtsextremismus. Ein Plädoyer für die Einzelfallforschung. In: Südosteuropa Mitteilungen, H. 4, S. 38.
32. Ehrke 2007, S. 13.
33. Ebd., S. 9.
34. Ebd.
35. Gimes u.a. 2009, S. 55.
36. Ebd., S. 57.
37. Ebd., S. 57.
38. Rede von Viktor Orbán am 7. Mai 2002. Vgl. [Orbán, Viktor] (2002): Orbán Viktor beszéde 2002. május 7-én a budapesti Dísz téren. „Meglehet, pártjaink és képviselőink az országgyűlésben ellenzékben vannak, de mi, akik itt vagyunk a téren, nem leszünk és nem is lehetünk ellenzékben, mert a haza nem lehet ellenzékben. Legfeljebb egy kormány kerülhet ellenzékbe saját népéhez képest, ha feladja a nemzet céljait.“. Herausgegeben von The Open Society Archives. URL: <http://www.osaarchivum.org/pka/gondola.hu.orban.html>, letzter Zugriff: 12.01.2011.
39. Gimes u.a. 2009, S. 59–60.
40. Nationalsozialistische Partei im Ungarn der 1930er und 1940er Jahre. Nach ihrer Machtübernahme im Oktober 1944 unter anderem für den Tod mehrerer hunderttausend Menschen verantwortlich, vor allem Mitbürger jüdischer Abstammung.
41. Gimes u.a. 2009, S. 63.
42. Ebd., S. 68-69.
43. Ebd., S. 76.
44. Zweidrittelmehrheit (68,14% = 263 aus 386 Sitzen) im Parlament. Allerdings bei einer niedrigen Wahlbeteiligung von 64,38%. In: Ergebnisse der Parlamentswahl 2010. URL: <http://index.hu/belfold/2010/valasztas/eredmenyek/2/vegeredmeny/>, letzter Zugriff: 12.01.2011.
45. Ehrke 2007, S. 8
46. Gerő, András: Hiány. Megbetegít a magyar civilizáció. In Népszabadság, 03.07.2010. URL: <http://nol.hu/belfold/20100703-hiany>, letzter Zugriff: 15.01.2011.
47. Originaltext: „s rendezni végre közös dolgainkat, ez a mi munkánk; és nem is kevés.“ József, Attila: A Dunánál (1936) (Übersetzung des Verfassers).

Literaturverzeichnis

[Orbán, Viktor] (2002): Orbán Viktor beszéde 2002. május 7-én a budapesti Dísz téren. Herausgegeben von The Open Society Archives. URL: <http://www.osaarchivum.org/pka/gondola.hu.orban.html>, zuletzt geprüft am 12.01.2011.

Ergebnisse der Parlamentswahl 2010. URL: <http://index.hu/belfold/2010/valasztas/eredmenyek/2/vegered->

meny/, letzter Zugriff: 12.01.2011.

Barlai, Melani; Hartleb, Florian (2008): Ungarischer Populismus und Rechtsextremismus. Ein Plädoyer für die Einzelfallforschung. In: Südosteuropa Mitteilungen, H. 4, S. 34–51.

Bayer, József (2002): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 31, H. 3, S. 265–280.

Buják, Attila; Jolsvai, András; Mészáros, Tamás; Trencsényi, Dávid (2006): Redakció. Radikális jobboldal. In: 168 Óra Online, 11.09.2006. URL: <http://168ora.hu/cikk.php?id=6200>; <http://168ora.hu/podcast/6200.mp3>, zuletzt geprüft am 10.01.2011.

Csizmadia, Ervin (2002): A demokratizálódás szakaszai és a magyar demokrácia 2002 tavasza után. In: Magyarország politikai évkönyve, Jg. 15, H. 1, S. 158–169.

Dieringer, Jürgen (2009): Ungarn in der Nachbeitrittskrise. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 29-30, S. 6–11.

Ehrke, Michael (2007): Länderanalyse Ungarn: Strukturen eines postkommunistischen Transformationslandes. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Internat. Politikanalyse Abt. Internat. Dialog.

Europäische Kommission (Hg.) (2009): Eurobarometer 72. Herbst 2009. TNS opinion & social. (Standard-Eurobarometer, 72). URL: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_en.htm, letzter Zugriff: 17.01.2011.

Fricz, Tamás (1997): A népi-urbánus vita tegnap és ma. Budapest: Napvilág Kiadó-Scientia Human.

Gerő, András (2010): Hiány. Megbetegít a magyar civilizáció. In: Népszabadság, 03.07.2010. URL: <http://nol.hu/belfold/20100703-hiany>, zuletzt geprüft am 10.01.2011.

Giczi, Johanna; Sík, Endre (2009): Bizalom, társadalmi tőke, intézményi kötődés. In: Tóth, István György (Hg.): Társadalmi Európai társadalmi jelentés 2009. Budapest: Társi Zrt., S. 65–84.

Gimes, Gergely; Juhász, Attila; Kiss, Kálmán; Krekó, Péter (2009): Látélet 2009. Kutatási összefoglaló a hazai szélsőjobboldal megerősödésének okairól. Budapest: Political Capital Policy Research and Consulting Institute.

Inotai, András (2009): Die globale Krise und Ungarn. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 29-30, S. 18–25.

Romsics, Ignác (2001): Magyarország története a XX. században. Budapest: Osiris.

Romsics, Ignác (2004): Rendszerváltás és az elitek. In: Rubicon, H. 5-6, S. 101–105.

t Budapest: Társi Zrt.

Kornel Keller studierte Germanistik und Osteuropastudien an der Universität Szeged und an der Freien Universität Berlin. Er war Stipendiat des Deutschen Bundestages und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bis 2009 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die Themen Minderheitenpolitik, Nationalismus, Transformation, europäische Integration u.a.



Zwischen Zuspruch und Widerstand: Ostmitteleuropas Umgang mit dem Rechtspopulismus

(Nenad Stefanov)

Zwischen Demokratie und Nationalismus: Der Beginn des ostmitteleuropäischen Transformationsprozesses aus der Perspektive Jugoslawiens

Die tiefgreifenden Umbrüche und Veränderungen, die mit dem Jahr 1989 einsetzten, haben sich mittlerweile über die Bundesrepublik Deutschland hinaus im Bild des Falls der Berliner Mauer verdichtet. Europaweit symbolisiert der Fall der „Berlin Wall“ – „mur berlinki (pol.)“ all das, wofür das Jahr 1989 steht: den Zusammenbruch einer autoritären Herrschaftsform, die Überwindung nationaler und europäischer Teilung. Vor allem aber steht er für den unerwarteten Erfolg demokratischer Bürgerbewegungen gegen autoritäre Regime.

Der Fall der Berliner Mauer schloss als Symbol darüber hinaus für die Zeitgenossen in Europa auch die Demokratisierungsprozesse in Staaten wie Polen ein, die sich schon seit fast einem Jahrzehnt vor dem Mauerfall angebahnt hatten. Diese gaben umgekehrt starke und wichtige Impulse für die Demokratiebewegung in der DDR, sowie in den übrigen Staaten des „Warschauer Paktes“.

Zugleich aber bedeutete das Jahr 1989 für Teile Europas jedoch nicht den Triumph demokratischer Bewegungen, sondern den Beginn von Zerstörungen. Die Verheißungen von 1989: Freiheit und Demokratie, lösten sich für die Bürger des ehemaligen Jugoslawiens nicht ein. Dieses Jahr wurde zum Ausgangspunkt einer neuen nationalistischen Dynamik, die in einen Krieg um „ethnisch reine“ Territorien mündete.

Hier sollen die Entwicklungen, die im Jahr 1989 einsetzten, vermittelt über die Begriffe Freiheit und Demokratie fokussiert werden. Über die „jugoslawische Erfahrung“ wird das Ambivalente in den eu-

ropäischen Konstellationen des Jahres 1989 in den Blick genommen. Jene Prozesse, die zunächst im Schatten der Erfolgsgeschichte von Demokratisierung und der Überwindung der europäischen Teilung blieben, doch spätestens seit Ende der neunziger Jahre in den europäischen Gesellschaften präsent wurden: das Wechselverhältnis zwischen sozialer Krisenerfahrung und Populismus; die neuerliche Karriere religiöser und ethnonationaler Intoleranz; die prekäre Beziehung zwischen nationalstaatlichem Primat in der politischen Praxis und dem europäischen Einigungsprozess.

Der Kulturanthropologe Ivan Čolović weist darauf hin, dass sich der in den 1990er Jahren dominante Kult des Volkes in Serbien gerade in jener Phase entwickelte, in der sich in anderen Gesellschaften Osteuropas Demokratisierungstendenzen immer deutlicher zeigten. Allerdings wird in allen Demokratisierungsbestrebungen im östlichen Europa ein eminenter Stellenwert des Wortes „Volk“ in der politischen Rhetorik sichtbar. In Polen begriff sich die Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* ebenso als eine nationale Bewegung. In den baltischen Staaten schließlich ging es um die Emanzipation von der Sowjetunion unter nationalen Vorzeichen. Prägnant kam diese Beziehung vor allem in der DDR im Slogan „Wir sind das Volk“ zum Ausdruck, der sich von den ersten Leipziger Montagsdemonstrationen an, zunehmend im Dezember 1989 (manifest beim Besuch des Bundeskanzlers Helmut Kohl in Dresden) in „Wir sind ein Volk“ wandelte. Blickt man aus größerer Distanz auf die Ereignisse in Osteuropa um das Jahr 1989, so scheinen keine großen Unterschiede zwischen den Prozessen in Polen, der DDR oder in Jugoslawien zu bestehen, da in der po-

litischen Rhetorik Volk und Nation überall Schlüsselemente zu sein schienen. Ein flüchtiger Blick in die Nachrichtensendungen jener Zeit gibt Bilder frei auf demonstrierende Menschenmengen – ob in Warschau, Riga, Leipzig oder aber in Belgrad, Titograd und auf dem Amsfeld. Letzterer Ort mag allerdings tatsächlich auf eine spezifische Differenz verweisen, welche die Demonstrationen in Serbien insbesondere von jenen in anderen Teilen des östlichen Europa unterscheidet.

Zwei Jahre später schien sich diese Differenz zu verfestigen: Während Polen oder Ostdeutschland unter jeweils spezifischen Bedingungen in eine schwierige Phase gesellschaftlicher Veränderungen und eines grundlegenden politischen Umbruchs eintraten, wurde der flüchtige Fernsehzuschauer aus Belgrad mit Bildern von Panzerkolonnen auf den Straßen der jugoslawischen Hauptstadt konfrontiert, die einige Monate später das Bild von Verwüstung und Zerstörung in weiteren Teilen der ehemaligen jugoslawischen Föderation dominierten.

Ausgerechnet in jenem Land, das für viele osteuropäische Dissidenten bis Mitte der siebziger Jahre ein wichtiger Bezugspunkt in ihren Diskussionen über Demokratie war, für viele Bürger der realsozialistischen Staaten neidvoll beobachteter Ort, von dem nach Osten, aber vor allem in den Westen gereist werden konnte – ausgerechnet in diesem Land bedeutete 1989 den Beginn eines Jahrzehntes von Krieg und Zerstörung.

Auch der flüchtige Blick kann keinen Zusammenhang zwischen den Spektakeln von Massendemonstrationen Ende 1989 schaffen, die eine Art gemeinsamer Folklore Osteuropas zu sein schienen, und dem Beginn des Krieges in Jugoslawien. Beides muss offenbar grundlegend voneinander getrennt werden: die Demokratiebewegungen im östlichen Europa und der Nationalismus in Jugoslawien, die als genuin verschiedene Phänomene erscheinen. Jedoch ist die Frage zu stellen, ob es zwischen Nationalismus und Demokratie, den Prozessen in Serbien und in den anderen Gesellschaften Osteuropas im Jahre 1989 dennoch Querverbindungen gibt.

Dieser Frage will dieser Aufsatz nachgehen, indem er sich vor allem mit der Begrifflichkeit auseinandersetzt, in der in einem bestimmten Teil der Belgrader Intellektuellenszene Nation, Demokratie und Freiheit verhandelt wurden, um eine Antwort auf die Frage geben zu können, inwieweit und worin sich die Entwicklung in Serbien und Jugoslawien von jener in den anderen Gesellschaften unterscheidet. Es versteht sich, dass der gesellschaftliche Gesamtprozess der Dynamik von Gewalt und Krieg kaum auf das Wirken von einigen Intellektuellen reduziert werden kann, und in dieser Hinsicht noch ganz andere Akteure für eine Analyse hinzuzuziehen sind. Allerdings ist eine Analyse der genannten Begriffe Voraussetzung, um zu erschließen, was jeweils unter Demokratie und Freiheit begriffen wurde. Auf dieser Grundlage können dann die jeweils für bestimmte Gesellschaften charakteristischen Konstellationen von Nationalem und der Ausrichtung auf universale Normen beschrieben werden. In der Wahrnehmung dessen, wofür „der Westen“ bzw. Westeuropa stehen, ergab sich bei einer Reihe von oppositionellen Intellektuellen eine Differenzierung zwischen den normativen Grundlagen und dem Prinzip „Wirtschaftsliberalismus“ sowie dessen inhärenter Profitgier, welche die normativen Grundlagen wiederum in Frage stellen und zunehmend schwächen. Die Diskussionen Anfang der siebziger Jahre zwischen den oppositionellen Intellektuellen (zwischen jenen der Neuen Linken und jenen, die sich auf „das Volk“ fokussierten) zeigten, dass in keinem Augenblick die westliche Tradition der Aufklärung schlicht verworfen wurde. Die Darstellung der Probleme der jugoslawischen Gesellschaft entsprach vielmehr in wesentlichen Linien jenem Jargon der Gesellschaftskritik, wie sie in bestimmten Strömungen der Linken in Westeuropa in den siebziger und achtziger Jahren gegenwärtig war. Solchem Universalismus verpflichtet, kritisierte der Philosoph Mihailo Marković die zunehmende Stärkung der jugoslawischen Republiken gegenüber den Bundesinstitutionen, die mit der Verfassung von 1974 bekräftigt wurde. Nicht nur, dass die Umsetzung der Selbstverwaltung mit der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente gescheitert sei, die Atomisierung des jugoslawischen Wirtschaftsraumes und der Machtzuwachs der na-

tionalen Bürokratien verhinderten nach Marković jede Art einer gesamtjugoslawischen Demokratisierung. Undemokratisch sei vor allem die Tatsache, dass Serbien gegenüber den übrigen Republiken mit der Verfassung von 1974 benachteiligt werde, da es in drei administrative Einheiten zersplittert worden wäre. Dieses Problem gewann in den Arbeiten von Marković vor allem seit Beginn der achtziger Jahre zunehmende Bedeutung. Eine Polemik mit Kollegen und Mitstreitern aus der Praxis-Gruppe, die sich zwischen 1986 und 1988 abspielte¹, zeigte allerdings deutlich eine Akzentverschiebung in Markovićs Verständnis von Demokratie.

Es kam zu einer Verlagerung des Schwerpunktes in der Forderung nach Gleichberechtigung und Emanzipation von einem universalen Prinzip hin auf den serbischen Nationalstaat als Grundlage für eine weitere Demokratisierung. Demokratie wurde nun von Marković zunehmend national gefasst, auch wenn der ehemalige Praxisphilosoph sich weiterhin in einem linken universalistischen Zusammenhang verortete. 1988 sah er die Wiedererrichtung der Souveränität des serbischen Staates als Ergebnis einer genuin demokratischen Bewegung, die nur von den Ignoranten in Slowenien als „nationalistisches Wüten“ (Marković, 1988) beschimpft werde. Die Konstituierung eines souveränen serbischen Staates sei für alles Übrige ausschlaggebend:

„Es ist richtig, dass man die Souveränität des Demos und die Souveränität der Republiken unterscheiden muss. Das erste ist eine utopische Forderung, die noch nirgends auf der Welt verwirklicht worden ist. [...] Die Souveränität des Staates ist ein Ergebnis der modernen Welt und darauf gründen auch die UNO und das internationale Recht. Beide schützen nicht die Souveränität des Volkes, sondern die des Staates.“ Natürlich setze auch er sich für die Souveränität der Bürger ein, „doch wir sind noch nicht auf dieses zivilisatorische Niveau gelangt, wo bestimmte Menschenrechte garantiert wären, deshalb ist die Souveränität des Staates notwendig, welche die systematische Aggression durch ein fremdes Volk verunmöglicht, die syste-

matische Missachtung von Menschenrechten, die schon die Formen des Genozids annimmt. Hierin unterscheiden wir uns erheblich“ (Marković 1988, S. 309).

Der serbische Nationalstaat war für Marković nun die Perspektive, aus der über Demokratie und Freiheit reflektiert wird, die auch die Wahrnehmung des Westens in dem sich anbahnenden jugoslawischen Konflikt prägen wird. Trotz des beständigen Rekurses auf universale Werte wird Demokratie vor allem im nationalen Rahmen gedacht. Freiheit ist zunächst die Gewährleistung der Sicherheit der serbischen Nation, ihr Schutz gegen „Bedrohungen durch fremde Völker“.

Der weithin populäre Schriftsteller Dobrica Ćosić, ein Gesprächspartner Markovićs in dieser Zeit, pointierte solche Ethnisierung universaler politischer Kategorien. Nicht nur, dass Serbien bestimmte liberale Ideen rezipiert hätte, Ćosić ging noch einen Schritt weiter: Diese seien in serbischen Volkseigenschaften gleichsam vorbewusst angelegt. Das serbische Volk zeichne ein unwillkürliches und natürliches Freiheitsstreben aus, das es in diesem Jahrhundert in verhängnisvolle und tragische Situationen gebracht habe (Ćosić 1988, 193).

Für Ćosić und Marković war die Konstellation in dem sich zuspitzenden Konflikt zwischen den jugoslawischen Republiken in diesem Kontext eindeutig: auf der einen Seite das freiheitsliebende, gleichsam naturwüchsig demokratische serbische Volk, auf der anderen Seite die Bedrohung durch fremde Völker, die antiuniversalistisch, antisäkular und partikularistisch orientiert waren. Damit war die Ethnisierung politischer Begrifflichkeit vollendet: Demokratisch oder antidemokratisch waren seit diesem Zeitpunkt mithin genuine Volkseigenschaften.

Mihailo Marković hielt auch in den 1980er Jahren an seiner Kritik der Zerstörung des Selbstverwaltungssystems fest. Unverändert sind die Beschreibungen und Kritik aus den Diskussionen der siebziger Jahre erhalten geblieben. So entwarf Marković vom jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus

ein idyllisches Bild bis 1965, als Wettbewerb und Befugnisse der Direktoren erweitert wurden. Von diesem Zeitpunkt an sei es laut Marković zu einer Symbiose von Bürokratismus und eigentlich überwundenen liberalistischen Elementen gekommen. Marković konturierte eindeutig seine Vorstellung einer sozial solidarischen Gemeinschaft: Die DDR sei ein Modell für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa, die sich Serbien zum Vorbild nehmen könne.²

Beide Konzeptionen, die einer homogenen nationalen und die einer homogenen sozialen Gemeinschaft, welche die zerstörerische Macht von Geld und Ware bannen sollten, laufen Ende der achtziger Jahre in einem spezifischen *Serbian Way of Life* zusammen. Die soziale Gemeinschaft geht in der nationalen auf, wie es Ivan Čolović angesichts der Arbeiterdemonstrationen zu jener Zeit beschreibt: „Sie kamen als Arbeiter und gingen als Serben auseinander“. Demokratie und Freiheit sind in diesem Selbstverständnis mithin zu Volkseigenschaften geworden.

In der Berichterstattung in den serbischen Medien über die eintretenden Veränderungen zunächst in Polen im April 1989 und später die Proteste in der DDR wurden diese mithin als eine Fortsetzung der eben angedeuteten „Verwandlung“ von Arbeitern in Serben interpretiert, die sich auf den vielen Demonstrationen vollzog, die unter dem Slogan „Meetings der Wahrheit – Mitinzi Istine“ 1988 und 1989 stattfanden. Es handelte sich dabei um eine eigentümliche Mischung aus spontanem Protest und dessen Kanalisierung in Bahnen, welche Milosevic nutzen sollten. Zu Hunderttausenden versammelten sich empörte Bürger auf den Plätzen der Städte, um gegen die Benachteiligung der Serben im Kosovo und die wirtschaftliche Krise zu protestieren. Arbeiter und Angestellte aus den Betrieben wurden abgeholt, zu den Plätzen gebracht und anschließend wieder eingesammelt. Die Partei wirkte auf alle spontanen Impulse von Sozialprotest zwischen 1987 und 1989 ein, jegliche Eigeninitiative sollte unterbunden werden; die Partei nahm vielmehr die Impulse zu Protesten auf und „leitete sie um“.

Unter dem Druck der Menge traten die Parteifüh-

rungen in Novi Sad und Titograd zurück. Das Volk fordere Gerechtigkeit, und die Funktionäre beugten sich diesem Verlangen: Etwa in dieser Form vollzog sich die mediale Vermittlung der Umstürze. Dass es dabei zu keinen grundlegenden Veränderungen kam, sondern lediglich andere Funktionäre ihre bisherigen Kollegen und Genossen ersetzen, wurde nicht weiter kommentiert. Inhalte und Formen der Proteste, die Akteure, deren Selbstverständnis bedurften ebenso keiner eingehenden Analyse.

Zugleich erschienen vor diesem Hintergrund die Medien auch nicht verunsichert von der Frage, wie sie die einschneidenden Veränderungen in Polen ihren Zuschauern und Lesern vermitteln sollten. Ansetzend mit der Berichterstattung über die Einrichtung des Runden Tisches im Februar 1989, über dessen erfolgreiche Beschlüsse im April bis hin zu den Demonstrationen in Leipzig, der Maueröffnung und schließlich der Vereinigung der beiden deutschen Staaten – dominierte in der einflussreichen Belgrader Tageszeitung *Politika* eine wohlwollende Beschreibung.

Polen zeigt anschaulich den Versuch einer „ausgewogenen Berichterstattung“, nicht um der Objektivität willen, sondern um zu vermeiden, dass die vollständige Delegitimierung der kommunistischen Parteien in Polen und später in der DDR auch auf die serbischen Verhältnisse übertragen werden könne. So wurde die Ankündigung eines Runden Tisches in Polen mit Vertretern der *Solidarność* in der *Politika* als richtige und weise Entscheidung beider Seiten, sowohl der Gewerkschaft *Solidarność*, als auch der polnischen Arbeiterpartei (PURP), begrüßt. Der einflussreiche Kommentator Aleksandar Prlja wertete dies als Beleg, dass beide Seiten die nationale Verantwortung ernst nähmen. „Wir sind alle Polen“, ein Spruch Lech Wałęsas aus dem Jahre 1981 – und damit nationale Solidarität –, galt Prlja als entscheidendes Kennzeichen für die Einrichtung des Runden Tisches. Beiden gebühre dafür ein großer Verdienst: Die herrschende „Arbeiterpartei“ habe erkannt, dass ihre Geringschätzung und Verachtung von Lech Wałęsa und der *Solidarność* ein schwerer Fehler gewesen sei. Lech Wałęsa hinge-

gen wurde gewürdigt, da er „in dem gegenwärtigen Augenblick der Versuchung angesichts des persönlichen Erfolges dennoch realistisch erklärte, dass der Platz der polnischen Arbeiterpartei PURP im politischen Leben Polens der zentrale Platz sei“ (Politika 9.2.1989, S. 2). Prlja betonte nachdrücklich, dass es Wałęsa keinesfalls um einen Systemwechsel gehe, sondern die „plebiszitäre Unterstützung Wałęsa zu gemäßigten Forderungen nötige“ (Politika 9.2.1989).

Solche Ausgewogenheit bestimmte ebenso wie die Würdigung der Ergebnisse des Runden Tisches die Titelseite der Politika am 8. April: Während die linke Spalte der Titelseite den Ereignissen im Kosovo gewidmet war, feierte die rechte Spalte die „triumphale Rückkehr der Solidarność“. Wieder dominierte die Einschätzung, diesmal des Warschauer Korrespondenten, dass beide Seiten große Verdienste an diesem „historischen Ereignis“ hätten. Zunächst habe sich die Solidarność durch ihre Beharrlichkeit und Courage ausgezeichnet. Vor allem aber würdigte der Kommentator in aller Ausführlichkeit die PURP für ihre besonnene und rationale Politik. Allein, es kam dieses Mal zu einer leichten Akzentverschiebung. Während Prlja in seinem Kommentar zwei Monate zuvor noch davon gesprochen hatte, dass es sich um keine grundlegende Umgestaltung des herrschenden Systems handele, faszinierten nun den Kommentator die „Ausmaße einer politischen und ökonomischen Demokratisierung, welche die kühnsten Erwartungen übertroffen“ habe (Politika 8.4.1989, S.1). Damit die Phantasie der Leser über den Inhalt solcher kühnsten Erwartungen nicht allzu sehr angestachelt würde, stellte der Korrespondent I. Marinkovic gegen Ende seines Berichtes fest, dass beide Seiten dabei trotz gewisser Vorbehalte sehr ernsthaft auch über die Einführung von Elementen der Selbstverwaltung nach jugoslawischen Vorbild verhandelt hätten: „Es wurde sogar beschlossen, dass Selbstverwaltungsorgane auch in privaten Firmen etabliert werden“.

Bei der dynamischen Entwicklung in der DDR im Spätsommer und Herbst 1989 wurde insgesamt in der Presse das Bild vermittelt, es handle sich um ein überholtes „stalinistisches“ Regime, gegen das die

Bürger der DDR berechtigt protestierten. Ausführlich wurde beispielsweise über den brutalen Polizeieinsatz in Berlin berichtet. Gegen Ende des Monats Oktober befasste sich die Zeitung detaillierter mit den Ereignissen in Ostdeutschland. So befand die Politika in Anlehnung an den Spruch des „Sich-Ereignen des Volkes – Događanja Naroda“,³ dass es nun auch in der DDR zum „Erwachen des Volkes – buđenje Naroda“ gekommen sei: „Das Volk hat – so hat es den Anschein – die gesamte Struktur des stalinistischen Systems erschüttert, und alle Organisationen und Institutionen suchen nach neuen Formen und Inhalten der Arbeit – die SED, wie auch die Regierung und das Parlament“ (Politika 29.10.1989, S. 1). In dieser Einschätzung deutete sich an, dass die Entwicklung nun als eine weit offenere beurteilt wurde und nicht mehr in der politischen Terminologie eingehegt werden konnte, wie es noch bei den Berichten über den Runden Tisch in Polen der Fall gewesen war.

Während Medien wie die Tageszeitung Politika die Veränderungen in Osteuropa immer wieder auch mit stillschweigenden Revisionen früherer Einschätzungen begleiteten, und es sich zeigte, dass es sich dabei um irreversible grundlegende Veränderungen handelte, dominierte bei Intellektuellen wie Mihailo Marković ein anderer Zugang. Der hier anhand der Reflexionen von Ćosić und Marković dargestellte Kreis von Intellektuellen reagierte überaus zurückhaltend auf die Dynamik der Veränderungen in Osteuropa und wurde davon nicht mitgerissen, geschweige denn hingerissen.

Dabei kristallisierten sich zwei Wahrnehmungsformen heraus, eine historisierende und eine aus der Perspektive des traditionellen Marxismus. Zahlreiche – auch undogmatische – Marxisten nicht nur in Jugoslawien waren auf Anhieb zunächst skeptisch gegenüber den Veränderungen in Osteuropa. Die Reaktionen von Marković können als stellvertretend für eine solche Wahrnehmung innerhalb eines Teiles der Linken auch in der Bundesrepublik gesehen werden. Allerdings mit einem unverwechselbaren Akzent bei Marković, der in seiner Einschätzung des epochalen Charakters der Mitinzi Istine bestand:

Einen Monat nach dem ersten Höhepunkt des Beginns der Umbrüche mit dem Fall der Mauer sprach Mihailo Marković davon, dass sich nun Unvorstellbares ereigne. Allerdings ist Ungewöhnliches dabei vor allem in Montenegro geschehen. Nachdem Marković kurz die Entwicklungen in der Sowjetunion, Polen und Ungarn angedeutet hatte, kam der Philosoph zu dem vorläufigen Schluss: „Wahrscheinlich war das ungewöhnlichste Ereignis, ohne Vergleichbares in der Weltgeschichte, die friedliche Absetzung der kompletten Führungen in zwei föderalen Einheiten, in der Vojvodina und in Montenegro (Marković 17.11.1989). Es handelte sich dabei um den Versuch einer Einordnung aus der Perspektive eines Intellektuellen, der sich der SPS angeschlossen hatte. Im Einklang mit der offiziellen Linie der Berichterstattung in der *Politika* war dabei allein die gewährte Äquidistanz gegenüber den Entwicklungen in Osteuropa.

In seinen Überlegungen zum „Sinn der Geschehnisse in Osteuropa“ relativierte Marković jenes in den Berichten der Tagespresse sichtbare Staunen über den fundamentalen Charakter der Veränderungen. Zunächst schickte Marković voraus, dass die sozialistischen Staaten eine erfolgreiche Sozialpolitik vorzuweisen hätten. Allerdings, so schränkte er ein, geführt von Eliten, die nicht begriffen, dass eine Demokratisierung notwendiger Bestandteil des Strebens nach Gerechtigkeit sei. Es sei demnach ein politisches Versagen der Staatseliten, keineswegs aber eine soziale Krise, welche die Erschütterungen hervorgerufen habe (Marković 17.11.1989). Dieser Hinweis war insofern von großer Bedeutung, als dass Marković als Chefideologe der SPS die realsozialistische Variante des Wohlfahrtsstaates als dauerhafte Errungenschaft betrachtete, die nun um erweiterte Partizipationsmöglichkeiten zu ergänzen sei. So hatte Marković auch dafür plädiert, nicht Parteien nach „bürgerlichem Vorbild“ einzuführen, sondern Interessengemeinschaften auf der Basis einer, wie er es nannte, „integralen Selbstverwaltung“ innerhalb der schon bestehenden Organisation des SSRNJ. In dieser Konsequenz lautete die zentrale Bewertung der gesellschaftlichen Veränderungen in Europa 1989, dass es sich nicht um den Zerfall von Staaten oder des Systems handele,

sondern um Reformen und Reform und strukturelle Korrektur (Marković 17.11.1989). Da die Mauer 1961 als Maßnahme gegen den Braindrain gebaut worden sei, sei auch der Fall eingeplant gewesen, mit dem Ende des Braindrain die Mauer wieder abzubauen (Marković 17.11.1989). Die Mauer geriet in dieser Wahrnehmung zu einem Lenkungsinstrument der Sozialpolitik der DDR.

Milorad Vučelić übernahm an zentraler Stelle des Themenschwerpunktes des NIN⁴ zu den Umwälzungen im Oktober 1989 die Einschätzung von Marković, dass es sich letztlich weniger um letzteres als vielmehr um eine Feinjustierung des Systems handele. Den „Öffentlichkeitsarbeitern“ der SPS ging es vorrangig darum, die Veränderungen in Osteuropa in den serbischen/jugoslawischen Rahmen einzupassen: Es sollte alles anders sein als zuvor, jedoch nicht um den Preis einer grundlegenden Infragestellung des Bestehenden (Vučelić 1989). Die SPS stand paradigmatisch für diese Ausrichtung, indem sie die „Mitinzi istine“ als Neuanfang und Aufbruch inszenierte, an den Herrschaftsstrukturen jedoch nichts änderte.

„Auf den Trümmern der Berliner Mauer wächst ein merkwürdiges Paradox heran. Für viele ist die Mauer ein Symbol für die Zerstörung des Sozialismus. Doch gleichzeitig ist in ganz Europa allenthalben der Ausruf zu hören: Der Sozialismus ist tot – es lebe Gorbatschow! Der Funke, der das Feuer der tiefgreifenden Reformen entzündet hat. Die Welt, die von Stalin massakriert wurde, unter Breschnjew einging, ist nun unter Gorbatschow zu neuem Leben erwacht.“ (Vučelić 1989)

Diese Beschreibung des vormaligen hohen Funktionärs Milorad Pečujlić bildet das Verhältnis zum Umbruch von 1989 prägnant ab: Wesentliches sollte nicht in Frage gestellt werden – und vor allem war der Chef der sowjetischen KP der entscheidende Protagonist dieser Veränderungen. Gleichwohl wurde diese Darstellung immer begleitet von der Feststellung, dass es bisher ein autoritärer Sozialismus gewesen sei, der insbesondere die entwickeltesten Gesellschaften in Mitteleuropa zurückgeworfen habe (Vučelić 1989).

Allerdings existierte auch eine ganz andere Wahrnehmung von Demokratie und Freiheit, die sich aus dem Rahmen gelöst hatte, den der Bund der Kommunisten in den einzelnen Republiken vorgab. Im Februar/März gründete sich in Zagreb die „Vereinigung für eine jugoslawische Demokratische Initiative“ – Udruženje za Jugoslovensku Demokratsku Inicijativu (Republika, März 1989, Nr. 1). Diese Initiative versammelte jene Politiker und Intellektuelle, die einerseits im Umfeld der Praxis-Gruppe in den siebziger Jahren aktiv gewesen waren, andererseits aus verschiedenen Gruppen in Jugoslawien kamen, die sich für die Entstehung einer Zivilgesellschaft einsetzten. Nahezu zeitgleich mit der Einrichtung des Runden Tisches in Polen formulierte die UJDI ein Programm für eine jugoslawische demokratische Verfassung. Im Gegensatz zu den Aktivitäten von Marković und Ćosić, die im etablierten Rahmen stattfanden, wurde die UJDI allerdings permanent darin behindert, sich als politische Institution zu etablieren (Stefanov 2008). Die Umbrüche in den osteuropäischen Gesellschaften sahen die Protagonisten der UJDI als Chance für ein demokratisches Jugoslawien in einem demokratischen Europa (Predrag Matvejević, 1989).

Gerade letztere Einschätzung wurde allerdings von den ehemaligen Kollegen aus der Praxis-Gruppe nicht geteilt, im Gegenteil: Entsprechend ihrer Vorstellung von einer ethnisch vordeterminierten Freiheitsliebe und Orientierung hin zu einer demokratischen Entwicklung waren Intellektuelle wie Marković und Ćosić natürlich offen für Europa. Doch auf dieses fiel nach 1989 durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den Augen vieler Intellektueller ein Schatten:

„Die Vereinigung und der Machtzuwachs Deutschlands, unmittelbar begleitet von einem neuen deutschen Expansionismus, vor allem in ökonomischer und politischer Form, hat dem kroatischen und slowenischen Separatismus einen mächtigen Verbündeten gebracht. Der deutsche Block (gemeinsam mit Österreich und Ungarn) hat alles unternommen, um definitiv mit den Ergebnissen des ersten und zweiten Weltkrieges abzurechnen“ (Marković 1994, S. 406). Nicht Europa war abzulehnen, das für

die Werte der Aufklärung stand, sondern ein deutsches Europa, welches vor allem Faschismus und Klerikalismus verkörperte.

„Das deutsche Europa“, so Ćosić, „versucht mit aller Macht, Serbien auf die Größe des Belgrader Paschaluks“ zu reduzieren, angesichts der Macht, die Deutschland besitzt, „sind wir allein in Europa und der Welt. (...) Dieses deutsche Europa hasst uns mit österreichisch-ungarischen Gründen und Argumenten“ (Ćosić 2000, S. 402).

Zwei Momente waren in dem beschriebenen Verhältnis zu Rundem Tisch und Mauerfall 1989 in der Wahrnehmung jener Intellektuellen um Dobrica Ćosić und Mihailo Marković dominant. Erstens handelte es sich in ihren Augen nicht um tiefgreifende Veränderungen, sondern um begrenzte Korrekturen an einem im Grunde funktionierenden System. Damit kamen die Akteure dieses Prozesses, die sich herausbildende Zivilgesellschaft in Polen und DDR, nicht in den Blick. Sie wurde schlicht ignoriert. Zweitens war es nach dieser Grundlage selbstverständlich, dass die Auflösung des Realsozialismus nicht das Werk konkreter Individuen war, die Zivilcourage für sich entdeckt hatten, sondern von einer unsichtbaren, aber mächtigen Hand des „deutschen Klerikalismus“ gesteuert wurde. Indem die konkrete Ausprägung der Prozesse, die Protagonisten der Demonstrationen, in ihrem bestimmten historischen Kontext ignoriert wurden, fiel es Ćosić leicht, diese in europäische Konstellationen am Vorabend des Ersten Weltkrieges rückzuübersetzen. Über die verwirrende Vielfalt und das Nebeneinander von Nationalismus und Zivilgesellschaft im Jahr 1989 im östlichen Europa wurde der Schleier eines wiedererstehenden Österreich-Ungarns gelegt.

Eine solche Überblendung tilgte auch das geschichtlich Besondere der Situation vor 1914 und den bestimmten Unterschied zu 1989. Gegenwart und Vergangenheit verschwammen in diesem trüben Blick zu einem immerwährenden deutschen Katholizismus und serbischer Freiheit. Vor diesem Hintergrund besagte Ekmečić Hinweis auf England und Frankreich weniger etwas über politische Orientierungen, als über die Ethnisierung der Begriffe von Freiheit.

In solcher Selbstwahrnehmung existierte kein Bruch zwischen emanzipatorischen Ideen und ethnizistischer zerstörerischer Praxis bei einem derartig ritualisierten Bezug auf „europäische Werte“. Es kam zu einer graduellen Verschiebung des Gehalts von Begriffen wie Demokratie und Freiheit, die sie letztlich ihres ursprünglichen Inhalts beraubte. Es vollzog sich die Ethnisierung universalistischer politischer Terminologie: Freiheit, Menschenrechte oder Demokratie wurden nicht einfach als verdorbene westliche Ware verworfen, sie wurden vielmehr als authentisch nationale Erzeugnisse verstanden. Diese Identifikation mit bestimmten Volkseigenschaften aber lässt deren emanzipatorischen, universalistischen Gehalt verdunsten. Der Widerspruch zwischen dem Bezug auf Aufklärung und ethnizistischer Praxis ist tatsächlich nur ein scheinbares Paradoxon: Am Ende stehen sich demokratischer Anspruch und nationalistische Praxis nicht als Gegensatz gegenüber, sondern ersteres ist durch die Identifikation mit letzterem verschwunden.

Die Wirkungsmacht solchen Denkens, wie es auch im Memorandum⁵ zum Ausdruck kam, lässt sich allerdings nicht allein aus dessen schierer ideologischer Anziehungskraft verstehen, die bestimmten traditionell antiwestlichen Dispositionen in der serbischen Gesellschaft entsprochen hätte. Eine eigentümliche Dialektik kommt dagegen zum Vorschein: Ihre Wirkungsmacht verdankten diese Intellektuellen, vor allem Marković, auch der Tatsache, dass sie einen Teil des herrschenden Parteiapparats zu Protagonisten grundlegender gesellschaftlicher Veränderung erklärten. So affirmierten sie jene Institutionen, die zuvor Gegenstand ihrer Kritik gewesen waren. Anschaulich wird dies darin, dass der einstige Praxis-Mitarbeiter Mihailo Marković zum Chefideologen der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS), der Nachfolgeorganisation des Bundes der Kommunisten Serbiens (SKS), wurde. Nach einigem Zögern stellte sich auch Dobrica Ćosić hinter Slobodan Milošević. Der Herrschaftsanspruch der Partei wurde in einem ethnisch gewendeten Demokratieverständnis als organischer Ausdruck und Teil des serbischen Volkes begriffen und nicht mehr ange-tastet. So entsprochen diese Intellektuellen durch die Identifikation mit der staatlichen Macht auch

dem konformistisch geprägten Bedürfnis nach Veränderung, wie es sich bei den so genannten „Meetings der Wahrheit“ 1988 artikuliert: Alles sollte besser werden, nur nichts anders. Indem der Fokus auf die „Gleichberechtigung der Serben“, nicht aber auf die Pluralisierung der Gesellschaft gelegt wurde, schien der Einzelne vor den sozialen und politischen Verwerfungen, die sich mit 1989 ankündigten, wiederum in einem – nun nationalen – Kollektiv eingehegt und geschützt. Zugleich aber hatten sich ebenso viele prominente Intellektuelle gegen eine solche ethnisierende Antwort auf die Herausforderungen der politischen und tiefen wirtschaftlichen Krise entschieden. Wie angedeutet, fanden viele davon ein Forum in der UJDI. In den unterschiedlichsten wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen fand eine Auseinandersetzung zwischen einem ethnischen und einem universellem Verständnis von Demokratie statt (Gojković, 1996). Der Blick post festum birgt daher die Gefahr, die Wahrnehmung auf die Akteure des Ethnonationalismus zu verengen, und die Offenheit – zumindest der intellektuellen Debatte – und damit auch die Existenz der Protagonisten demokratischer Veränderungen im besonderen Augenblick von 1989 auszublenden.

Eine differenzierte Antwort auf die Frage, weshalb der Fall der Mauer in Jugoslawien die Entfesselung von Gewalt und nicht von zivilgesellschaftlicher Phantasie bedeutete, kann hier auf beschränktem Raum nicht gegeben werden. Indes lieferten diese Intellektuellen Stichworte, die es den Menschen ermöglichten, sich mit der Eskalation ethnischer Gewalt abzufinden und diese als schicksalhafte unent-rinnbare Macht zu empfinden. Eine Rhetorik des „Volkes“ ist in nahezu allen Gesellschaften des östlichen Europa 1989 zu konstatieren. Doch handelte es sich zumeist um ein fragiles Gleichgewicht zwischen einem nationalen und einem demokratisch-libertären Gebrauch des Wortes „Volk“. In Serbien kippte dieses Gleichgewicht durch die ungebrochene Dominanz der SPS zunehmend in Richtung eines durch und durch ethnisierten Verständnisses von Demokratie.

Dennoch bleiben viele Fragen offen, und diese Überlegungen sollen vor allem auf die Notwendigkeit vergleichender Analysen der Prozesse um 1989 in den Gesellschaften des Balkans und des östlichen Europas aufmerksam machen. Um eine fundierte Antwort auf die Frage danach zu finden, weshalb in Serbien auf den Mauerfall keine Etablierung demokratischer Verhältnisse folgte, vermag der Hin-

weis auf einen serbischen Sonderweg im letzten Jahrhundert kaum zu befriedigen. Ein Vergleich, der Besonderheiten wie Gemeinsamkeiten im ost-europäischen Kontext herausarbeitet, vermag ein deutlich konturiertes Profil der serbischen Gesellschaft zu zeichnen – und schließlich eine Antwort auf diese schwierige Frage zu liefern.

Anmerkungen

1. Es handelt sich um die Soziologin Zagorka Golubović, die 1975 als ein Mitglied der „Grupa profesora“ Lehrverbot erteilt bekommen hatte, und den Soziologen Božidar Jakšić, die beide ebenfalls aus dem Umfeld der Praxis-Gruppe kamen. Zu dem Lehrverbot für die so genannte Grupa profesora siehe Popov 1989.
2. So in der angeführten Polemik mit den ehemaligen Praxis-Mitarbeitern, siehe: Jakšić 1988, S. 173. Demnach sei das Pro-Kopf-Einkommen 1984 in der DDR am höchsten gewesen, was für Marković den Erfolg der DDR-Wirtschaft dokumentiert. Die Einwände von Božidar Jakšić, die u.a. auf Mauer und Unfreiheit zielten, besaßen in Markovićs Augen keine Relevanz.
3. Begriff, der aus einem Aphorismus entstanden war, angesichts der erwähnten „Meetings der Wahrheit“: Narod se dogodio, das Volk hat sich ereignet.
4. Der Belgrader NIN (Nedeljne informativne novine) ist eine etablierte seriöse Wochenzeitschrift, deren Politikeil als national-konservativ gilt (Anm. d. Red.).
5. Das Memorandum ist ein 1986 verfasstes Dokument der Serbischen Akademie der Künste und Wissenschaften, welches eine grundlegende Kritik der damaligen gesellschaftlichen Zustände in Jugoslawien umfasst, vor allem aber politische Lösungen für die kritisierte Lage von einem offen nationalistischen Standpunkt her artikuliert. Das Dokument gilt wegen seines programmatischen Charakters als Urtext des neuen serbischen Nationalismus der 1990er Jahre. Das Memorandum lässt sich als Volltextdatei unter dem folgenden Link abrufen: http://www.pescanik.net/images/stories/pdf/memo/memorandum_sanu.pdf. (Anm. d. Red.).

Literaturverzeichnis:

- Ćosić, Dobrica (1988): *Tradicije i ideologije u istorijskoj sudbini srpskoga naroda*. In: Ćosić, Dobrica: *Stvarno i moguće. Članci i ogledi*. Ljubljana; Zagreb: Cankarijeva Založba, S. 193.
- Ćosić, Dobrica (2002): *Piščevi zapisi*. Bd. 1981-1991. Beograd: Višnjjić, S.402.
- Gojković, Drinka (1996): *Trauma bez katarze*. In: Popov, Nebojša (Hg.): *Srpska strana rata. Trauma i katarza u istorijskom pamćenju*. Beograd: Republika, S. 365–393.
- Golubović, Zagorka (1988): *Diskusija o saopštenju Mihaila Markovića*. In: *Gledišta*, Jg. 29, H. 5-6, S. 215–222.
- Ekmečić, Milorad (1992): *Srbija između Srednje Evrope i Evrope*. Beograd: Politika, S. 33.
- Jakšić, Božidar (1988): *Beleške uz rad Mihaila Markovića*. In: *Gledišta*, Jg. 29, H. 5-6, S. 223–234.
- Marinković, I. (1989): *„Solidarnost“ se vraća*. In: *Politika*, 8.4.1989, S. 1.
- Marković, Mihailo (1988): *Smisao spora o srpskoj drzavnosti*. In: *Gledišta*, Nr.9–10.
- Marković, Mihailo (1989): *Smisao zbivajnja u istočnoj evropi*. In: *NIN*, 17.11.1989.
- Marković, Mihailo (1994): *Osporavanja i angažovanja. Izabrana dela Mihaila Markovića*, 8. Beograd: BIGZ.
- Matvejević, Predrag (1989): *Jugoslavija i Evropa danas*. In: *Republika*, Mart 1989, Nr.1, S. 1–2.
- Popov, Nebojša (1989): *Contra Fatum. Slučaj grupe profesora*. Beograd: *Mladost*.
- Prlja, Aleksandar (1989): *Priznanje u Poljskoj*. In: *Politika*, 9.2.1989, S. 2.
- Rančić, Dragoslav (1989): *Istočnonemačko „budjenje naroda“*. In: *Politika*, 29.10.1989, S. 1.

Stefanov, Nenad (2008): Niemandsland Jugoslawien. Zum Problem einer jugoslawischen politischen Idee Ende der 1980er Jahre. In: Jahn, Egbert (Hg.): Nationalismus im spät- und postkommunistischen Europa, Band 1: Der gescheiterte Nationalismus der multi- und teilnationalen Staaten. Baden-Baden: Nomos, S. 250-272.

Terzić, Slavenko (Hg.) (1998): Susret ili sukob civilizacija na Balkanu. Beograd: Istorijski institut SANU.

Vučelić, Milorad (1989): Gorbačov – Ruzvelt Komunizma. In: NIN, 17.11.1989, S. 18–20.

Nenad Stefanov ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Südosteuropäische Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin. Er studierte Osteuropäische Geschichte, Philosophie und Slawistik an der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main und promovierte an der Freien Universität Berlin mit der Dissertation „Die Serbische Akademie der Wissenschaften und Künste 1944-1989. Tradierung und Modifizierung nationaler Ideologie“. Er war Stipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung und des DAAD und als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Berliner Kolleg für Vergleichende Geschichte Europas der Freien Universität Berlin beschäftigt.

(Jiří Pehe)

Medien und die Öffentlichkeit im Umgang mit dem Rechtspopulismus¹

Die modernen Medien spielen eine zunehmend wichtige Rolle im Aufstieg des (extrem rechten) Populismus, da sowohl die Medien als auch die modernen populistischen Politiker einen gemeinsamen Nenner haben: Sie sprechen beide vermeintlich im Namen des Volkes, vermitteln also die *vox populi*. Dieses Zurückgreifen auf die Stimme des Volkes beschränkt sich allerdings meistens nicht darauf, lediglich passiv auf den Willen der Mehrheit zu reagieren, sondern schließt oft Bemühungen ein, die Öffentlichkeit mit Hilfe von heiklen Fragen zu manipulieren, die gut mit der atavistischen Seite der menschlichen Natur übereinstimmen wie etwa nationalistische Gefühle, ethnische Zugehörigkeitsgefühle oder Angst vor Fremden.

Sowohl die populistischen Politiker als auch die modernen Massenmedien sind antielitär. Sie brauchen keine aktive Zivilgesellschaft, vielmehr appellieren sie an die Massen. Sowohl die Massenkultur als auch politischer Populismus beruhen auf Mittelmäßigkeit. Mit anderen Worten, Massenmedien und populistische Politiker können lediglich dann Erfolg haben, wenn sie imstande sind, den kleinsten gemeinsamen Nenner zu identifizieren und ihn anzusprechen. In diesem Kontext hat der Begriff der „Elite“ zunehmend negative Konnotationen. Sowohl populistische Politiker als auch die Mainstream-Medien behaupten im Namen des Volkes zu sprechen. Sie kritisieren häufig verschiedene politische Anstrengungen und Projekte als „elitär“ und dem Volk entfremdet.

Die Massendemokratie des modernen Zeitalters beruht auf der Überzeugung, dass Menschen, verstanden als Masse, politisch genauso wie seien wie Politiker. Populistische Politiker, die in antielitären Haltungen der Massenmedien Unterstützung finden, stützen sich deshalb auf die öffentliche Mehrheitsmeinung, die zum Referenzrahmen ihrer Po-

litik wird. Eine Folge dieses Trends in den meisten westlichen Demokratien ist das Verschwinden realer politischer Führung.

Da alltägliche politische Angelegenheiten zunehmend von der anonymen *vox populi* beeinflusst werden, ist es angeblich die Aufgabe der Massenmedien, uns zu sagen, was diese *vox populi* eigentlich sagt.

In gewisser Weise ist dies ein Teufelskreis: Die Mehrheit der etablierten Medien ist zunehmend bei dem *Agenda-Setting* für die Politik involviert, indem sie bestimmte Standpunkte aktiv befürwortet und andere zurückweist. Dabei beziehen sie sich ständig auf angebliche Wünsche der Öffentlichkeit, die sie oft mit dem Hinweis auf öffentliche Umfragen begründen.

Dadurch verändern sie jedoch laufend die öffentlichen Trends. Politiker reagieren dann auf solch eine „Öffentlichkeit“. Mit anderen Worten, die Massenmedien und die populistischen Politiker leben in einer merkwürdigen Art von Symbiose.

Wahre politische Anführer, die mit ihrer persönlichen Integrität für ihr politisches Programm eintreten, werden zunehmend durch die *vox populi* ersetzt – sei es in Form von anonymer Öffentlichkeit oder von populären Figuren der Massenkultur. So sind Politiker in ihrer Rolle als politische Autoritäten in den heutigen Gesellschaften der Massenkultur Geiseln von Talkshowmoderatoren, Entertainern und Moderatoren mittelmäßiger Diskussionsprogramme sowie von Ergebnissen verschiedener Publikumsbefragungen und deren Leserschaft. Die zentralen Arbeitsmethoden dieses New-Age-Ersatzes für reale Politik sind nicht eine rationale Analyse und ein informierter Diskurs, sondern Emotionen und Gefühle.

Die Tatsache, dass Politik zu einer Unterhaltungsform geworden ist, ist ein zunehmend wichtiges Phänomen im Zusammenhang mit dem Aufstieg des Populismus in modernen Demokratien. Damit die Medien politische Ereignisse und Entwicklungen als eigene Produkte verkaufen können, muss die Politik fähig sein zu unterhalten. Ein populistischer Politiker ist sich dieser Tatsache bewusst: Er oder sie wird eher das sagen, was das Publikum hören will, als zu versuchen, das Publikum davon zu überzeugen, dass seine oder ihre Meinungen, so unbeliebt sie in jenem Augenblick auch seien, ergäben Sinn.

Nicht zufällig ist der Populismus als politische Bewegung im Zeitalter moderner Kommunikationstechnologien auf dem Vormarsch, die insbesondere von den Medien in breitem Umfang genutzt werden. In einer Umgebung, in der es möglich ist, fast zeitgleich öffentliche Stimmungen und Vorlieben zu messen, benötigen politische Anführer ein Gespür für den Puls der Gesellschaft. Tun sie dies, ist es für sie oft leichter, ihre Ansichten der Öffentlichkeit anzupassen als sich für Veränderungen einzusetzen. Diese neue Dynamik, die vieles von dem bestimmt, was in modernen Demokratien passiert, wird zusätzlich durch die Tatsache verkompliziert, dass der bereits erwähnte „Puls der Gesellschaft“ in den meisten Fällen von den Medien repräsentiert wird. Allerdings, wie bereits erwähnt wurde, verfolgen heutige Massenmedien ihre eigenen, in der Regel geschäftlichen Interessen. Das können sie in Gesellschaften des Massenkonsums am effektivsten tun, wenn sie an die Mittelmäßigkeit appellieren.

Ignacio Ramonet behauptet, dass sich der eigentliche Begriff der Information selbst im Zeitalter elektronischer Medien verändert habe. Das Informieren von Menschen durch die Medien wurde bis vor kurzem als die Vermittlung der genauesten Beschreibung eines Ereignisses verstanden, was bedeutete, dass ein Kontext angeboten wurde. Insbesondere das Fernsehen änderte das.² Heute bedeutet Informieren „eine Geschichte zu zeigen, so wie sie passiert, d.h. möglichst live“. Allmählich setzte sich schließlich die Illusion durch: „Sehen bedeutet Verstehen“.

Ramonet, aber auch z.B. Pierre Bourdieu³, behaupten, dass Fernsehen auf einem dramatischen und emotionalen Schock beruhe. Rechtsextreme Bewegungen (ihre Aufmärsche, ihr empörendes Vokabular, der Verstoß gegen die Regeln) sind in vielerlei Hinsicht ein interessantes Objekt für das Fernsehen, da sie Drama bieten.

In der privatisierten Öffentlichkeit benutzen die Medien dramatische Ereignisse, um ihr Publikum zu vergrößern (was auch bedeutet, die Profite zu erhöhen). Um ihre Tendenz, wichtige Fragen zu trivialisieren, auszugleichen, bieten sie eine „falsche moralische Panik“, wie Philosophen wie Habermas hervorgehoben haben. Anders gesagt, sie benutzen „falsche moralische Panik“, um Kritik abzuwehren. Sie bevorzugen Geschichten über solche Ereignisse, die in einem größeren Kontext womöglich von geringer Relevanz wären, nur weil das dramatische Potenzial solcher Geschichten (z.B. ein Aufmarsch einer ansonsten insignifikanten neonazistischen Gruppe) aus der Sicht der Medien so hoch sei, dass Fernsehjournalisten sie nicht ignorieren können.

Ramonet betont zudem, dass insbesondere Fernsehnachrichten nicht mehr dazu da seien, Menschen lediglich zu informieren, sondern auch dazu, sie zu unterhalten. Die Aktionen populistischer und rechtsextremer Bewegungen und Parteien, mit dem ihnen zugrunde liegenden Drama, werden als gute Unterhaltung verstanden.

Bourdieu betont, dass Journalisten *per definitionem* nach außergewöhnlichen Geschichten suchen, da sich solche Geschichten „gut verkaufen“. Rechtsextreme Politik und Populismus sind indessen deshalb außergewöhnlich, weil sie sich außerhalb der politischen Mitte befinden, die als langweilig betrachtet wird, es sei denn, diese produziert selbst Skandale und Kontroversen. Moderierte Debatten in Fernseh- oder Radiosendern suchen auch sehr oft nach irgendeiner Art Drama. Moderatoren und Journalisten haben dabei vor allem Angst davor, langweilig zu sein. Nicht langweilig ist aus der Sicht der Journalisten rechtsextreme Politik.

Aus dem Englischen übersetzt von Dörde Tomić

Anmerkungen

1. Bei dem Beitrag handelt es sich um die schriftliche Fassung des Tagungsbeitrages.
2. Vgl. Ramonet, Ignacio (2003): Set the media free. In: Le Monde diplomatique, H. 11 (Oktober). URL: <http://mondediplo.com/2003/10/01media>, letzter Zugriff: 10.12.2010.
3. Vgl. (in dt. Übers.) Bourdieu, Pierre (1998): Über das Fernsehen. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (edition suhrkamp, 2054).

Literaturverzeichnis

Bourdieu, Pierre (1998): Über das Fernsehen. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (edition suhrkamp, 2054).

Ramonet, Ignacio (2003): Set the media free. In: Le Monde diplomatique, H. 11 (Oktober). URL: <http://mondediplo.com/2003/10/01media>, letzter Zugriff: 10.12.2010.

Jiří Pehe ist Politikberater und Autor verschiedener Bücher. Er hat zahlreiche Artikel und analytische Studien über die politischen Entwicklungen in Osteuropa für amerikanische, tschechische und deutsche wissenschaftliche Zeitschriften geschrieben. Regelmäßig kommentiert er politische Ereignisse für tschechische und internationale Medien. Er studierte Jura und Philosophie an der Karls-Universität in Prag, wo er auch im Fach Jura promoviert wurde, sowie Internationale Beziehungen an der Columbia University in New York. Er arbeitete als Politikberater und Leiter der politischen Abteilung des tschechischen Präsidenten Havel und ist derzeit Direktor der New York Universität in Prag.

(Marcin Kornak)

Projekt Antirassismus? Aktivitäten des Vereins „Nie Wieder“ als Beispiel zivilgesellschaftlichen Engagements gegen die extreme Rechte in Ostmitteleuropa

Der Zusammenbruch des Kommunismus in Ostmitteleuropa ebnete den Weg für die demokratische Transformation der politischen Systeme, Staaten und Gesellschaften in dieser Region. Die Länder des ehemaligen Ostblocks nahmen diese Chance in unterschiedlichem Ausmaß an. Allerdings müssen wir uns daran erinnern, dass diese Länder auf unterschiedlichem Niveau begonnen haben und unterschiedliche kulturelle und historische Erfahrung aufweisen. Die Gelegenheiten, die auf sie zukamen, waren ebenso vielseitig wie die bis dahin unbekannteren Herausforderungen, mit denen sie notwendigerweise konfrontiert wurden - stark zunehmende soziale Segmentierung, wachsende Räume der Armut, strukturelle ökonomische Schwierigkeiten, etc. Das Gleiche gilt für die gerade erst erlangte Freiheit, die sowohl eine große Chance als auch eine beachtliche Herausforderung mit sich brachte. Nicht jeder war imstande, damit umzugehen. Abgesehen von offensichtlichen Vorteilen – Beseitigung der Zensur, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Pluralismus, freie Medien, etc. – hat diese Entwicklung auch eine dunkle Seite, eine, die nur wenige Zeugen des „Herbstes der Nationen“ erwartet hatten. Nach Jahrzehnten kommunistischer Lethargie tauchten alte, wenn auch nicht sehr willkommene Ideologien wieder auf. Plötzlich erfahren wir einen Ausbruch extrem rechter Ideologien – Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus. Eine solche Situation war auch ein Ergebnis einer ideologischen Verwirrung und einer gewissen Hilflosigkeit, insbesondere in der Auseinandersetzung mit dem hoch entwickelten Westen, der in jenem Augenblick in das Zeitalter der Postmoderne eintrat.

Dr. Rafał Pankowski, einer der bedeutendsten polnischen Analytiker extrem rechter Ideologien, stellte in einem Interview mit der liberal-katholischen Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* folgende Diagnose des ganzen Prozesses: „Die Eliten der Dritten Republik Polen machten einen Fehler, indem sie einen linearen Fortschritt der Demokratie annahmen – dass die Demokratie bestärkt wird, europäische Integration tiefer greift und alle Veränderungen zum Besseren sind, und Chauvinismus und Antisemitismus von selbst verschwinden, da Fortschritt unvermeidlich ist. Die letzten Jahre haben uns jedoch gezeigt, dass wir jederzeit vom Weg abkommen, wenn nicht sogar Rückschritte machen können. Die Institutionen oder Verfahren mögen nicht gefährdet sein, aber das Wesentliche der Demokratie ist es definitiv. In Polen gibt es immer noch halbfaschistische Organisationen, während der Antisemitismus im vergangenen Jahrzehnt sogar zugenommen hat.“¹

Die Regierungen anderer ostmitteleuropäischer Länder bewiesen ein ebenso schlechtes Einschätzungsvermögen, auch wenn wir optimistisch annehmen, dass ihre politischen Eliten der Bildung und Entwicklung liberaler Demokratien westlichen Typs höchste Bedeutung beimaßen.

Einer der Grundpfeiler parlamentarischer Demokratie ist die Zivilgesellschaft. Obwohl einige Länder des ehemaligen Warschauer Pakts spontane Aufstände gegen den totalitären Kommunismus erlebten, die von Graswurzelselfstorganisationen unterstützt wurden, und obwohl der anderthalbjährige Aufstand der Solidarność-Bewegung immer noch

Unabhängigkeitsbewegungen weltweit inspiriert, gab es in diesem Teil Europas keine stabile, starke und unabhängige Gemeinschaft von Menschen, die bewusst in Richtung Gemeinwohl hinarbeiteten; diese musste erst von Grund auf neu aufgebaut werden. Dies betrifft nicht nur Poppers Konzept einer offenen Gesellschaft, die Totalitarismus, Engstirnigkeit und den von einer Partei erstickenden öffentlichen Diskurs in Frage stellt, sondern auch für Lockes Gesellschaft, die bereit sei, altruistisches Verhalten zum Wohl der Gemeinschaft zu zeigen. Es gibt einen einfachen Grund dafür; aufgrund historischer Umstände blieben die Nationen Ostmitteleuropas mehrere Jahrhunderte lang außerhalb oder bestenfalls an der entfernten Peripherie der demokratischen Prozesse im nordatlantischen Teil der Welt.

In Polen, das sich von dem Vasallenstaat Volksrepublik Polen hin zu einer vollständig unabhängigen und freien Republik Polen entwickelte, die als Fortsetzung des Vorkriegsstaates und der polnisch-litauischen Union (16.-18. Jahrhundert) gesehen und daher Dritte Republik Polen genannt wird, war die allgemeine Situation gar nicht so schlecht: Die Tradition der polnischen Toleranz geht auf das 15. Jahrhundert zurück und blieb beispielhaft für zwei weitere Jahrhunderte. Später nahmen die Freiheiten ab, während das Land in hundertjährige Sklaverei verfiel. Polen bewahrte sich jedoch beachtliche bürgerliche und freiheitliche Traditionen, insbesondere auf individueller Ebene. Andererseits hatte Polen „immer“ Probleme damit, eine Gesellschaft zu schaffen, die für das Gemeinwohl arbeitet und individuelle Egoismen ablehnt. Es steckt tatsächlich ein wahrer Kern in dem Stereotyp, dass die Polen vom Geist des Anarchismus beseelt seien, was zumindest teilweise ein Ergebnis der eigentümlichen Geschichte dieses Landes ist.

Eine Möglichkeit, die die neu gewonnene Freiheit im Jahr 1989 bot, war daher der Aufbau einer Zivilgesellschaft auf der Basis gesellschaftlicher Teilhabe und der Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen. Nach den ersten teilweise demokratischen Wahlen am 4. Juni 1989 erlebte Polen ein plötzliches Aufleben gesellschaftlicher Aktivitäten, das

jedoch schnell abebbte. Seither sank diese auf den niedrigsten Stand der EU, sowohl im Hinblick auf Organisationen als auch hinsichtlich ehrenamtlicher Arbeit. Trotz eines anhaltenden Mangels an Aktivisten und organisatorischen und finanziellen Ressourcen, gibt es immer noch eine ganze Reihe NGOs, die das gesamte Spektrum sozialen Lebens abdecken. Sie sind widerstandsfähig und erledigen oft diejenige Arbeit, für die theoretisch die staatlichen Behörden verantwortlich sind.

Die älteste Organisation, die zu den Problemfeldern Rassismus, Xenophobie und Intoleranz arbeitet, ist der Verein „Nie Wieder“. Der Verein wurde als Reaktion auf ein besonderes Ereignis gegründet. Im Herbst 1992 verübten in Bydgoszcz fünfzig Neofaschisten einen Brandanschlag auf ein Wohnheim der Medizinischen Akademie, das Studierende aus dem Nahen Osten, Indien und afrikanischen Ländern beherbergte. Dieser Vorfall führte zur spontanen Gründung der Anti-Nazi-Gruppe (GAN – Grupa Antynazistowska). Sie wurde von jungen Menschen gegründet, die sich gegen die damals ziemlich verbreiteten rassistischen Tendenzen, die Antisemitismuswelle und den Aufstieg der Nazi-Skinhead-Subkultur wandten.

Vier Jahre später, im Herbst 1996, gründeten GAN-Gruppen aus mehreren Städten den Verein „Nie Wieder“. Der offizielle Status war notwendig, um eine Zeitschrift zu publizieren und legal weitere Aktivitäten durchführen zu können. Die Anti-Nazi-Gruppe ist jedoch auch als informelle Gruppe junger Menschen immer noch sehr lebendig. Auf lokaler Ebene organisiert sie zahlreiche Veranstaltungen: Konzerte, Sportwettbewerbe, Vorträge an Schulen, Plakataktionen und Flugblattverteilung. Ihre Aktivitäten sind direkt und spontan, oft in enger Zusammenarbeit mit dem Verein.

Der Verein „Nie Wieder“ bleibt eine unabhängige Organisation und steht keiner politischen Partei nahe. Ihm gehören Menschen mit verschiedenen Meinungen und verschiedenen Glaubens an, die gemeinsam gegen Rassismus, Faschismus und Xenophobie arbeiten. Ziele des Vereins „Nie Wieder“ sind, Multikulturalismus zu fördern; das allgemeine

Schweigen über das Problem des Rassismus und der Intoleranz zu durchbrechen; eine breite und vielfältige Bewegung gegen Diskriminierung auf vielen Ebenen gesellschaftlichen Lebens zu schaffen. Im Jahr 1996 startete „Nie Wieder“ eine erfolgreiche Kampagne, die zur Aufnahme des Verbotes faschistischer und rassistischer Organisationen in die Verfassung der Republik Polen (Artikel 13) führte.

Seit 1994 gibt der Verein die antifaschistische Zeitschrift „Nie Wieder“ heraus, die einzige in Polen, die sich ausschließlich der Auseinandersetzung mit dem Rassismus widmet. Das Magazin beschäftigt sich mit allen Formen der Diskriminierung, etwa aufgrund von Nationalität, Herkunft, Hautfarbe, kulturellen oder religiösen Unterschieden. Es entlarvt Chauvinismus und Rassismus, tritt aber auch für den positiven Wert der Offenheit gegenüber anderen Nationen und ethnischen Minderheiten ein – in Politik, Kultur und im gesellschaftlichen Leben. Es deckt eine große Bandbreite von Aspekten dieser Hauptthemen ab.

Einige der größten moralischen und intellektuellen Autoritäten des heutigen Polens schrieben für die Zeitschrift oder wurden von „Nie Wieder“ interviewt, so z.B. Marek Edelman, Władysław Bartoszewski, Jerzy Kluger, Maria Janion, Andrzej Szczypiorski, Henryk Grynberg, Miriam Akavia, Michał Głowiński, Andrzej Zoll, Alina Cała, Konstanty Gebert, Stanisław Obirek und viele weitere hervorragende Autoren, Experten im Bereich der Xenophobie und des Rassismus. Das Magazin deckte sehr oft aufsehenerregende Informationen über die extreme Rechte auf und hatte erheblichen Einfluss auf die Innenpolitik. So enthüllte es etwa die Neonazivergangenheit von Piotr Farfał, dem Vizepräsidenten und Präsidenten des staatlichen Polnischen Fernsehens im Zeitraum 2008 - 2009 und Politiker der Liga Polnischer Familien, die zu jener Zeit Teil der regierenden Koalition war. Einer der ersten Unterstützer und Freunde des Vereins war Jacek Kuroń. Weitere Unterstützer waren etwa Jan Karski, Simon Wiesenthal und Jerzy Giedroyc.

Eine der Haupttätigkeiten von „Nie Wieder“ ist das Monitoring. Der Verein betreibt seit Jahren ein In-

formationszentrum, das größte in Polen, das allen Interessierten einzigartiges Fachwissen zur extremen Rechten in Polen und im Ausland vermittelt. Das Zentrum bemüht sich stark um die Zusammenarbeit mit den Medien. Auf diese Weise kann „Nie Wieder“ die öffentliche Meinung erreichen, anti-rassistische Werte fördern und Druck auf die betreffenden Institutionen ausüben. Der Verein veröffentlichte Tausende von Pressemitteilungen, unterstützte Fernseh- und Radiosendungen und brachte Dokumentationen, Bücher und wissenschaftliche Artikel über Rassismus und Neofaschismus heraus. Heute ist der Verein „Nie Wieder“ eine Organisation, die sich auf das Monitoring des Rassismus spezialisiert und genießt daher einen bemerkenswerten Ruf sowohl in Polen als auch im Ausland genießt.

Anfang 2009 publizierte der Verein sein „Braunes Buch“². Es ist Teil des Projektes „Gegenzug zur Intoleranz“ („Counteracting Intolerance“), durchgeführt vom Verein „Nie Wieder“ gemeinsam mit der Warschauer Akademie Collegium Civitas und der Stefan Batory Stiftung. Dieses über 500 Seiten lange Buch beschreibt mehr als 2500 Vorfälle aus den Jahren 1987 bis 2008 – ähnlich den bereits erwähnten – die allein über 50 Morde einschließen. Es ist das Ergebnis jahrelangen Monitorings rassistischer und xenophober Vorfälle und von Neofaschisten begangener Verbrechen, das das Redaktionsteam des Magazins „Nie Wieder“ durchführte. Die Beiträge wurden von Freiwilligen eingereicht, die für das „Nie Wieder“ Netzwerk arbeiten. Darüber hinaus beinhaltet das „Braune Buch“ Informationen von Organisationen ethnischer Minderheiten – Partner von „Nie Wieder“ – sowie Pressemitteilungen, Radio- und Fernsehsendungen, Bücher über Diskriminierung und Vorurteile, Websites, Berichte einheimischer und ausländischer NGOs.

Dieses Werk beschäftigt sich nicht nur mit rassistisch motivierten Vorfällen, sondern auch mit Homophobie und Diskriminierung von Menschen mit Behinderung, d.h. mit allen Formen von aus Hass begangenen Verbrechen. Es umfasst auch *Hate Speech*, geäußert von öffentlichen Persönlichkeiten. Dennoch bleibt Rassismus das Hauptthema des

Buches. Es ist die größte, wenn nicht sogar die einzige Langzeitchronik von Vorfällen mit einem Rassismus- oder Diskriminierungsbezug in Polen, und es lohnt sich, einen genaueren Blick auf die Entstehungsmuster von Hassverbrechen zu werfen.

Körperliche Übergriffe, symbolische und verbale Gewalt können verschiedene Menschen betreffen, die den extrem rechten Standards des „echten Polnischums“ nicht entsprechen. Die Begründung für ideologisch motivierte Angriffe können eine andere Hautfarbe, das Aussehen, die Nationalität, die Kultur oder das eigene Lebenskonzept sein.

Zum Opfer der Hassverbrechen wird sehr oft die alternative Jugend, die ihren Widerstand und ihren Nonkonformismus gegenüber der gesellschaftlichen Mitte äußert, etwa durch abweichende Mode und Aussehen. Mitglieder extrem rechter Organisationen greifen oft zur Gewalt gegen diese Menschen. Sie sagen, dass die alternative Jugend „nicht wertvoll genug“, „nicht polnisch genug“, oder einfach „Abscham“ sei. Zu den zahlreichen Beispielen gehören Angriffe auf Reggae- und Hip-Hop-Fans, gehasst dafür, dass sie „schwarze“ Musik hören.

Sozial ausgeschlossene Menschen, besonders Obdachlose, sind ebenfalls in Gefahr. Das „Braune Buch“ beschreibt üble Gewalt und insgesamt fünfzehn Morde an Obdachlosen, die so genannten „Verbrechen aus Verachtung“. Üblicherweise nennen die Straftäter, meistens knallharte Neofaschisten, solche Aktionen „Stadtsäuberungen“. Diese tragischen Auswirkungen führen zu der sicheren Annahme, dass dieses von diskriminierenden und ausschließenden Ideologien verursachte reale Problem fortbesteht, jedoch weithin ignoriert wird.

Viele der rassistischen Vorfälle finden in Fußballstadien statt. Während und nach den Spielen werden Angriffe gegen ausländische Fans, Fans der „feindlichen“ Klubs, die sehr oft als „jüdisch“ bezeichnet werden („Jude“ ist eine der schlimmsten Beleidigungen in den Kreisen der Pseudo-Fußballfans), sowie gegen schwarze Spieler durchgeführt. Zahlreiche Fangruppen sind von extrem rechten Organisationen unterwandert, wie von der Nationalen

Wiedergeburt Polens (NOP – Narodowe Odrodzenie Polski), Blood & Honour (B&H) oder die Großpolnische Jugend (MW – Młodzież Wszepolska). In den letzten Jahren schließen sich „Fußballfans“ bei Demonstrationen paramilitärischen Gruppen dieser Organisationen an, z.B. gegen Antidiskriminierungsbewegungen. Auch hier kommt es zu Morden. Der Bekannteste fand am 29. Mai 1993 in Chorzów statt, vor dem Qualifizierungsspiel für die Weltmeisterschaft von Polen gegen England, als ein Nazi-Skinhead, Mitglied einer rassistischen paramilitärischen Gruppe des Vereins *Cracovia* aus Kraków, mit mehreren Messerstichen Robert Kuja-wa aus Szczecin umbrachte. Das zum Zeitpunkt der Herausgabe des „Braunen Buchs“ letzte Verbrechen dieser Art war ein Mord in Białystok am 14. Dezember 2005, als der ortsansässige neofaschistische Paramilitär Adrian R., 19 Jahre alt, einen der Anführer der *Prätorianer*-Fußballfans des Vereins *Jagiellonia Białystok* tötete. Der Angriff folgte auf einen Streit zwischen Nazi-Skins und den Prätorianern um die „Führung“ im Jagiellonia Stadion. Die Skinheads waren mit den von anderen Białystok-Fans gehassten Neonazi-Fans des *Lechia Gdańsk* befreundet und verbreiteten während der Fußballspiele Rassismus, dem sich die Prätorianer heftig widersetzen.

Die von rassistisch motivierter Gewalt am meisten betroffene ethnische Gruppe sind die Roma. Ihre Situation ist in Polen zwar nicht so dramatisch wie in der Slowakei, der Tschechischen Republik, Rumänien oder Ungarn, dies ist jedoch hauptsächlich der Tatsache geschuldet, dass es in unserem Land nicht so viele von ihnen gibt. Sie leben größtenteils im südlichen Teil Polens, wo die Probleme viel akuter sind. Limanowa ist eine der vielen Städte, wo die Romabevölkerung fast täglich zum Opfer von Angriffen wird. Versuchte Brandstiftung, Übergriffe, Körperverletzungen – während der letzten zwei Jahre verzeichnete „Nie Wieder“ fast zwanzig Vorfälle dieser Art.

In Polen schaffen es Gewalt gegen und Diskriminierung von Menschen mit Behinderung nicht oft auf die Titelseiten. Die Öffentlichkeit zeigt nicht besonders viel Interesse an diesem Thema, wohingegen

es in fast jedem Monitoringbericht, der von „Nie Wieder“ publiziert wird (seit kurzem jährlich), mehrere solcher Fälle gibt.

Ein anderes extremes Beispiel für Hassverbrechen sind körperliche Angriffe neofaschistischer paramilitärischer Gruppen auf Demonstrationen von Feministinnen, Friedensbewegungen, LGBT und Umweltschützern. Angriffe finden ebenfalls während alternativer Konzerte und Veranstaltungen moderner kritischer Kunst statt. Darüber hinaus beschädigen „unbekannte Täter“ jüdische und andere (ukrainische, russische, deutsche, griechisch-katholische, orthodoxe, muslimische) Friedhöfe sowie Friedhöfe sowjetischer Soldaten, indem sie diese mit rassistischen, antisemitischen oder faschistischen Graffiti besprühen. Viele andere Orte, die für ethnische und religiöse Minderheiten von Bedeutung sind, werden aus ideologischen Gründen beschädigt. Seit September 2009 verzeichnete „Nie Wieder“ 13 Vorfälle dieser Art und es gibt keine Anzeichen für einen Rückgang.

Direkte Angriffe sind nicht die einzige Ausprägung rassistischer Gewalt. Ein anderes Thema ist Hate Speech. Sie ist in der antisemitischen und chauvinistischen Presse leicht zu finden, beispielsweise angeboten von dem staatlich kontrollierten und Polens führenden Presseunternehmen „Ruch“. Es verkauft rassistische Texte von Leszek Bubel sowie andere extrem rechte Zeitungen – „Myśl Polska“ („Polnischer Gedanke“) und „Najwyższy Czas!“ („Höchste Zeit“). Zahlreiche Beispiele von Hassrede kommen aus dem Internet. Viele Nutzer rufen explizit zur Gewalt auf und geben Ratschläge, wie die „Verräter“ der Rasse, Nation, etc. zu erkennen seien. Das berüchtigtste Beispiel war Redwatch, eine Website, die vom polnischen Zweig von Blood & Honour betrieben wurde und Bilder, Beschreibungen, Adressen und andere sensible Daten Hunderter von antifaschistischen, linken und feministischen Aktivisten sowie von Journalisten aus dem ganzen Land preisgab. Das Motiv war ganz einfach, sie zum Ziel von Angriffen und Verfolgungen zu machen. Dank einer landesweiten Kampagne von „Nie Wieder“ kamen die Autoren der Website ins Gefängnis, und es erwartet sie ein Gerichtsverfahren.

Alle geschilderten Vorfälle gelten als viel gravierender, wenn sie von organisierten Gruppen begangen werden. In Polen gibt es aufgrund der gesellschaftlichen Akzeptanz und einer faktischen Straflosigkeit relativ viele davon. Die größte Gruppe ist die Großpolnische Jugend – dank der Liga Polnischer Familien (LPR) verfügte sie in der letzten Regierungsperiode über zehn Parlamentssitze, gefolgt von der Nationalen Wiedergeburt Polens (NOP), dem National-Radikalen Lager (ONR – Obóz Narodowo-Radykalny) und zahlreichen kleinen neofaschistischen, neoheidnischen und extrem nationalistischen Gruppen, einschließlich gefährlicher neonazistischer, paramilitärischer Gruppen wie B&H, Combat 18 (C18) und der Kirche des Schöpfers. Dem Gesetz nach dürften diese Organisationen nicht einmal existieren und ihre Mitglieder sollten verfolgt werden. Tatsächlich führen sie ihre Aktivitäten problemlos aus und begehen regelmäßig rassistisch motivierte Verbrechen und schüren Hass. Sie organisieren rassistische Aufmärsche und Demonstrationen, propagieren chauvinistische Ideen, während der polnische Staat ein Auge zudrückt. Vielleicht besteht Hoffnung auf einen Wandel, da das Bezirksgericht in Opole am 9. Oktober 2009 den ONR-Zweig in Brzeg verboten hat. Diese bahnbrechende Entscheidung der polnischen Legislative (es ist die erste Gesetzesentscheidung, die sich auf Artikel 13 der polnischen Verfassung beruft!) schafft Hoffnung, dass der Staat endlich das Gesetz anwenden will. Es besteht die Chance, dass die Vollstreckungsbehörden und andere für die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten zuständigen Institutionen ihre Aufgabe ernst nehmen werden. Das gesellschaftliche Wissen um die Bedrohung durch extrem rechte Organisationen ist immer noch nicht ausreichend, obwohl es sich schrittweise verbessert. Vor nicht allzu langer Zeit, während der letzten Regierungskoalition, waren rassistische und xenophobe Handlungen noch häufiger und wurden manchmal von den Behörden offen gerechtfertigt oder unterstützt. Manche Abgeordneten der LPR und PiS rechtfertigten Angriffe auf LGBT-Demonstrationen oder moderne kritische Kunstausstellungen. Gewöhnlich wurde Vorfällen dieser Art nicht mit gesellschaftlichem Widerstand oder Verurteilung begegnet.

Eine interessante Frage ist die nach den Ursprüngen des Rassismus und ähnlicher Vorurteile in Polen, einem Land mit einer sehr eigentümlichen Geschichte. Wahrscheinlich sind sie einfach in der Kultur verankert. Diese dunkle Seite der polnischen Kultur fördert Engstirnigkeit und Hass und führt sehr oft zu Gewalt. Vorurteile und bestimmte nationale, ethnische und soziale Stereotypen bestehen seit Jahrzehnten, wenn nicht Jahrhunderten. Sie sind ein versteckter Bestandteil der gesellschaftlichen Wahrnehmung und sogar der polnischen Sprache, die viele Ausdrücke, Redewendungen und Sprichwörter mit romafeindlichen antirussischen („Russkies“) und besonders antisemitischen Verweisen enthält. Dies gilt nicht nur für die armen oder weniger gebildeten gesellschaftlichen Gruppen, sondern zum Teil auch für nominelle Eliten. Das Virus der Vorurteile hat auch manche Menschen infiziert, die an der Gestaltung des öffentlichen Diskurses oder des kulturellen Lebens beteiligt sind.

Ein genauer Indikator tatsächlicher Überzeugungen und Meinungen ist die Gleichgültigkeit gegenüber antisemitischen Graffiti in polnischen Städten und Dörfern. Dies ist jedoch nur ein Teil eines größeren Problems – der von Missachtung und Feindlichkeit geprägten Einstellung der Mehrheitsbevölkerung zur jüdischen Minderheit, die die polnische Geschichte, Kultur und Gegenwart kennzeichnet.

So hat das polnische Trauma nach dem Zweiten Weltkrieg die Tragödie der *Shoah* nie wirklich eingeschlossen. Man muss nur die blutigen antisemitischen Pogrome in Kielce, Kraków oder Podhale fast unmittelbar nach dem Krieg oder die Zwangsausweisung von Adam Michnik und Henryk Grynberg im März 1968 (faktisch ein weiteres Pogrom) erwähnen. Diesen Vorfällen begegneten die meisten Polen mit keinerlei Reaktion oder Protest, und Sympathiebekundungen waren auf kleine Kreise gesellschaftlicher Eliten beschränkt.

Seit 1996 führt der Verein „Nie Wieder“ zwei seiner ältesten und bekanntesten Kampagnen durch: „Musik gegen Rassismus“ und „Let’s Kick Racism out of the Stadiums“. Die Musikkampagne vereinte Interpreten verschiedener Genres und erreichte so

ein Publikum von Hunderttausenden. Die Kampagne ermöglichte zahlreiche Konzerte und Festivals, und die Musiker druckten das Logo der Kampagne auf ihren Alben ab. Bislang wurden sieben Sampler unter dem Motto „Musik gegen Rassismus“ herausgegeben, mit Liedern berühmter Künstler aus Polen und aus dem Ausland. Die Kampagne wurde von vielen renommierten polnischen Rock-, Pop- und Jazzmusikern unterstützt, einschließlich Krzysztof „Grabaz“ Grabowski, Ryszard Tymon Tymański, Muniiek Staszczyk, Maciej Maleńczuk, Robert Brylewski, Lech Janerka, Maciej Zembaty, gemeinsam mit internationalen Stars wie Zion Train, Chumbawamba, Afrika Bambaataa und Lester Bowie – den Pionieren des Hip-Hop und des Free Jazz. Die während der Kampagne aufgenommenen Sammelalben umfassen kostenlose Songs von 60 Künstlern. Darüber hinaus wurde das Logo der Kampagne von fast 400 Musikern für mindestens 350 Werke genutzt. Unter ihrem Motto fanden 500 Konzerte statt.

„Music Against Racism“ wurde von der Musikpresse als das wichtigste Ereignis des Jahres 1997 beurteilt und ist bei Musikern immer noch sehr beliebt. Die Aktion entsprach eindeutig den gesellschaftlichen Bedürfnissen, wie die große Unterstützung durch Künstler, Schlagzeilen und Tausende von Fanbriefen an den Verein bewiesen. Das Logo – eine weiß-schwarze geöffnete Handfläche – ist wahrscheinlich das bekannteste Symbol antifaschistischen Kampfes in Polen. Während des größten Rockfestivals in Polen, des „Przystanek Woodstock“, trugen Tausende von Menschen dieses Logo auf T-Shirts und Buttons. Musikfans fühlen sich mit dem Zeichen verbunden und identifizieren sich damit. Viele von ihnen nahmen „Music Against Racism“ und seine Botschaft sehr persönlich, als etwas sehr Wichtiges in ihrem Leben.

Die Kampagne „Let’s Kick Racism out of the Stadiums“ („Werfen wir den Rassismus aus den Stadien raus“) ist vorwiegend an Fußballfans, Spieler, Trainer, Aktivisten und Journalisten gerichtet. Von Anfang an hatte sie vier Ziele: die Sportgemeinschaft für rassistischen und ethnisch begründeten Hass und Diskriminierung zu sensibilisieren; Stadien von faschistischen und rassistischen Symbolen auf Fah-

nen und Bannern zu befreien; rassistische Lieder und Aufrufe von den Tribünen der Stadien zu verbannen und eine Tradition positiven Fanseins einzuleiten.

„Nie Wieder“ war Mitbegründer des FARE Netzwerks (Football Against Racism in Europe), das Organisationen aus 37 Ländern umfasst und mit der UEFA und der FIFA zusammenarbeitet. Der Verein ist Partner des Polnischen Fußballverbandes (PZPN), der Ekstraklasa SA, des Ministeriums für Sport und Tourismus, der Firma PL.2012 und der Bezirksfußballverbände. Seine Aktivitäten umfassen Trainings für Aktivisten und Schiedsrichter. Er arbeitet mit der internationalen Kampagne „Stand Up Speak Up“ zusammen, die von dem Fußballstar Thierry Henry gestartet wurde, wie auch mit dem Europarat, der internationalen Fanorganisation „Football Supporters Europe“ und der International Federation Professional Footballer (FIFPro). Ethnische und nationale Minderheiten sind sehr oft am Projekt beteiligt.

Die Kampagne „Let’s Kick Racism...“ wurde von den bekanntesten Spielern der Fußballgeschichte persönlich unterstützt, und der Chef der UEFA Michel Platini sagte: „Die Zusammenarbeit zwischen der PZPN und dem Verein ‚Nie Wieder‘ – dem polnischen Vertreter des FARE – ist ein perfektes Beispiel von Partnerschaft. Ich ermutige den Polnischen Fußballverband, die effektive Zusammenarbeit mit dem Verein ‚Nie Wieder‘ fortzusetzen und weiter gegen Rassismus und andere Formen von Diskriminierung im polnischen Fußball zu arbeiten“. Die Kampagne wurde auch von den größten ehemaligen und aktuellen Stars des polnischen Fußballs unterstützt, etwa von Grzegorz Lato, Henryk Kasperczak, Maciej Szczesny, Tomasz Waldoch, Tomasz Hajto, Jacek Bąk, Emmanuel Olisadebe, Maciej Żurawski, Roger Guerreiro und der ganzen Nationalmannschaft der Weltmeisterschaft 2006. Überdies unterstützten Zehntausende von Fußballfans landesweit, einschließlich der Spitze der Ekstraklasa (das polnische Pendant der *Premiership*) die Kampagne. Der Verein führte Bildungsaktionen bei der Weltmeisterschaft im Jahr 2006 und der Europameister-

schaft 2008 durch, und jeden Oktober koordiniert er zudem die Aktionswoche des *Football Against Racism in Europe* in Polen und Mitteleuropa. Er organisierte eine Reihe von antirassistischen Veranstaltungen vor der Europameisterschaft 2012 in Polen und der Ukraine. Er verbreitet Flugblätter in den Stadien im ganzen Land und gibt antirassistische Plakate mit der Nationalmannschaft, verschiedenen Klubteams und den größten Stars des polnischen Fußballs heraus. Er hilft den Klubs und Sportvereinen bei ihren antirassistischen Aktivitäten. Er organisiert Konferenzen, Treffen, Vorträge, Trainings und Workshops. Des Weiteren organisiert und unterstützt der Verein antirassistische Fußballturniere, Liga- und Demospiele mit antixenophoben Themen. Der Verein führt außerdem ein systematisches Monitoring rassistisch motivierter Vorfälle im Fußball durch. Die Ergebnisse werden in den Ausgaben des „Stadion“ veröffentlicht, einem anderen Magazin, diesmal für antirassistische Fußballfans, das von „Nie Wieder“ herausgegeben wird. In Zusammenarbeit mit Medien und Experten erarbeitete der Verein Hunderte Pressemitteilungen und Bücher sowie Fernseh- und Radiosendungen über Rassismus im Sport.

„Nie Wieder“ legt den Kampf gegen den Rassismus in den Stadien sehr weit aus, in der Annahme, dass Sportarenen nur ein anschaulicher Ausdruck dessen sind, was in der Gesellschaft – wenn auch nicht so lebendig – vor sich geht. Daher kann der Kampf nicht auf ausgewählte Bereiche beschränkt werden, sondern muss darauf abzielen, die Haltung der Menschen grundsätzlich zu verändern. Zu Beginn der Kampagne „Let’s Kick Racism out of the Stadiums“ kamen viele Zweifel auf. Skeptiker behaupteten, dass unter Fußballfans keine wirklich positiven Veränderungen möglich seien. „Nie Wieder“ bewies jedoch das Gegenteil und ist eine der wenigen Organisationen, die eine reale Auswirkung auf die polnischen Stadien hatten.

Heute sind rassistische Symbole bei den Spielen der 1. und 2. Liga sehr selten. In den unteren Ligen ist die Situation etwas schlechter, aber auch hier gibt es bedeutende Fortschritte. Sicherlich kommen unannehmbare Verhaltensweisen vor, etwa antisemi-

tische oder „Affenparolen“, diese werden jedoch von den von „Nie Wieder“ trainierten Beobachtern akribisch verzeichnet. Vom Verein wurde mit der PZPN ein Handbuch über faschistische Symbole und verschiedene Arten von extrem rechten Auftritten in Stadien vorbereitet und mit herausgegeben. Leider finden grausame Vorfälle immer noch statt – wie derjenige im Mai 2010 in Rzeszów, als mehrere Hundert Pseudofans des Vereins *Resovia* ein riesiges Banner ausbreiteten, auf dem „Tod den Hakennasen“ stand, und das Stadion mit einem anderen Banner mit der Aufschrift „Hier kommt die arische Horde“ betreten. Solche Situationen werden jedoch derzeit von den erwähnten Beobachtern behandelt, und die jeweiligen Klubs müssen für gewöhnlich eine Geldstrafe bezahlen. Natürlich bleibt die Frage, ob solche Strafen ausreichen. Es ist wichtig, die Klubs dazu zu bringen, mehr Aufmerksamkeit für rassistische Vorfälle zu zeigen und reale Maßnahmen zu ergreifen.

Die darauf folgende Kampagne von „Nie Wieder“ ergab sich direkt aus einem negativen Aspekt des rasanten Internetbooms. Das Web erlebte ebenfalls eine Explosion der extrem rechten Propaganda. Während im Laufe der 1990er Jahre neonazistische und rassistische Magazine nur per Post versendet wurden, verlagerten sich in den letzten Jahren die meisten von ihnen ins Internet, das heute die extremsten Versionen rechter Propaganda hostet. Um dieses Problem anzugehen, lancierte der Verein die Kampagne *R@cism Delete* mit dem Ziel, Faschismus im Internet zu bekämpfen. Die an der Kampagne beteiligten Aktivisten durchsuchen das Internet nach extrem rechten polnischen Internetseiten und kontaktieren die Serverbetreiber. Gewöhnlich haben diese keine Ahnung davon, dass rassistische und faschistische Propaganda dank ihrem Webservice florieren können. In den meisten Fällen ist es leicht, sie davon zu überzeugen, den fraglichen Inhalt von ihrem Server zu entfernen. Wenn sie keine Reaktion zeigen, werden weitere Schritte unternommen, einschließlich rechtlicher. Manche „Hassseiten“ ziehen auf ausländische Server um, der Verein greift dann auf die Hilfe seiner ausländischen Partner zurück, mit denen er im Rahmen des INACH (International Network Against CyberHate)-

Netzwerks zusammenarbeitet, das Rassismus im Internet bekämpft.

Die „R@cism Delete“-Kampagne führte zur Schließung mehrerer Hundert extrem rechter Websites, ein von keiner ähnlichen Organisation erreichter Erfolg. Nach Ansicht des Koordinators der Kampagne sind die Anbieter sozialen Netzwerke derzeit das größte Problem im Internet. Einige der „Diskussionen“, die dort stattfinden, sind voll von extrem antisemitischem und rassistischem Inhalt. Die Moderatoren reagieren indes nicht immer in ausreichendem Maß.

Seit Januar 2009 führen „Nie Wieder“ und die Street-Art-Gruppe *3Fala* eine landesweite Kampagne gegen den fahrlässigen Gebrauch von Allegro, der größten Auktionswebsite in Polen durch. Hier wird auch modernes neofaschistisches und rassistisches Propagandamaterial verkauft. Die Petition zu dieser Frage wurde von Tausenden von Menschen unterschrieben, darunter Wissenschaftler, Politiker, NGO-Aktivisten und Künstler. Dabei geht es nicht um Erinnerungsstücke aus dem Zweiten Weltkrieg. Diese haben einen historischen Wert und sollten Sammlern zugänglich sein. Eine vollkommen andere Sache ist es dagegen, neonazistische Propagandaprodukte („für Sammler“) anzufertigen und zu verkaufen: Musikalben, Magazine, T-Shirts und sonstige Artikel mit Hakenkreuzen, Hitlerporträts und SS-Symbolen.

Die Kampagne „NIE WIEDER zum Nazismus auf Allegro!“ wurde nicht nur in Polen, sondern auch im Ausland wahrgenommen, was zahlreiche Briefe, E-Mails und Pressemitteilungen beweisen. Sie wurde auch vom deutschen Institut für angewandte Geschichte unterstützt. Die Unterstützung im Inland war ebenfalls groß, und in nur einer Woche im März 2010 fanden in fast zwanzig Städten in Polen Aktivitäten im Rahmen der Kampagne statt: Bielsko-Biala, Bydgoszcz, Cieszyn, Gniezno, Kraków, Lublin, Łódź, Nowe nad Wisłą, Olsztyn, Piła, Poznań, Rybnik, Słubice, Słupsk, Sosnowiec, Warszawa, Wrocław und Żywiec.

Ähnlich spektakulär war eine Petition gegen den Verkauf antisemitischer und rassistischer Zeitschrif-

ten durch Ruch SA, das größte polnische Presseunternehmen, seit kurzem ein staatlich kontrollierter öffentlicher Betrieb. In kurzer Zeit sammelte der Verein fast zehntausend Unterschriften, die der Betriebsleitung zugestellt wurden. In beiden Fällen wurden die Hauptziele noch nicht erreicht, aber die Beharrlichkeit und Entschlossenheit von „Nie Wieder“ lässt uns glauben, dass das nur eine Frage der Zeit ist.

Seit der Gründung ist „Nie Wieder“ offen für partnerschaftliche Zusammenarbeit mit jedem, der Xenophobie und Neofaschismus ablehnt. Der Verein arbeitet mit Medien, Minderheitenorganisationen, Religionsgemeinschaften, Vertretern von Menschen mit Behinderung, Veteranenorganisationen, wissenschaftlichen Institutionen, Gewerkschaften und sozialen und politischen Organisationen zusammen. Er war Mitgründer der Koalition gegen die Großpolnische Jugend, einer extrem rechten Organisation, die nach den Parlamentswahlen 2005 von der Liga der Polnischen Familien für ihre ehemaligen und aktuellen Mitglieder zehn Sitze erhielt; der Initiative „Giertych muss gehen“³ sowie der Koalition gegen Antisemitismus.

„Nie Wieder“ ist auch auf internationaler Ebene äußerst aktiv. Er arbeitet mit zahlreichen Organisationen zusammen, unter anderem mit dem Europarat, der UN und der OECD. Der Verein ist aktiv beteiligt an internationalen antirassistischen Netzwerken, wie *UNITED for Intercultural Action*, *International Network against Cyber Hate* (INACH), *Football against Racism in Europe* (FARE), *Helsinki Citizens' Assembly* (hCa) oder dem *Antifascist Network for Research and Education* (Antifanet). In Zusammenarbeit mit diesen Partnern organisierte er viele internationale Konferenzen und Workshops in Polen und im Ausland. Im Jahr 2008 lancierte er gemeinsam mit der deutschen Organisation Opferperspektive e.V. und der Warschauer Akademie Collegium Civitas eine internationale Untersuchung zu rassistisch motivierten Verbrechen unter dem Namen „Intoleranz tötet“, die im Jahr 2010 in einem gemeinsamen Projekt mit der Opferperspektive und der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ fortgesetzt wurde.

Als Mitgründer des Football Against Racism in Europe (FARE) wurde dem Verein „Nie Wieder“ der „Free Your Mind“-Preis von MTV Europe und der Jean Kahn-Preis des Europäischen Zentrums für Monitoring von Rassismus und Xenophobie in Wien verliehen. Auch erhielt er die Medaille „Ausgezeichnet für Toleranz“ der Ökumenischen Stiftung „Toleranz“ und die Medaille zum 15. Jubiläum des Großen Orchesters für Weihnachtswohltätigkeit von Jerzy Owsiak für viele Jahre der Zusammenarbeit und gemeinsame Aktivitäten. Zudem wurde der Verein für den Sergio Vieira de Mello Preis nominiert.

Zusammenfassend lassen sich zwei Hauptaspekte der Aktivitäten von „Nie Wieder“ ausmachen: Erstens haben die Gründer des Vereins von Anfang an betont, dass sie nicht versuchen, seine Arbeit als etwas Einzigartiges oder Innovatives zu präsentieren. Im Gegenteil räumen sie offen ein, dass sie zahlreiche Ideen von ihren westlichen Partnern übernommen und kreativ angepasst haben. So ist „Music Against Racism“ von der britischen Kampagne der 1970er Jahre, „Rock Against Racism“, inspiriert, die damals der Punkrockstar Tom Robinson entwickelt hatte. Das Gleiche gilt für die Fußballaktivitäten, die britischen und schwedischen Vorbildern nachgeahmt wurden. Das Magazin „Nie Wieder“ selbst, ein sehr wichtiger Teil der Aktivitäten des Vereins, wurde in vielerlei Hinsicht von der britischen Monatszeitschrift „Searchlight“ angeregt, die seit mehreren Jahrzehnten herausgegeben wird und heute weltweit das wichtigste Magazin dieser Art darstellt. Die schwedische Organisation „Expo“, gegründet vom mittlerweile berühmten Stieg Larsson, dem Autor der „Millenium“-Trilogie, beeinflusste das allgemeine Profil des Magazins, das nicht eng sein sollte, sondern eher einen apolitischen und allgemeinen sozialen Zugang darstellt. Auch die Mitglieder von „Nie Wieder“ teilen diese Ansicht: „Wenn wir eine ähnliche Haltung gegenüber dem Rassismus vertreten, können wir ungeachtet politischer Sympathien zusammenarbeiten. Wir haben verschiedene politische Meinungen, wir sind jedoch nicht geteilt“. Zweitens zielt „Nie Wieder“ langfristig darauf ab, die Zusammenarbeit mit mitteleuropäischen Ländern zu verbessern und mit ihnen Erfahrungen

auszutauschen. Zu diesem Zweck wurde im Oktober 2009 in Warschau das Osteuropäische Monitoringzentrum gegründet. Sein Ziel ist es, rassistische, antisemitische und xenophobe Vorfälle in dieser Region, vor allem in Polen und der Ukraine, zu untersuchen und zu dokumentieren. Das Zentrum ist Teil eines dreijährigen FARE Entwicklungsprojekts für Osteuropa, das von der UEFA im Rahmen der Vorbereitungen für die Europameisterschaft 2012 unterstützt wird. Neben dem Monitoring umfasst das Projekt antirassistische Bildungsarbeit und Aktionen gegen Rechts in Polen, der Ukraine, der Slowakei und Ungarn. Weitere am Projekt beteiligte Länder sind Rumänien, Bulgarien, Russland, Belarus und Moldau. Der Verein „Nie Wieder“ ist als offizieller Partner der UEFA für die gesamte Projektkoordination zuständig.

In einem Interview im November 2010 befragte die „Midrasz“, ein monatlich erscheinendes Magazin für soziale und kulturelle Aspekte jüdischen Lebens in Polen und im Ausland, einen der Leiter des Ver-

eins „Nie Wieder“ zu polnischen extrem rechten Ideologien in Polen im Vergleich zu den Nachbarländern. Er sagte: „Im Vergleich zu Deutschland ist die Situation alles andere als gut. In Deutschland hat der Staat einen völlig unterschiedlichen Umgang mit extrem rechten Ideologien und der Anwendung geltenden Rechts. Verglichen mit Russland oder der Ukraine geht es uns nicht so schlecht. Vor allem im Vergleich zu Russland, obwohl wir berücksichtigen müssen, dass dieses Land riesig ist und Probleme ganz anderen Ausmaßes hat. Unter gleichen Voraussetzungen würde ich sagen, dass die Situation in Polen etwas besser ist als das, was derzeit in Russland passiert. Falsche Bescheidenheit beiseite, ich glaube, dass die positiven Veränderungen in hohem Maße dem Verein „Nie Wieder“ zu verdanken sind. Inzwischen haben wir hervorragende Erfahrungen gesammelt, die wir mit Russland und anderen Ländern teilen und dort anwenden können“.

*Gekürzter Text / Aus dem Englischen übersetzt von
Dorđe Tomić*

Anmerkungen

1. Brzeziecki, Andrzej (2008): Polska jest potęgą. Wywiad z Rafałem Pankowskim. In: Tygodnik Powszechny, 23.04.2008. URL: <http://wiadomosci.onet.pl/kiosk/kraj/3346411,wiadomosc-drukuj.html>, zuletzt geprüft am 08.12.2010.
2. Kornak, Marcin (Hg.) (2009): Brunatna Księga. Warsaw: Stowarzyszenie „NIGDY WIĘCEJ“.
3. Roman Giertych ist ehemaliger Anführer der Großpolnischen Jugend und der Liga Polnischer Familien, der durch die Koalition mit der PiS und der Samoobrona zum Bildungsminister ernannt wurde.

Literaturverzeichnis

Brzeziecki, Andrzej (2008): Polska jest potęgą. Wywiad z Rafałem Pankowskim. In: Tygodnik Powszechny, 23.04.2008. URL: <http://wiadomosci.onet.pl/kiosk/kraj/3346411,wiadomosc-drukuj.html>, letzter Zugriff: 08.12.2010.

Kornak, Marcin (Hg.) (2009): Brunatna Księga. Warsaw: Stowarzyszenie „NIGDY WIĘCEJ“.

Marcin Kornak, geboren 1968. Gründer und Präsident der antifaschistischen Assoziation „Nie Wieder“, benutzt seit einem Unfall in seinem 15. Lebensjahr einen Rollstuhl. Er ist Dichter, Autor von Texten für Underground Rock-Bands und Akteur und Förderer alternativer Kultur. 1992 Gründer der Anti-Nazi-Gruppe (GAN) in Bydgoszcz. Chefredakteur der Zeitschrift „Nigdy Więcej“ und des „Stadium“, eines Magazins für antirassistische Fußballfans. Initiator und Koordinator der Kampagnen „Music Against Racism“, „Let’s kick racism out of the stadiums“ und des Projektes „Brown Book“. Für sein Engagement für Menschenrechte erhielt Marcin Kornak den Preis „Democracy and Local Progress“ des *Center of Volunteers* sowie den Preis der *Polcul Stiftung*.

Bildnachweis

Titel: pflugl@iStockphoto.com, milphoto@fotolia.com (S. 29/81), Sandra van der Steen@fotolia.com (S. 14)

